

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 3,00 Mk. monatlich 1,10 Mk.
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Inserions-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Annoncen-
zeile über deren Raum 60 Pf. für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Berathungs-Anzeigen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 24. Februar 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die vierte Waffe.

In Frankreich wird der Luftmilitarismus im die-
stjährigen Etat mit einigen 30 Millionen Franc figurieren und auch im
deutschen Etat wird er bereits eine stattliche Anzahl von
Millionen in Anspruch nehmen. Ehe das Jahr zu Ende geht,

Man hat anfangs die Bedeutung des Luftmilitarismus
selbst in militärischen Fachkreisen recht niedrig eingeschätzt.
Sei es aus einem Gefühl des Konservatismus heraus,
das allen Neuerungen und unbequemen Umwälzungen abhold
ist, sei es in der Absicht, um den tieferen Michel, dem ja die
große Rechnung präsentiert werden wird, nicht vorzeitig zu
demütigen. Aber heute beginnt man bereits in Fachkreisen
mit den Vorurteilen und demagogischen Bedenken zu brechen
und den Ausbau des Luftmilitarismus rücksichtslos zu propa-
gieren. Laste es, was es immer kosten möge. Und der
Spaß wird ganz höllisch teuer werden!

In der Schaffung eines starken Geschwaders von len-
kbaren Luftschiffen ist Deutschland ja ohnehin allen militäristi-
schen Konkurrenten vorangegangen. Noch heute hat es auf
diesem Gebiete die Führung und alle Anzeichen deuten darauf
hin, daß es sich auch nicht von der Lete verdrängen lassen
will. Und nachdem es gelungen ist, sowohl mit dem starren
System à la Zeppelin und Schütte-Lanz als mit dem
System des Veal-Ballons (Siemens-Schudert und Parveval)
respektable Erfolge, namentlich eine beträchtliche Geschwindig-
keit, zu erreichen, wird der Eifer für die Schaffung eines
möglichst stattlichen Geschwaders solcher „Luftkreuzer“ sich
immer energischer betätigen. Nun kostet aber nicht nur jeder
Luftkreuzer diverse hunderttausend Mk., sondern zu den
Luftkreuzern gehören auch ebenso kostspielige Luftschiffhallen,
die in möglichst großer Zahl in allen Teilen des
Bundes angelegt werden müssen, wenn man den Luft-
riesen bei stürmischem Wetter ein leicht zu erreichendes
schützendes Obdach bieten will. Dafür erwartet man
von diesen Luftkreuzern für einen Kriegsfall nicht
nur wertvollen Aufklärungsdienst, sondern auch direkten
strategischen Nutzen. Man hält diese Luftballons, die ja ein
paar Tausend Kilogramm Sprengstoffe mit sich führen können,
für geeignet, Brücken, Eisenbahnnotenpunkte und vielleicht
selbst Fortifikationen zu zerstören, während man auf der
anderen Seite damit rechnet, daß sie eingeschlossenen Festungen
Rumotion und Probiant zuführen könnten.

Daneben mißt man aber auch in Deutschland jetzt der
leichten Luftavallerie, den Flugmaschinen, mehr und mehr
Bedeutung bei. Daß die Flugmaschinen einstweilen noch
recht gefährliche Wesen sind — die enorme Totenliste
abgestürzter Piloten bezeugt ja diese Gefährlichkeit — ver-
ursacht dem Militarismus weiter keine Strapazen. Er rechnet
ja, wie ja auch die Geschichte der Unterseeboote beweist, mit
Menschenopfern so wenig, wie mit materiellen Opfern. Und
es ist bezeichnend für die Kulturwidrigkeit unseres capita-
listischen Systems, daß die Flugtechnik, die zweifellos noch gar
nicht abzuschätzende Zukunftswerte birgt, solange jeder er-
stlichen Förderung durch Staat und Privatkapital entbehren
mußte, bis der Militarismus zu der Ueberzeugung gelangte,
daß die Aviation sich kriegerischen Zwecken dienstbar machen
lasse. Wie den Luftballon hält man auch die Flugmaschine
für ein taugliches Aufklärungsmittel, das ganz besonders be-
ruhen sei, den durch Infanterie und Kavallerie zu leistenden
Aufklärungsdienst, der durch die moderne Waffentechnik
fast wie durch die kolossal vergrößerte Operations-
basis künstlicher Armeen ohnehin sehr erschwert worden ist,
zu ersetzen oder wenigstens zu vervollständigen. Aber auch
das Flugzeug betrachtet man nicht allein als Aufklärungsmittel,
sondern auch bereits als Kampfinstrument. Auch es
kann ja Sprengstoffe oberwerfen (man will auch bereits tech-
nische Hilfsmittel erprobt haben, die ein förmliches Ziel er-
möglichlichen), und nicht nur durch Bomben, sondern auch durch
das Herabfallen zahlloser winziger Metallpfeile, die in-
folge der sich enorm steigenden Fallgeschwindigkeit die Durch-
schlagskraft feinstabriger Geschosse erhalten, glaubt man hoch
auch den Lüften Tod und Verderben herablassen zu können.
Und in der Tat: wenn 1500—2000 Meter hoch, also dem
Feuerbereich des am Boden lebenden Militarismus entzogen,
über einer Marschkolonie eine Anzahl von Aeroplanen er-
scheine, die Jektantende solcher Metallpfeile herab-
schleuderten, so kann man sich die Wirkung eines
solchen Bombardements ausmalen. Sind aber solche
Kampfmittel technisch möglich, so werden in unserer
Kera militärischer Barbarei schwerlich internationale Kon-

ventionen deren Anwendung verpöhlen! So ist es noch sehr
die Frage, ob in einem bitteren Ernstfalle auch nur Leben
und Eigentum der friedlichen Bürger gegen die
Zerstörungen durch den Luftmilitarismus geschützt werden
würden!

Und wie zwischen Linien Schiff und Torpedo ein Wettkampf
entbrannt ist, so werden wir vermutlich auch zwischen Luft-
kreuzer und Flugmaschine den Wettkampf entlockern sehen.
Schon streiten sich Ballon- und Flugmaschinen-Anhänger
darüber, welches Fahrzeug schließlich schneller sein, welches
die größere Höhe erreichen wird, um von dort aus den
Gegner vernichten zu können. Nicht lange wird es dauern
und kombinierte Luftflottenmanöver werden das Problem zu
entschleiern suchen. Und wenn, wie vorauszusehen, keins
der beiden Systeme den absoluten Erfolg für sich
haben wird, so wird man eben beide Systeme
nach Kräften zu verbessern und zu vermehren be-
stiffen sein und jedem seine Spezialaufgaben zuweisen. Aus
England liegt freilich ein Protest angesehener Persönlichkeiten
gegen die militärische Verwertung der Luftschiffe überhaupt
vor. Vom englischen Standpunkt aus ist das auch nur zu
begreiflich, denn je mehr der Luftmilitarismus sich in technischer
und strategischer Beziehung entwickelt, desto mehr wird England
des Vorteils seiner insularen Lage verlustig gehen. Und das
kann die ohnehin so wetterdrohende europäische Spannung
nur verschärfen!

Bürgerliche Friedensphantasten träumten ja schon so oft
von einer Ueberwindung des Militarismus durch sich selbst,
durch seine technische Entwicklung, durch die abenteuerliche
Entfaltung seiner Vernichtungsmöglichkeiten. So erträumten
sie auch vom Luftmilitarismus die Durchsetzung pazifistischer
Tendenzen. Die Wirklichkeit wird die Träumer herb ent-
täuschen. Der Militarismus wird so leicht nicht an sich selbst
zugrunde gehen! Er ist das wahre Land der unbegrenzten
Möglichkeiten. Er wird sich auch der vierten Waffe, des
Luftmilitarismus, resolut bemächtigen, ohne darum auch nur
im geringsten an der Ausgestaltung der alten Waffen zu
sparen. Wie mehrt man sich z. B. dagegen, die Kavallerie
nun auf Kosten des Luftmilitarismus zu schwächen! Die
Artillerie wird sogar durch den Luftmilitarismus noch eine
Förderung erfahren, denn man wird Ballonabwehrkanonen
und besondere Maschinengewehrabteilungen zur Bekämpfung
der Flugzeuge verlangen, und zwar nicht zu knapp! Nein,
die Landarmee wird kräftig weiter vermehrt werden — unter
rücksichtsloser Anziehung der Steuerschraube. Auch die her-
liche Flotte wird weiter florieren, dafür werden schon die
allmächtigen Panzerplattenpatronen sorgen. Aus der mili-
tärlichen Dreieinigkeit wird eine Viereinigkeit werden, das ist
alles!

Um so nachdrücklicher wird die Sozialdemokratie dem
Militarismus und der Völkerverheerung gegenüber den Gedanken
der Völkersolidarität und der internationalen Verständigung
zu vertreten haben! Und einen Erfolg wird diese proletarische
Friedenspropaganda nur dann haben, wenn es der Sozial-
demokratie gelingt, ihre Anhängerschaft in jedem Lande so zu
vermehrten und derartig zu erziehen, daß jede Kriegsbarbarei
den Massen nicht nur als Verbrechen erscheint, sondern der
Minderheit auch als Wahnsinn und selbstmörderische Toll-
kühnheit!

Das zukunfts- und kulturfreundige Streben nach der Er-
oberung der Luft, das gerade wir Sozialisten begrüßen, wird
durch unsere Bekämpfung des Militarismus im allgemeinen
und des Luftmilitarismus im besonderen nicht im mindesten
beeinträchtigt. Macht der Milliardenvergeudung für den
Militarismus ein Ende und Ihr seht ungezählte Millionen
frei für eine vernünftige Förderung der Flugtechnik und
des menscheitsvereinigenden, kulturfördernden Luftver-
kehrs!

Wer da hat, dem wird gegeben!

Die Wahrheit dieses Bibelwortes bestätigte am Donnerstag
die preussische Steuerkommission. Wurde da doch
Steuerloß für ein Klasse preussischer Staatsangehöriger bewilligt,
die dessen am wenigsten bedürftig ist, im Gegenteil zahlen können,
ohne sich auch nur ein Zugubedürfnis verlagen zu müssen. Aber:
wer da hat, dem wird gegeben!

Nach den bisherigen Bestimmungen des Einkommensteuer-
gesetzes waren diejenigen Staatsangehörigen von der Einkommen-
steuer befreit, die sich mehr als zwei Jahre dauernd im Aus-
lande aufhalten, ohne in Preußen einen Wohnsitz zu haben.
Die Regierung forderte in ihrem neuen Entwurf, die Frist von zwei
Jahren auf sechs Monate herabzusetzen, ein Antrag der Kom-
mission dagegen wollte es bei den zwei Jahren belassen wissen und
nur für diejenigen noch sechs Monaten Steuerfreiheit eintreten
lassen, die sich des Berufs oder des Erwerbs wegen im Aus-
lande aufhielten.

Allgemein wurde zugestanden, daß die Steuerbefreiung der
recht zahlreichen Kategorie von schwerreichen Landfahrern,
Globetrottern und Amüseuren eigentlich ein Unfug sei. Die Leute
stellten ihr Mobilar auf den Speichel, um ihren Wohnsitz aufzu-
geben, lebten abwechselnd in Paris, Lizza, Rom, Neapel, Korfu,
Kairo wie Herrgott in Frankreich, drückten sich überall vom Steuer-
zahler und verzeihen die ersparten Steuern womöglich in Monte
Carlo. Nur diejenigen, die beruflich im Ausland zu tun hätten,
kämten auf Steuerbefreiung Anspruch erheben, nicht aber die

reichen Tageelbe, für die natürlich auch der preussische Gesent-
wurf über den Arbeitszwang keine Beschäftigung schaffen wird.

Aber was geschah schließlich? Es wurde ein konservativer An-
trag angenommen, der die Steuerpflicht bereits seit einem Jahre
Abwesenheit erlöschen läßt, also geradezu eine Prämie auf das
Vagabondieren des steuerscheuen Geldsacks darstellt. Und wie war
das möglich? Beamtete und freiwillige Regierungsvertreter be-
teuernten, daß man die Steuern ja doch nicht eintreiben
könne. Befähigen die Globetrotter Grundbesitz, so müßten sie für
diesen zahlen und seien eventuell auch zur Einkommensteuer heran-
zuführen, besteuere aber der Besitz in Aktien oder Bankdepotiten, so
komme man nicht an ihn heran. Die Ausschislosigkeit solcher
Steuerjagd wurde zwar aufs entschiedenste bestritten — aber,
um den Behörden Weitläufigkeiten zu ersparen, schenkte man dem
gesamten bogierenden Geldsack die Steuer nach bereits ein-
jähriger Abwesenheit!

Hätte da nicht der Gedanke viel näher gelegen, endlich auch
den Banken, Sparkassen und Kreditanstalten den
Deklarationszwang aufzuerlegen, um endlich einmal
hinter die Schilde des Geldsacks und den reichen, sich im Ausland
herumtreibenden Plancuren an die Gurten zu kommen? Aber
daran dachte man natürlich nicht. Handelte es sich doch um den
Ausfuß des Dreiklassenparlaments.

Dieses war der erste Streich, dem der zweite allsgleich folgte.
Nämlich eine Steuerliebedgabe für die Gesandtschaften —
also gleichfalls sehr noleidende Herren. Sofern diese Vorkascher
preussische Beamte, müßten sie zwar auch ferner Einkommen-
steuer zahlen. Aber die Preußen, die als Reichsbeamte einer
Gesandtschaft angehören, sollen künftig, obwohl sie nach dem Völker-
recht im Ausland nicht besteuert werden, keine Einkommensteuer
mehr zu berappen brauchen!

Gründe? Nun, ein Regierungsvertreter zählte fix on den Fingern
vier solcher Preußen auf, die schließlich ihr bayerisches Herz ent-
deckt und dem preussischen Staatsverband Valet gesagt hätten, als
sie Steuern bezahlen sollten. Heil den Rustepatrioten! Der
Herr Regierungsvertreter schien das aber ganz in der Ordnung zu
finden, empfahl er doch mit wahrer Leidenschaft, daß Preußen sich
hier dem Brauch der süddeutschen Staaten anschließen möchte, die
von deutschen Diplomaten im Ausland keine Einkommensteuer er-
heben. In allen Fragen politischer Freiheit lehnt die
preussische Regierung jede süddeutsche Vorbildlichkeit ab — wenn
es aber gilt, höchstbezahlten Staatsbediensteten die Steuern zu
schenken, ist das Land südtlich der Mainlinie plötzlich ein nach-
ahmenswertes Muster! Und die Kommission beschloß
in diesem Sinne!

So begann die Spezialarbeit der Steuerkommission mit Steuer-
erlassen und Liebesgaben an Millionäre und Beamte mit Minister-
gehältern! Ob sie auch so freigiebig sein wird, wenn es gilt, den
Proletariern die Steuerbürde zu erleichtern?

Ein Reichs-Kalimonopol.

Die „Kölnische Volkszeitung“ bringt neuerdings zur Sanierung
der Reichsfinanzen ein Kalimonopol in Anregung. Da sie
sich damit auf einen Boden begibt, auf den ihr mit den nötigen
Vorbehalten die Sozialdemokratie folgen kann, so ist es an-
gebracht, die von dem Zentrumsorgan seiner Anregung beigegebene
Begründung einer breiteren Öffentlichkeit bekanntzugeben. Die
„Kölnische Volkszeitung“ ist kein Freund eines Reichs-Petroleum-
monopols, vielmehr der Meinung:

Wenn man schon zu Monopolen übergehen will, so erscheint
hierfür das von anderer Seite angeregte Reichskalimonopol
vielleicht geeigneter, und zwar aus folgenden Gründen:

- 1. besteht zurzeit schon ein tatsächliches Kalimonopol des
Reichsgesch organisierten Kalisyndikats,
2. handelt es sich dabei um ein Produkt, welches gewisser-
maßen ein natürliches Monopol Deutschlands gegenüber dem
Auslande bildet,
3. würde ein Kalimonopol nicht ausschließlich den Inland-
verbrauch, sondern in gleich hohem Maße auch den Auslandsver-
brauch zugunsten des Reiches nutzbar machen,
4. befindet sich der Kaliverbrauch nicht, wie der des Petro-
leums, auf einem toten Punkte oder gar im Rückgang, sondern
in stetig und stark steigender Aufwärtsbewegung,
5. würde das Kalimonopol nicht etwa nur 6 bis 7 Millionen
Mark Ueberfluß jährlich, wie das Petroleum, sondern bei kon-
zentriertem Produktionsbetrieb schon jetzt 40 bis 50 Mil-
lionen Mark jährlich und in absehbarer Zeit leicht
150 bis 160 Millionen Mark Ueberflüsse jähr-
lich liefern.

Nach einer von Sachleuten angestellten Berechnung sind zur
Uebernahme der bereits in Förderung befindlichen 80 Kal-
werke etwa 700 Millionen Mark Kapital erforder-
lich, zur Fertigstellung der im Bau begriffenen 100 Schächte etwa
weitere 200 Millionen Mark, im ganzen also etwa 900
Millionen Mark. Deren Verzinsung und Tilgung würde
jährlich, hoch gerechnet, 50 Millionen Mark beanspruchen, wäh-
rend schon bei dem heutigen Kaliverbrauch unter Annahme kon-
zentrierten Vollbetriebs der für diesen Verbrauch erforderlichen
40 bis 50 Werke, ein Bruttoüberschuß von 80 bis 100 Millionen
Mark zu erwarten stände, so daß dem Reich nach Abzug der
Zinsen und Tilgung etwa 40 bis 50 Millionen Mark
jährlich verblieben, auch wenn keinerlei Preiserhöhung
des fertigen Produkts angestrebt wird.

bleibt die bisherige Verbrauchsentwicklung eine dauernde,
wogu berechnete Ausblick besteht, so würde der Absatz in zehn
Jahren fast 180 Millionen Mark auf 350 bis 360 Millionen
Mark gestiegen sein, wovon dann etwa 150 Millionen Mark Pro-
duktionskosten, 50 Millionen Mark für Zinsen und Tilgung des
Anlagekapitals abgehen, so daß dann ein Reinerüberschuß
von 150 bis 160 Millionen Mark jährlich für
das Reich zu erwarten wäre.

Der Krieg.

Nationale Bahnsinnsausbrüche.

Das italienische Parlament ist am Donnerstag der Schluß einer wahrhaftigen nationalen Selbstverherrlichung gewesen, wie sie vielleicht noch kein Parlament der Welt gesehen hat. Man war von vornherein schon auf ein gut Stück patriotischen Größenwahns gefaßt, aber der über das Riesennag gehende Beifall, den die Regierung für ihre Annektion von Tripolis erntete, übersteigt alle Erwartungen. Die bürgerlichen Parteien sind von einem imperialistischen Sachsinnes ergriffen, dem eine um so grausamere Ernüchterung folgen muß. Das Jubelgeschrei, das die Ermahnung der Laien von Heer und Flotte auslöste, beweist, daß den bürgerlichen Politikern rechtens klares Denken abhanden gekommen ist. Denn sonst müßten sie sich sagen, daß die Dinge auf afrikanischer Erde durchaus nicht glänzend stehen. Mit 50 000 Mann wollte man Anfang Oktober einen militärischen Spaziergang nach Tripolis machen. Jetzt, nach 5 Monaten, stehen 200 000 Mann auf afrikanischem Boden. Aber sie sind keinen Schritt weiter gekommen, sie sitzen in den Küstenstädten wie in belagerten Festungen, und die Araber, von denen man angeblich das türkische Joch nehmen wollte, sind begeistert und unermüdete Bundesgenossen der kleinen türkischen Armee. Der Krieg hat dem italienischen Volk schon jetzt mehrere Hunderte von Millionen gekostet und die Rechnung wird noch viel größer werden. Und doch diese wahrhaftige Begeisterung bei den parlamentarischen Vertretern des Bürgertums! Die Vorgänge in Italien beweisen, wie leicht sich ein Volk durch nationale und imperialistische Großmannstucht in eine Kriegsstimmung hineinziehen läßt, bei der jede ruhige Überlegung verloren geht. Das einzige Gegenmittel gegen diese Erscheinung ist die sozialistische Aufklärungsarbeit, die im Imperialismus den größten Feind sieht, der nicht nur noch außen Gefahren über Gefahren aufstürmt, sondern auch im Innern jede soziale Reformarbeit lähmt oder ganz unmöglich macht. Dem italienischen Volk werden trotz aller Jubelausbrüche im Parlament die bitteren Folgen seines imperialistischen Wankes nicht erspart bleiben.

Die Parlamentsgroteske.

Rom, 23. Februar. Kammer. Der Sitzungssaal ist voll besetzt. Ministerpräsident Giolitti liest eine Dankrede des Generals Canova. (Allgemeiner lebhafter Beifall. Sämtliche Abgeordnete erheben sich von den Sitzen.) Der Berichterstatter der Kommission zur Prüfung des Besetzungswurfs betr. das Dekret vom 5. November 1911, Martini, betonte, es sei überflüssig, die Kammer zur Genehmigung des Dekrets aufzufordern. Die getrigge einstimmige Beifallstimmung habe die Meinung der Kammer dargelegt. Italien sei zur Befestigung Libyens nicht durch eine plötzliche heftige Begierde nach Eroberungen getrieben worden, sondern durch langempfundene Notwendigkeit seine politischen und wirtschaftlichen Interessen zu schützen und seine Stellung als Mittelmeerstaat zu wahren. Genehmigen wir das Dekret vom 5. November, damit die Welt wisse, daß das, was ein Akt der Regierung war, der unwillkürliche Wille der Nation ist. Der Bericht wurde mit begeisterten Rundgebetungen angenommen. Galli trat warm für die Befestigung des Annerionsdekrets ein. Als Gegner des gegenwärtigen Kabinetts billigte er gleichwohl das Vorgehen in Tripolis und werde den Besetzungswurf annehmen. Er werde alle Mittel bewilligen, die die nationale Regierung unter ihrer Verantwortung für einen guten Ausgang des Unternehmens für notwendig halten werde. (Beifall.) Der Sozialist Cicotti erklärte, er sei der einzige von den Deputierten des Südens, der gegen die Annahme des Dekrets stimmen werde, und begründete unter dem Säum des Hauses seinen Standpunkt.

Vissolati, der anfangs gegen die Unternehmung in Libyen war, erklärte, er glaube nicht, daß sich die sozialistische Partei von den Gefühlen der ganzen Nation trennen dürfe. Er huldige mit patriotischem Herzen der heroischen Tapferkeit der Kämpfer zu Wasser und zu Lande, die dazu beigetragen habe, den moralischen Wert Italiens in der Welt immer mehr zu erhöhen. (Lebhafter Beifall.) Er erkenne an, daß Italien die Befestigung Libyens seitens einer anderen Nation niemals hätte dulden können. (Allgemeiner Beifall.) Von der Opportunität des Dekrets vom 5. November sei er nicht überzeugt, aber er glaube und begreife, daß die Kammer es billigen werde. Redner erklärte, er werde gegen den Entwurf stimmen, erkläre aber an, daß das Unternehmen gewollt und durch einen ungeheuren Ausbruch nationaler Begeisterung aufgezogen worden sei. Weder er, noch seine Freunde wollten der Regierung in diesem feierlichen Augenblick Schwierigkeiten schaffen. (Lebhafter Beifall.) Diejenigen, die in Konstantinopel auf die Stimme der Sozialisten warteten und auf ihre Opposition rechneten, sollten wissen, daß die Sozialisten es auf keinen Fall an Rücksicht auf die Interessen des Vaterlandes fehlen lassen würden. (Lebhafter Beifall.)

Alessio gab im Namen der radikalen Partei seine volle, offene und bedingungslose Zustimmung zu dem, was die Regierung für das Unternehmen in Libyen getan habe und noch tun müsse. Er billigte das Dekret als eine Befestigung dessen, was Italien sich vorgenommen habe und wolle.

Ein anderer Führer der Sozialisten, Turati, erklärte, eine peinliche Pflicht erfüllen zu müssen, indem er seiner abweichen den Meinung Ausdruck gebe. Unter lärmendem Widerspruch des Hauses legte Redner die Gründe dar, warum er die Unternehmung nicht für angebracht halte und erklärte, er wolle eine Kolonialpolitik der Arbeit, nicht der Waffen. Chiesa fragte die Regierung nach den Gründen für die Unternehmung und gab der Meinung Ausdruck, daß eine erleuchtete, kluge, diplomatische Tätigkeit die italienischen Interessen unter Vermeidung eines Konfliktes hätte sicherstellen können.

Keine Flottenaktion?

Genf, 23. Februar. Der Pariser Korrespondent des „Journal de Geneve“ teilt seinem Blatt mit: In letzter Zeit verkaufte immer wieder, daß gleich nach dem Zusammentritt des italienischen Parlamentes eine neue und beachtliche Tätigkeit der italienischen Flotte in der europäischen Türkei einsetzen werde. Nunmehr wird aus bestinformierten Kreisen mitgeteilt, daß man von dieser Absicht abgekommen sei, da man befürchtet, daß die italienischen Schiffe durch die im Bosporus gelegenen Seeminen zwecks gestört werden würden. Man hat daher diesen Plan jetzt vollständig fallen lassen.

Die Revolution in China.

Mißtrauen gegen Japan.

London, 23. Februar. Der „Daily Telegraph“ meldet aus Peking: Große Unruhe regiert jetzt hier das Vorgehen Japans hervor. Neuerdings hat die japanische Regierung unter der Behauptung, daß augenblicklich keine Regierung in China vorhanden

sei, über die chinesische Provinz Ping sien (Wandschurei), provisorisch einen japanischen Gouverneur eingesetzt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Februar 1912.

Wädchenhandel und Staatsangehörigkeit.

Aus dem Reichstage, 23. Februar. Am Freitag ging es recht ruhig und friedlich zu. Das Haus war namentlich auf den rechten Bänken sehr leer, deren Besizer sich offenbar schon dabei von den vielerlei Strapazen der agrarischen Woche erholten. Es herrschte fast Ferienstimmung, und die Reihe der Redner sprach mehr zu den Stenographen als zu den spärlich vorhandenen Abgeordneten.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung, die internationale Konvention gegen den Wädchenhandel, begegnete allgemeiner Zustimmung, die von den verschiedenen Parteien freilich in sehr verschiedener Form gefaßt wurde. Schließlich kann man von den Sozialdemokraten nicht verlangen, daß sie der Regierung besonders feierlich und bewegt danken, wie es namentlich der Nationalliberale Meyer und der Zentrumsabgeordnete Dr. Pfeiffer taten. Genosse Göhre, der Redner unserer Fraktion, zog es vor, unter grundsätzlicher Anerkennung des Entwurfes die Lücken und Mängel hervorzuheben, die der Konvention anhaften, und auf die tieferen sozialen Ursachen des ganzen Übels hinzuweisen.

Ziel geringer war die Einmütigkeit des Reichstags bei dem Entwurf eines neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes. Es wäre erstaunlich gewesen, hätte die „preussische“ Reichsregierung nicht den Versuch gemacht, diese Neuregelung zu einer Ausdehnung der Rechte und Befugnisse der Verwaltung zu misbrauchen.

Genosse Dr. Liebknecht, der an erster Stelle für die Fraktion sprach, legte vor allem den Nachdruck seiner Kritik auf diesen Teil des Werkes. Ihm erscheint mit Recht die Eindämmung der Polizeivillkür die Hauptsache. Wie die Bill für schon mit dem geltenden Recht unspringt, zeigte er an einigen prägnanten Fällen der Handhabung der Fremdenpolizei. Jetzt will Preußen die jämale Einfuhr für unbedeutsame Ausländer in Süddeutschland schließen. Unser Redner machte gar keinen Hehl daraus, daß wir das Gesetz ablehnen werden, wenn die Verpreuungsversuche nicht beseitigt würden. Noch reformbedürftiger als das Gesetz sei freilich die ausführende Verwaltung.

Auch die Redner der anderen Parteien — das Zentrum, die Konservativen, die Nationalliberalen und die Volkspartei — kamen noch in den Abg. Dr. Spahn, Dr. Sieie, Bed-Heidelberg und Waldstein zu Wort, hatten allerdings Einzelheiten an dem vom Staatssekretär Deibrid mit einer professionellen Ratbederredede eingeführten Entwurf auszuheben. So konnte infolge der Notwendigkeit gründlicher Aussprache die Ueberweisung an eine Kommission noch nicht erfolgen.

Am Dienstag geht es also weiter.

Abgeordnetenhaus.

Zu Beginn der heutigen Sitzung brachte Genosse Borchardt eine Schikane der Danziger Justizbehörden gegen unser dortiges Parteiblatt zur Sprache. Man macht sich dort den Spaß, dem Redakteur Genossen Crispian den Zutritt zum Presstisch bei den Gerichtsverhandlungen zu verweigern, weil er ein „bestrafter“ Mensch ist. In der Tat hat er einmal wegen „gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs“ 14 Tage im Gefängnis gesessen. Mit scharfer Ironie wies unser Redner nach, daß es sich um eine rein politische Bestrafung handelte, an der die Herren Liberalen die Hauptschuld tragen, weil sie damals — es war im Jahre 1903 — sich noch nicht so weit entwickelt hatten, um mit Sozialdemokraten über Wahlhilfe auch nur zu diskutieren. Die Sache spielte damals in Königsberg. Dies gab dem freisinnigen Herrn Schilling, dem Königsberger Abgeordneten, Veranlassung, durch einen Zwischenruf zu ver sichern, daß man es in seiner Vaterstadt heute noch ebenso mache. Genosse Borchardt konstatierte demgemäß, daß die Liberalen in Königsberg heute noch genau so rüchständig sind wie vor neun Jahren. Im übrigen legte er dar, daß das alles doch nur Vorwände seien, während in Wirklichkeit die Justizbehörden in Danzig hoffen, durch solche kleinlichen Rabeltische unser Blatt und unsere Bewegung zu schädigen. Dem Justizminister waren die Ausführungen ersichtlich unangenehm; er verteidigte das Vorgehen seiner Untergebenen mit keinem Wort, sondern zog sich hinter die Erklärung zurück, daß er über die Zulassung zu Verhandlungen den Gerichtspräsidenten keine Vorschriften machen könne. Der Wink ist deutlich genug; hoffen wir, daß ihn die Herren Präsidenten in Danzig beherzigen.

Stundenlang flog alsdann die Debatte über wie ein trübes Wasserlein dahin, bis es nachmittags 3 Uhr dem Herrn Gronowski vom Zentrum einfiel, eine scharfe Attacke gegen die Sozialdemokratie zu reiten. Er bestamm es fertig, sich darüber zu beschweren, daß sozialdemokratische Zeitungen — noch zu wenig anklagt werden! Der Minister möge die Staatsanwälte anweisen, noch öfter im ungedulichen „öffentlichen Interesse“ Anklage zu erheben. Sein Parteigenosse Bell verlangte sogar, daß der Staatsanwalt seinen Schutz auch auf die Abgeordneten ausdehnen solle. Es war bitter, daß Herr Gronowski aus dem Munde des Ministers hören mußte, wie überflüssig sein Verlangen sei, da das, was er will, schon jetzt „gar nicht selten geschieht“. Im übrigen ließ es unser Redner, Genosse Borchardt, an einer derben Abfertigung nicht fehlen. Er wies nach, daß B. die „Deutsche Tageszeitung“ fast jeden Abend unflätige Angriffe gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten veröffentlicht, so daß sie gar nicht aus dem Gefängnis herauskäme, wenn wirklich u p a r t e i l i c h nach den Wünschen der Herren Gronowski und Bell verfahren würde. Er verlas ein Urteil des Zentralorgans der katholischen Geistlichkeit Bayerns, monach in „roher, raffiniert verlegender Prophelemit“ die katholische Presse „noch scholler“ ist als die regnerische. Für sich und seine Parteifreunde wies er den Schutz des Staatsanwalts nachdrücklich zurück. Vor allem aber betonte er, daß die Herren vom Zentrum ihr Verlangen einstellen würden, wenn sie nicht ganz genau wüßten, daß gegen sie selbst und ihre Presse der Staatsanwalt doch nicht vorgehen wird.

Und nun geschah das Gewohnte, tief Beschämende; noch einmal bestieg Herr Gronowski die Tribüne, um allerlei Beschuldigungen gegen die Sozialdemokratie vorzubringen — und dann wurde ein Schlußantrag angenommen, obwohl noch die Genossen Borchardt und Ströbel zum Wort gemeldet waren. Im Zentrum stimmten unter anderem die Herren Brust und Zmbusch, „Arbeitervertreter“, für den Schluß.

Die bisherige Entwicklung der Kaliindustrie hat den Beweis geliefert, daß diese Annahme keine zu optimistische ist. Es könnte also hier eine Einnahmequelle erschlossen werden, welche ohne Belastung der Allgemeinheit dem Deutschen Reich mit Verdienlichkeit große, stetig steigende, durch ein Naturschutzgesetz gesichertes Einkommen schaffen würde.

Allein die Ausnutzung einer solchen vielleicht nie wiederkehrenden Gelegenheit geht möglicherweise über das Verständnis der zunächst in Betracht kommenden Autoritäten hinaus, vielleicht auch werden andere Rücksichten maßgebend sein, um eine solche Ausnutzung zu verhindern.

Es soll durch diese Erörterung keinesfalls für ein Monopol Stimmung gemacht werden; wenn man aber ein solches vorschlagen will, dann sollte man nicht eine folgebare Sache, wie das Petroleummonopol, sondern das dem Deutschen Reich von der Natur verliehene Kali-Weltmonopol in Erwägung ziehen.

Ohne Zweifel sind die vorgebrachten Gründe für ein Reichs-Kalimonopol sehr beachtenswert. Für die Sozialdemokratie um so mehr, weil die „Königliche Volkszeitung“ in der Hauptsache ja nur das wiederholt, was die sozialdemokratischen Vertreter 1910 in der für die Beratung des Kalimonopolsgesetz eingesehten Reichstagskommission dort zugunsten eines Reichs-Kalimonopols vortrugen. Die „Königliche Volkszeitung“ pflegt mit dem sozialdemokratischen Kalbe, ein bemerkenswertes Verfahren in einer Zeit, wo die Zentrumspartei jeden Bürger, der auch nur sozialistischer Gesinnung „verdächtig“ erscheint, verfechten möchte.

Die Sozialdemokraten haben in der Kalimonopolkommission zunächst die Uebernahme der Kalifischindustrie auf das Reich beantragt. Was jetzt die „Königliche Volkszeitung“ anführt, das erklärten vor zwei Jahren bereits unsere Genossen, und zwar: Deutschland besitze ein natürliches Weltmonopol von Kalifischen. Das müsse im Allgemeininteresse verwertet werden. Nun sei es an der Zeit, der Spekulation in Kalisalz und der drohenden Verschwendung unerschöpflicher Naturkräfte durch die maßlose Verlegründer eines Riegel vorgeschoben durch die Monopolisierung der Kaliverwertung zum Nutzen der Reichsfinanzen. Die sicher zu erwartenden hohen Einnahmen aus dem Kalimonopol könne man in den Reichsstaat einstellen und dann mit der sofortigen Aufhebung der drückendsten indirekten Steuern beginnen. Als für die Abführung der Gerechtfamten nötige Summe wurden damals sozialdemokratischerseits 600 bis 800 Millionen Mark angenommen, also etwa soviel wie jetzt die „Königliche Volkszeitung“ höchstensfalls veranschlagt. Demals aber währten sich auch die Zentrumsexperten heftig gegen ein Reichs-Kalimonopol, behauptend, die erforderliche Abführungssumme werde weit über eine Milliarde hinausgehen und keine ausreichende Verzinsung finden. Tatsächlich war aber vor zwei Jahren die Zahl der betriebenen und der im Bau begriffenen Kalifische erheblich niedriger wie jetzt; dementsprechend war auch die für die Einführung des Reichs-Kalimonopols erforderliche Abführungssumme bedeutend geringer als die jetzt von der „Königlichen Volkszeitung“ kalkulierte Summe von 600 Millionen. Der sozialdemokratische Vorschlag bemah die Abführungssumme nicht zu niedrig. Wenn jetzt die „Königliche Volkszeitung“ schreibt, nun sei eine vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit geboten, das tragliche Naturschutzmonopol im Allgemeininteresse auszunutzen, so muß betont werden, daß die noch sehr viel günstigeren Gelegenheiten vor zwei Jahren nicht zuletzt durch die Schuld des Zentrums verpaßt worden ist. Es hat nicht einmal für den sozialdemokratischen Eventualantrag, wenigstens den Handel mit Kalisalz zugunsten der Reichsflasse zu monopolisieren, gestimmt. Was damals auch von den Zentrumsexperten in der Kalimonopolkommission den sozialdemokratischen Antragstellern entgegengesagt worden ist, das wendet nun, fast wörtlich, die „Königliche Volkszeitung“ ein. Handelt es sich bei ihrer Anrogung um mehr als eine demagogische Ablenkung von dem Steuerprojekt (Erbansalzsteuer), mit dem die Konservativen und Liberalen „nicht brüskiert“ werden wollen, dann erhebt die „Königliche Volkszeitung“ den außerordentlich schweren Vorwurf gegen die Zentrumsexperten, 1910 die Reichsfinanzen um hunderte Millionen Mark geschädigt zu haben! Denn damals würde die Einführung eines Kalimonopols der Reichsflasse um hunderte Millionen Mark billiger als 1912 zu sein gekommen sein. Die Zentrumsexperten in der Kalimonopolkommission haben, mit Ausnahme des weniger eifrigen Abg. Müller-Pulda, sich sehr eifrig um die Erhaltung des kapitalistischen Ausbeutungsprivilegs an dem nationalen Kalifischsalz ins Zeug gesetzt. Sie haben selbst die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt, die eine Vorzugsstellung der Staatswerke bei der Benutzung der Vorkommnisse an Absatz bezweckten.

Die Rentabilitätsberechnung der „Königlichen Volkszeitung“ steht mit den tatsächlichen Betriebsergebnissen nicht im Widerspruch. Nach einer vorläufigen Zusammenstellung haben allein die für das verfloßene Jahr bereits mit ihren Ueberschüssen an die Defizitlastigkeit getretenen Kaligewerkschaften im Jahre 1911 zirka 25 Millionen Mark Ausbeute verteilt, nachdem viele Millionen Mark vorher „zurückgestellt“ worden sind. Dazu kommen noch die großen Altkaligewerkschaften Wöhlerleben, Salzboghall, Weitzel, Niederholl usw. Der Gesamtüberschuh aus der deutschen Kaliindustrie wird für das Jahr 1910 sicher zwischen 40 bis 50 Millionen Mark ausmachen. Die durch das Kalimonopolgesetz vorgeschriebene Ermäßigung der Verkaufspreise hat, wie vorausgesetzt, den Kalialab gesteigert, so daß es dem Kalisubstitut 1911 gelang, den Absatzwert um 2 auf 145 Millionen zu erhöhen. Von dieser Summe kann man ruhig ein Drittel als Unternehmergewinn in Ansatz bringen; wurde doch bei der Beratung des Reichsengesetzes von sehr sachverständiger Seite (Unternehmer) versichert, 50 Proz. des Verkaufspreises seien Ueberschüsse! Die Ermäßigung der Verkaufspreise hat zwar die Profitrate prozentual geschmälert, aber der gesteigerte Absatz gleich diesen Verlust absolut mehr als aus. Dattien doch die Kaliverwerke des preussischen Fiskus 1910 einen rechnungsmäßigen Ueberschuh von 4,8 Millionen Mark, bald eine Million Mark mehr wie 1906!

Der Steuerpolitiker in der „Königlichen Volkszeitung“ hat also vollkommen recht mit seiner Rentabilitätsberechnung. Er hat auch recht mit seiner Behauptung, ein Reichs-Kalimonopol eröffne der Reichsflasse eine reiche Einnahmequelle, die den seltenen Vorteil hat, die Allgemeinheit nicht stärker wie bisher zu belasten. Warum soll das Reich das Kalimonopol nicht einführen? „Das Geld liegt für das Reich förmlich auf der Straße“, schrieb 1910 während der Beratung des Kalimonopolgesetz sogar ein Industrieller, der auch empfahl, die Kaliverwertung für die Reichsflasse nutzbar zu machen. Wenn es auch gerade keine 150 bis 160 Millionen Mark jährlich wären, über 100 Millionen Mark pro Staatsjahr würde die Reichsflasse doch aus dem Kalimonopol verdienen, ohne auch nur im geringsten die Lebenshaltung des Volkes zu verteuern. Vielmehr würde sich dann ohne Schwächung der Reichseinnahmen die Aufhebung einiger der drückendsten Verbrauchssteuern durchzuführen lassen. „Das Geld liegt auf der Straße“ — wird die Regierung, wird die Partei der „Königlichen Volkszeitung“ es aufheben?

Das Ausnahmengesetz gegen die Konsumvereine.

In Preußen sind nach dem Einkommensteuergesetz Genossenschaften nur insofern steuerpflichtig, als ihr Geschäftsbetrieb sich über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus erstreckt. Landwirtschaftliche und Handwerker-Genossenschaften, Einkaufs- und Kreditgenossenschaften jeder Art sind also steuerfrei. Nur für Konsumvereine besteht das Ausnahmengesetz, das sie auch dann steuerpflichtig macht, wenn ihr Geschäftsbetrieb ausschließlich auf den Kreis ihrer Mitglieder beschränkt ist.

Aber dies Ausnahmengesetz will der preussische Einkommensteuergesetzentwurf, der zurzeit die Kommission beschäftigt, noch verschärfen. Es ist nämlich ein Entschluß des Oberverwaltungsgerichts dahin ergangen, daß Rabatte oder Dividenden, auf die die Mitglieder von Konsumvereinen statutenmäßig Anspruch haben, der also nicht den jeweiligen Beschlüssen der Generalversammlung unterliegt, nicht steuerpflichtig seien.

Dieser Entschluß hatte es den Mittelstandsrichtern vom Schloß des Herrn Hammer angetan. Auf ihr Betreiben hat die Regierung dem Landtag einen Paragrafen vorgeschlagen, der diese „Lücke“ ausfüllen und auch den statutenmäßig festgelegten Rabatt um steuerpflichtig machen soll. Von der Sozialdemokratie wurde selbstverständlich Streichung dieser Bestimmung beantragt.

Am Donnerstag wurde mit der Frage der Besteuerung der Genossenschaften überhaupt auch diese Spezialfrage angeschnitten. Ein konservativer Antrag wollte auch die übrigen Genossenschaften steuerpflichtig machen, sofern der Umsatz 500 000 M. übersteigt. Zwei Zentrumsabgeordnete — die Minderheit der Zentrumsvertretung in der Kommission — jedoch forderten, daß, sofern nicht die Ausnahmesteuerung gegen die Konsumvereine überhaupt aufgehoben werde (wogu allerdings keine Aussicht sei), dann alle Genossenschaften ausnahmslos und ohne jede Beschränkung hinsichtlich ihres Umsatzes zur Einkommensteuer herangezogen werden müßten, um der Konsumvereine Besteuerung den Charakter des Ausnahmengesetzes zu nehmen. Die weitere Debatte wurde dadurch abgebrochen, daß ein Vertagungsantrag Annahme fand, der die gemeinsame Besprechung und Beschlußfassung über die ganze Materie der Genossenschaftsbesteuerung auf eine spätere Sitzung vertagte.

Das freilich dürfte ohne Prophetengabe schon heute vorauszusagen sein, daß das Zentrum sich bei der Frage der Ausnahmesteuer der Konsumvereine wieder einmal spalten wird. Die sogenannten Arbeitervertreter, die kleine Minderheit, wird die Interessen der Arbeiter platonisch vertreten, während das Übergewicht der Zentrumsmehrheit mit der pseudo-mittelständlerischen, ausnahmengesetzfreundlichen Mehrheit gehen dürfte.

Bundesratsmitglied und Zentrum.

Kürzlich wurde berichtet, ein Zentrumsabgeordneter soll angeblich im Austrage der Fraktion über die Erbschaftsteuer und die Vermuthungen Steuerforderungen eine Denkschrift gegen den Reichssekretär verfaßt und an die Mitglieder des Bundesrats verteilt haben. Demgegenüber stellt die „Köln. Volksztg.“ fest:

„Um den Wünschen eines Bundesratsmitgliedes entgegenzukommen, haben Abgeordnete des Zentrums eine vier Seiten umfassende Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben des Staats mit sachlichen Begründungen gemacht, eine Arbeit, die jeder Kenner des Staats selber machen kann, wenn er die nötige Zeit, den nötigen Fleiß und das nötige Urtheil über den Etat hat. (Was also dieses Bundesratsmitglied alles nicht besitzt. Am. der Red. des „R.“) Diese Aufstellung ist schon am 8. Februar fertig und am 10. Februar verfaßt gewesen, also ehe im Reichstag ein Wort über den Etat gesprochen worden ist. Der ganze Inhalt dieser vier Seiten umfassenden Arbeit ist kein Geheimnis, sondern kann jederzeit publiziert werden. Wie man also von einer Denkschrift oder einer Aktion des Zentrums gegen Staatssekretär Werneuth reden kann, ist unerfindlich.“

Interessant wäre nur, zu erfahren, wer denn dieses unwissende Bundesratsmitglied ist, das sich von Zentrumsabgeordneten den Etat erklären lassen muß und warum die Herren solch überflüssige Arbeit auf sich genommen haben. Oder ist die Geschichte vielleicht doch nicht so harmlos, wie sie die „Köln. Volksztg.“ darzustellen beliebt.

Es geht ganz einfach.

In Oldenburg macht ein freisinniges Blatt Propaganda für den Anschluß an Preußen, und begründet seine Ansicht folgendermaßen:

„Das trotz seines jahrhundertelangen Wachstums immer noch kleine Oldenburg ist nicht in der Lage, die natürlichen Kräfte seines Landes, insbesondere die Kunst seiner Küstenlage, genügend zu verwerthen. Dazu gehören die Mittel eines größeren Staates, und dieser größere Staat ist Preußen. Vertragsmäßige Eingliederung in den preussischen Staat scheint mir der gegebene nächste Schritt in der Entwicklung Oldenburgs zu sein. Erforderlich wären hierzu: 1. Vertrag zwischen Regierung (Großherzog) und Volk (Landtag) von Oldenburg, 2. Vertrag zwischen Oldenburg (Regierung und Volk) und Preußen (Regierung und Volk). Es würde zunächst genügen, die prinzipielle Frage zu entscheiden. Die Ordnung der Einzelheiten könnte nach der Eingliederung Oldenburgs in Preußen erfolgen. Ihrem jetzigen Landesherren könnten die Oldenburger ihre Anerkennung dadurch bezeugen, daß sie ihren neuen Landesherren, den König von Preußen, bitten, ihn zum Statthalter (Oberpräsidenten) der neuen Provinz Oldenburg zu ernennen.“

Also Entthronung des Monarchen, der allerdings als Beamter angestellt werden soll. Grund: Bessere Verwertung der Küstenlage. Revolution natürlich unnötig, geschäftliche Auseinandersetzung genügt, nach dem Vorbild Norwegens, wo man nach Wilhelm II. treffendem Ausspruch der Dynastie ihre Entlassung „mittels Einschreibebrief“ mitgeteilt hat. Und die „Köln. Volksztg.“ begrüßt diesen Vorschlag begeistert als Abkehr vom Militarismus und Sieg des deutschen Einheitsgedankens!

Der Rudolstädter Landtag.

Der bekanntlich eine sozialdemokratische Majorität besitzt, wurde am Donnerstag mittig vom Staatsminister Freislermann v. d. Rede mit einer Rede eröffnet, in der die an den Landtag kommenden Vorlagen und Gesetzentwürfe angekündigt wurden. Der Staatsminister ist trotz des Ausfalls der Wahl seiner bisherigen radikalen Politik treu geblieben. Er kündigte einen Gesetzentwurf über eine Steuerreform an, die mit einer Verschärfung der Wahlrechts zum Landtag verbunden sein soll. Schon in der vorigen Legislaturperiode erschien der nämliche Plan. Die reaktionären bürgerlichen Parteien im Landtag hatten damals im Einverständnis mit der Regierung den Versuch gemacht, die Steuerreform mit dem Wahlrecht der Höchststeuerer zu verknüpfen. Man wollte die Zahl der Höchststeuerer Wähler um mehrere Hundert reduzieren, um sie in die Klasse der allgemeinen Wähler schieben zu können. Auf diese Weise hofften die Regierung und die Bürgerlichen, mit ihrem nun in der allgemeinen Klasse eingereihten Wählern und mehrere Wahlkreise abzuhängen und einflusslos machen zu können. Unsere Genossen brachten damals den sauberen Plan zu Fall, indem sie Obstruktion trieben und

jedesmal vor der Abstimmung den Sitzungssaal verlassen, so daß der Landtag beschlußunfähig war. Darauf erklärten die bürgerlichen Parteien, daß sie nunmehr auch kein Interesse an einer Steuerreform hätten, und es wurde alles beim alten gelassen, obwohl eine Steuerreform für Schwarzburg-Rudolstadt dringend nötig ist. Heute soll sich dieses Schauspiel wiederholen, aber die Regierung wird dabei keine Vorbeeren ernten, denn unsere in der Majorität befindlichen Genossen werden alles daransetzen, die Wahlrechtsverschlechterung zu verhindern und ein besseres Steuergesetz zu schaffen, selbst wenn die Regierung die Möglichkeit einer Landtagsauflösung ins Auge fassen sollte. Den Landtag wird außerdem noch die Einführung einer Kapitalrentensteuer und die Beratung des Haushaltsplans beschäftigen. Für Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen soll ein gemeinschaftliches Oberverwaltungs- und Reichsgericht eingerichtet werden. Eine kleine, schon längst nötige Reform bedeutet die Vorlage über die eine Aenderung des Volkszählgesetzes, wonach in Zukunft die Aufsicht nur von Fachmännern ausgeübt werden soll. Ebenso die Schaffung einer neuen Bauordnung und eines neuen Landtronsaufbaues. Nach der Wahl der Wahlprüfungskommission vertagte sich der Landtag auf Freitag abend, wo man über die Wahlprüfungen und die Wahl des Präsidiums Beschluß fassen wird.

Sozialdemokratische Präsidenten.

Der Landtag für das Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt wählte am Freitag den Genossen Winter zum Präsidenten, den Genossen Hartmann zum Vizepräsidenten. Die bürgerlichen Abgeordneten gaben weiße Zettel ab.

Vernünftige Bemerkungen.

Im „Berliner Börsen-Courier“ wies der fortschrittliche Abgeordnete Waldstein die Frage auf, ob eine Partei, die, wie die national-liberale, auf ihre monarchische Gesinnung Gewicht legt, richtig handelt, wenn sie einem sozialdemokratischen Mitglied des Reichstagspräsidiums ein Hoch auf den Kaiser zumutet, und beantwortet sie folgendermaßen:

„Dies tun, heißt nach unserer Auffassung nicht die Konsequenz der monarchischen Gesinnung ziehen, sondern sich mit ihr in einen Widerspruch setzen. Ein Hoch auf den Kaiser ist die Verkündung einer monarchischen Gesinnung und hat einen sachlichen Wert nur dann, wenn es eine ehrliche Bekundung ist. Wer von einem Sozialdemokraten ein Kaiserhoch verlangt, mutet ihm nicht bloß eine offensichtliche Unwahrheit zu, sondern veranlaßt die Entwertung eines nationalen Brauches, die besonders peinlich wirken müßte, wenn sie auf der herborragenden und weithin sichtbaren Stelle an der Spitze der deutschen Volksvertretung erfolgte. Vom Standpunkt der monarchischen Gesinnung konnte man ein Bedenken gegen einen sozialdemokratischen Präsidenten nicht etwa darin suchen, daß er zum Kaiserhoch nicht bereit sein könnte, sondern vielmehr darin, daß er sich dazu bereit finden ließe und es gelegentlich ausbringen könnte, und daß er dadurch dieses monarchische Symbol zu einer Formel macht.“

Die verständigsten Monarchisten im Reichstage müßten zur sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wie folgt sprechen: „Wir sehen ein, daß es weder gerecht noch staatsklug, noch den Geschäften des Hauses zuträglich ist, die stärkste Partei des Hauses mit ihren 110 Abgeordneten und 4/5 Millionen Wählern von der Geschäftsführung des Hauses und so von der Verantwortlichkeit für den Gang der Geschäfte auszuschließen; sie ist ja auch schon bei geringerer Stärke davon nicht ganz ausgeschlossen gewesen, indem sie in dem Vorjahr wichtiger Kommissionen eine sachlich sehr bedeutsame geschäftsführende und mit disziplinarischen Befugnissen verbundene Tätigkeit entfaltet hat. Nun würde es uns als Monarchisten aber peinlich berühren, wenn ein sozialdemokratischer Präsident gelegentlich das Kaiserhoch anspricht und wir erwarten deswegen von seinem Volk, daß er diese Pflicht nach Möglichkeit den anderen Präsidenten überlassen würde, widrigenfalls wir bei einer Neuwahl uns vor der Frage setzen werden, ob er den für einen Präsidenten erforderlichen Takt erwiesen hat oder nicht.“

Kriegervereine gegen das Wahlgeheimnis.

Der Kriegerverein in Dassel bei Lüneburg schickte an eine ganze Reihe seiner Mitglieder folgendes Schreiben:

„Das Ergebnis der letzten Reichstagswahl im Wahlbezirk Vorwerk-Neuborwerk legt den Verdacht nahe, daß ein großer Teil unserer dortigen Mitglieder dem Vertreter der Sozialdemokratie seine Stimme gegeben hat. Wir sehen und daher gemäß § 7 der Satzungen veranlaßt, Sie aus dem Kriegerverein zu Dassel auszuschließen, falls Sie nicht bis zum 25. Februar „auf Ehre und Gewissen“ dem Vorstehenden gegenüber die Erklärung abgeben, nicht sozialdemokratisch gewählt zu haben. Der Vorstand des Kriegervereins, zu Dassel.“

Auf dieses Schreiben ist von den meisten seiner Empfänger überhaupt nicht reagiert worden; es zeigt aber, wie die Hintermänner der Kriegervereine bemüht sind, das Wahlgeheimnis zu beseitigen!

Es wird immer schöner.

Der Kriegervereins-Terrorismus wird immer häßlicher. In Sirchberg i. Schl. wurde sogar ein Gastwirt aus dem Kriegerverein ausgeschlossen, der den Sozialdemokraten wie allen anderen Parteien sein Votum zur Abhaltung von Versammlungen zur Verfügung stellte. Der Mann ist weder Sozialdemokrat, noch hat er sich sozialdemokratisch im Kriegervereins-technischen Sinne betätigt. Dieser Terrorismus geht selbst dem Sozialkriegerverein von Sirchberg über die Gattin. Sein Vorstand will sich beim Kreis-Kriegerbund beschweren.

Die Wahlfreiheit der Beamten.

Die Reichseisenbahnverwaltung hat vor den Wahlen eine Verordnung über das außerdienstliche Verhalten der Angestellten hinausgegeben. Diese Verordnung, die auf eine Einschränkung der Wahlfreiheit der Beamten und Angestellten hinausläuft, haben unsere Genossen im elfen-löhringischen Landtage zum Gegenstand einer Interpellation gemacht, die am Freitag verhandelt wurde. Genosse Emmel bezeugte die Verordnung als einen Verstoß gegen das Vereins- und Koalitionsrecht. Die Generaldirektion der Reichseisenbahnen hat sich damit einer strafbaren Handlung schuldig gemacht. Die Regierung bestritt dem Landtage das Recht, sich mit dieser Angelegenheit, die vor den Reichstag gehöre, zu befassen. Das Zentrum vertrat den Standpunkt, daß kein Beamter sozialdemokratisch wählen oder sich sozialdemokratisch betätigen dürfe. Der liberale Abgeordnete Wolf trat im Gegensatz hierzu für die staatsbürgerliche Freiheit der Beamten ein. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, die sich gegen die politische Bevormundung der Beamten erklärt. Dagegen wurde der Antrag, die Generaldirektion strafrechtlich zu verfolgen, abgelehnt.

Ein schwächlicher Soldat!

Der Musikföhrer Joseph Hoffmann vom Regiment 51 in Breslau stand vor dem Kriegsgericht angeklagt des Betruges und Diebstahls, heides im Rückfall, Mordverleumdung, unerlaubter Entfernung. Hoffmann hat schon von Kindheit an Robstschmerz, ist leicht aufgeregter, leidet an Gedächtnisschwäche, Schläffucht, Epilepsie, Lach und weint auffallend, lügt, trieb sich viel herum und war schon 1908 in der Trennanstalt Deubus sechs Wochen, wo ein mächtiger Schwaefinn festgestellt ward.

Stabsarzt Dr. Gauth stellt moralische und ethische Defekte fest, doch sei er nicht geisteskrank und unverantwortlich. Der Anklageverteiler beantragt gegen H. als gemeingefährlichen Hochstapler Entfernung aus dem Heere, Veretzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf vier Jahre, zwei Jahre Gefängnis. Der Verteidiger, Oberleutnant Unger, sieht in dem Mann eine höchst bedauernde Person, von Klein auf von bösem Schicksal verfolgt und beantragt mildernde Umstände in weitestem Maße. Das Kriegsgericht erkannte auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und Veretzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Das Gericht hofft, daß Hoffmann doch noch durch die strenge, militärische Disziplin ein brauchbares Glied der menschlichen Gesellschaft wird!

Wir fürchten, daß der Unglückliche nun völlig zugrunde gerichtet wird!

Oesterreich.

Die Wahlrechtschaube in Böhmen.

Das Privilegienvahlrecht zum böhmischen Landtag müßte eigentlich ungeheuer aufreizend wirken. Es hält die stärkste Partei des Landes, die Sozialdemokratie, durch den 8-Kronen-Zensus absolut vom Landtag fern. Nur 9,7 Proz. der Bevölkerung (1908: 606 760 Personen) sind zum Landtag wahlberechtigt gegen 21,5 Proz. bei den Reichstagswahlen. Und dabei haben die Großgrundbesitzer 70 von den 242 Sitzen!

Frankreich.

Gegen die Geheimverträge.

Paris, 23. Februar. Kammer. In der heutigen Sitzung forderte Biau (liberal) Dringlichkeit und sofortige Diskussion für den Antrag, durch welchen die Regierung aufgefordert wird, den Verfassungsartikel zu ändern, der den Präsidenten der Republik zum Abschluß von Geheimverträgen ermächtigt. Ministerpräsident Poincaré betonte demgegenüber, daß die Diskussion des Antrags mit Rücksicht darauf, daß sie die gesamte auswärtige Politik berühren würde, am besten mit den Interpellationen über die auswärtige Politik zu verbinden wäre. Auf Ersuchen des Ministerpräsidenten beschloß die Kammer, über den Antrag am Freitag vor der Interpellation über die auswärtige Politik zu verhandeln.

Portugal.

Das Los der politischen Gefangenen.

Lissabon, 23. Februar. Unter den politischen Gefangenen des Forts Casca ist wegen schlechter Verpflegung eine Meuterei ausgebrochen. — Die Garnison des Forts Alfo do Duque, von dem zwölf Gefangene entwichen sind, ist verläßt worden. Der Küstenpanger Vasco da Gama kreuzt vor dem Fort, um eine Einschiffung der Flüchtlinge zu verhindern, die sich vermutlich noch in der Umgebung des Forts aufhalten.

Aus Industrie und Handel.

Die Konjunktur im Kohlenbergbau.

Die Bewegung der Kohlenarbeiter läßt die Frage nach der Konjunktur im Bergbau aufwerfen. Und da ist eine Hochstimmung zu konstatieren, wie selten zuvor. Sie kommt ja schon in den vorgenommenen Preiserhöhungen, die allein bei Ruhrkohlenstücken eine Mehrerinnahme von circa 60 Millionen Mark sichern, sehr deutlich zum Ausdruck. Sie entspricht aber auch der Förderverhältnisse. Die Nachfrage war in den letzten Wochen so stürmisch, daß manche Zechen auf ihre Lagerbestände zurückgreifen mußten, um dem Begehre zu genügen. Dazu sucht man die volle Leistungsfähigkeit auszunutzen. Man rechnet gar mit einer Aufhebung jeder Erzeugungseinschränkung. Fast könnte es scheinen, als sei in Bälde wieder mit einer Kohlennot zu rechnen. Die allerdings könnte sich einstellen, wenn es in England zu dem Streik der Kohlengräber käme und unsere Patrioten den bedrängten Massenengen im Inland durch die Lieferung von Kohlen — natürlich zu hohen Preisen — unter die Arme und ins Portemonnaie greifen. Schon bisher war die Ausfuhr reichlich groß. Im Jahre 1910 wurden 24,3 Millionen Tonnen ausgeführt, im Jahre 1911 jedoch schon 27,4 Millionen Tonnen. Im Vergleich mit dem gleichen Monat des Vorjahres ergibt sich für Januar 1912 eine Steigerung der Ausfuhr von 1 933 781 Tonnen auf 2 452 695 Tonnen. Diesen Mengen steht eine Einfuhr von 639 041 Tonnen resp. 750 501 Tonnen gegenüber. Kein Zweifel daher, daß die Inlandsproduktion gut in der Lage wäre, selbst noch weiter gesteigerter Ansprüche der heimischen Verbraucher zu genügen. Sie mögen allerdings sehen wo sie bleiben, wenn lohnendere Auslandsgehäfte auf die Phroje vom Schuh der nationalen Arbeit deutlicher noch als wie sonst pfeifen lassen. Voraussichtlich wird die gute Konjunktur für den Bergbau längere Zeit anhalten. Nach dem letzten Bericht des Stahlwerksverbandes sind die angeschlossenen Werke, die doch als die stärksten Kohlenkonumenten in Betracht kommen, in fast allen ihren Anlagen gut, in einzelnen Betrieben sogar auf Monate hinaus bis zur äußersten Grenze der Leistungsfähigkeit mit Autträgen versorgt. Das gleiche wird von den Hütten berichtet. Teilweise erstrecken sich die herangezogenen Aufträge für die jährliche Lieferungen bis in das zweite Halbjahr hinein. Für das erste Halbjahr wird die Leistungsfähigkeit fast aller Oefen durch die bereits übernommenen Bestellungen schon bis zur äußersten Grenze angepannt. Die Kohlengeuben können somit wahrscheinlich für die Dauer des laufenden Jahres mit mindestens der gleich starken Fördertätigkeit rechnen, wie sie zurzeit die Geschäftslage bedingt. Dieser Umstand muß natürlich bei der Frage der von den Bergarbeitern erhobenen Forderungen mit in den Kreis der Betrachtungen gezogen werden. Sobald eine geringe Konjunkturabschwächung sich bemerkbar macht, hört man auch von Lohnföhrungen. Um so mehr ist daher die Forderung berechtigt, daß mit einer neuen Hochkonjunktur von zweifelloser längerer Dauer die Löhne mindestens wieder auf das Niveau der vorausgegangenen günstigen Geschäftslage gehoben werden. Im vorliegenden Falle ist diese Forderung auch darum unabweisbar, weil mittlerweile noch eine empfindliche Verteuerung der Lebenshaltung eingetreten ist, die die Kaufkraft des Geldes erheblich herabmindert. Mit dem Lohn von damals würde die Arbeiterschaft noch lange nicht die soziale Position aus dem Jahre 1907 zurück erobert haben. Wie günstig sich andererseits die Gemeinwohlverhältnisse verbessert haben, zeigt die Kurzentwickelung. Für einige der führenden Unternehmen zeigen wir sie an der folgenden Zusammenstellung. Es notierten:

	20. Septbr.	22. Februar
Deutsch-Luzemburg	1911	1912
Selsenkirchen	183,87	187,12
Harpener	192,12	202,62
Hörmig	175,62	196,87
Obdix	244,87	256,75
Rombacher	168,87	178,87

Wenn sich nach dem Bekanntwerden der Forderungen der Bergarbeiter die Kurse auf solcher Höhe halten, so kann man darin wohl den Beweis dafür erblicken, daß die Kohlenkapitalisten trotz der Lohnföhrung, mit der sie doch jedenfalls rechnen, noch erhebliche Gewinnföhrungen erwarten.

Gewerkchaftliches.

Die Kohlenkrise in Großbritannien.

London, 21. Februar 1912. (Fig. Ber.)

Die Sensationspresse tut ihr Bestes, um die öffentliche Meinung über den bevorstehenden Kampf in der britischen Bergwerksindustrie irreführen oder zu verwirren, und selbst sonst gut informierte Blätter publizieren den haarsträubendsten Unsinn über eine Bewegung, die für jemand, der sich für das Leben der Bergarbeiter etwas interessiert, nicht allzu schwer zu verstehen ist. Die Panik, die die bürgerliche Gesellschaft Großbritanniens ergriffen hat, ist die Reaktion auf die sorglose Stimmung, die noch bis vor kurzem herrschte. Man glaubte nicht, daß es die Bergarbeiter mit ihren Forderungen ernst meinen, daß sie, wenn nötig, in den Generalstreik treten würden, um den individuellen Minimallohn zu erzwingen. Die Bergarbeiter waren ruhig, und einen Bergarbeiterstreik ohne Tumulte und Aufregung hielt man nicht für möglich. Aber gerade das ruhige, methodische Vorgehen der Bergknappen hätte die Welt der Arbeitgeber warnen sollen. Es zeigte, daß es die Arbeiter ernst meinen. Tumulte und Aufregung sind meist ein Zeichen der Schwäche. Wenn man, wie der britische Bergarbeiter, eine feste Organisation von über 600 000 Untertagsarbeitern im Rücken hat und über einen Kriegsschatz von 3 bis 4 Millionen Pfund Sterling verfügt, hat man keine Ursache, sich sonderlich aufzuregen, sondern macht sich kühn an die Arbeit, seine Nachmittel in bester Weise auszunutzen.

Der Kampf der britischen Bergarbeiter dreht sich um den individuellen Minimallohn für alle Untertagsarbeiter. Bisher bestand in allen Revieren, außer Durham und Northumberland, ein sogenannter allgemeiner Minimallohn, der sich zusammensetzt aus einem festen Grundlohn (dem Durchschnittslohn der Jahre 1877, 1879 oder 1888) und dem dazu bezahlten prozentualen Zuschlag. Die unterste Lohngrenze bildet je nach dem Revier ein Zuschlag von 37½ und 50 Proz. Darüber hinaus variiert der Zuschlag mit dem Steigen und Sinken der Kohlenpreise, die meist alle paar Monate festgesetzt werden. Die Löhne werden von den Einigungsämtern ausgemacht, in denen Arbeiter und Arbeitgeber in gleicher Stärke vertreten sind. Es gibt fünf solcher Einigungsämter: das englische oder mittelländische, das südwestliche, das schottische und die Revier für Durham und Northumberland. In der Theorie verdienen alle Bergarbeiter, die ehlich arbeiten, mindestens den Minimallohn, der im Einigungsamt von den Vertretern der Gewerkschaften und den Arbeitgebern abgemacht worden ist. In der Praxis ist es jedoch wesentlich anders. Der eigentliche Bergarbeiter, der Hauer, arbeitet im Afford; für die Kohle, die er ans Tageslicht fördert und die dort von dem Wiegemeister des Unternehmers unter der Aufsicht des Wiegemeisters der Arbeiter gewogen wird, erhält er so und so viel. Wären nun die Kohlenlöse überall gleichmäßig und entstünden keinerlei Betriebsstörungen, so könnte der Hauer zweifellos stets auf seinen Lohn kommen. Dies ist jedoch nicht der Fall. Im Laufe seiner Arbeit stößt der Bergmann auf schwierige Stellen, wo es ihm mit dem besten Willen nicht möglich ist, den Minimallohn zu verdienen. Betriebsstörungen aller Art kürzen ebenfalls häufig den Lohn des fleißigsten Knappen. Die zuverlässigsten Autoritäten schätzen die Zahl der Vergleute, die jahraus, jahrein nicht auf ihren Lohn kommen können, auf 25 Proz. der gesamten Bergarbeiterschaft Großbritanniens.

Die britische Bergarbeiterschaft trachtet nun danach, diesem Unheil abzuhelfen und den allgemeinen Minimallohn zu einem wirklichen, einem individuellen zu machen, der schon für eine große Zahl der unterirdisch im Tagelohn stehenden Hilfsarbeiter der Hauer besteht. Ihre Forderung bedeutet den weiteren Ausbau oder besser die richtige Anwendung des bestehenden Lohnregelungssystems. Die letzte Generalversammlung zu Southport sah den Beschluß und verpflichtete jeden der Föderation angeschlossenen Verband zur Solidarität in dieser Frage, die wenn notwendig durch den Generalstreik gelöst werden sollte. Seit dieser Konferenz haben lange Verhandlungen zwischen den Arbeitern und den Arbeitgebern stattgefunden; aber die Verhandlungen haben keinen Erfolg gehabt. In den einzelnen Revieren lehnten die Unternehmer die Forderung der Bergarbeiter kurzerhand ab. In Schottland und Südwesten weigerten sich die Unternehmer gar, die Frage überhaupt zu diskutieren und gaben als Grund ihrer Weigerung an, daß die Forderung der Arbeiter mit der Drohung eines Generalstreiks ein Druck der noch nicht abgelaufenen Lohnkontrakte bedeute. Die Bergarbeiter weisen jedoch darauf hin, daß von einem Kontraktbruch nicht die Rede sein könne. Mit ihrer Forderung begnadeten sie nur, der allgemeinen Lohnabmachung in jedem Falle Geltung zu verschaffen. Jedes Jahr gäben die Verbände Tausende aus, um einzelne Arbeitgeber zu zwingen, ihren Arbeitern die abgemachten Löhne zu bezahlen. Wenn die Unternehmer über Kontraktbruch klagen wollten, so hätten sie dies schon längst tun sollen. Die Arbeiter gingen jetzt auf der ganzen Linie vor, um dem Unheil für immer den Varaus zu machen. Nur die mittelländischen Kohlenbesitzer zeigten sich geneigt, mit den Arbeitern ernsthaft über den individuellen Minimallohn zu verhandeln. Gleich zu Anfang nahmen die Vertreter der Arbeitgeber in diesen Revieren die Minimallohnforderung prinzipiell an; vor einigen Tagen boten sie sogar den Arbeitern einen Minimallohn in der Höhe von 6 Schilling und 1½ Pence an, der jedoch von den Arbeitervertretern als unzureichend abgelehnt wurde. Auch die Verhandlungen, die auf nationaler Grundlage, d. h. zwischen den Vertretern der Bergarbeiterföderation und der Gesamtunternehmenschaft des Landes gepflogen wurden, sind gänzlich fehlergeschlagen. Die Mehrheit der Unternehmer erklärt, daß ein Minimallohn für im Afford stehende Hauer unmöglich durchzuführen sei, es sei denn, daß die Arbeiter Garantien gegen Schädigung der Arbeitgeber durch faule Hauer schufen. Die Arbeiter sind auch geneigt, diese Garantien zu schaffen. Sie schlagen besondere Ausschüsse vor, die die Klagen der Unternehmer über träge Arbeiter anhören sollen. Das genügt den Kohlenbesitzern jedoch nicht. Verschiedene andere Vorschläge sind von der Unternehmerschaft gemacht worden. So ist ein Projekt erörtert worden, nach dem allen Bergarbeitern des Landes eine Lohnerhöhung von 5 Proz. gewährt werden soll. Die Lohnerhöhung soll aber nicht den einzelnen Arbeitern ausgezahlt werden, sondern in eine von der Gewerkschaft zu verwaltende Kasse fließen, aus der die Löhne der Arbeiter, die nicht auf den Minimallohn kommen, zu ergänzen wären. Natürlich hüten sich die Arbeiter, diesem gefährlichen Plan zuzustimmen. Uebrigens ist die Frage der tragen Arbeiter nicht von der Bedeutung, die ihr die Kohlenbesitzer aus taktischen Gründen geben. Es wäre töricht, zu verneinen, daß es auch unter den Bergarbeitern wie in jeder Bevölkerungsschicht träge Menschen gibt. Aber wenn die Bergarbeiter als Klasse ein Laster haben, so ist es sicher nicht die Trägheit. Ihr Laster ist vielmehr, daß sie, um ein paar Pfennige mehr zu verdienen, zu viel arbeiten. Der garantierte Minimallohn wird die Hauer nicht davon abhalten, zu versuchen, genau so wie heute, mehr zu verdienen als den niedrigsten Lohn.

Mitte Januar erklärten 107 Ne britische Bergarbeiter mit 445 501 gegen 115 921 Stimmen für den Generalstreik, der nun aller Wahrscheinlichkeit nach am 1. März ausbrechen wird. Seit der Konferenz, die am 7. Februar zwischen den Vertretern der Bergarbeiterföderation und der Gesamtunternehmenschaft Großbritan-

niens stattfand, hat sich trotz aller gegenteiligen Behauptungen wenig oder nichts geändert. Die Bergarbeiter erklärten damals den Unternehmern, die ihnen die Regelung der Frage der abnormen Arbeitsstellen anboten und die Minimallohnforderung ablehnten, in einer Resolution:

„Wir bedauern, daß sich die Kohlenbesitzer geweigert haben, das Prinzip eines individuellen Minimallohnes für alle unterirdisch beschäftigten Männer und Knaben anzuerkennen, da wir wissen, daß der gegenwärtige Streit nicht beigelegt werden kann, wenn dieses Prinzip nicht anerkannt wird. Jedoch angesichts der Tatsache, daß wir nicht den Wunsch hegen, es in der Kohlenindustrie des Landes zu einem Bruch kommen zu lassen, sind wir bereit, mit den Kohlenbesitzern zu irgendeiner Zeit zusammenzukommen, um die Angelegenheit weiter zu diskutieren, wenn die Kohlenbesitzer den Wunsch äußern, dies zu tun.“

Das war klar und deutlich.

Berlin und Umgegend.

Friede in der Damenkonfektion! Unter diesem Titel brachten im Laufe der vergangenen Wochen fast sämtliche Berliner Blätter eine Notiz. — Wie wir nun erfahren, ist dieser Frieden durch die von den Unternehmern dieser Branche gemachten prozentualen Zuschläge, welche in den Kreisen der selbständigen Schneider sowie in denen der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen eine große Mißstimmung hervorgerufen haben, für die Dauer nicht gewährleistet, und haben die letzteren zur Aufklärung dieser Angelegenheit eine öffentliche Versammlung einberufen, zu welcher auch die Firmeneinhaber ganz besonders geladen sind.

Achtung, Friseurgehilfen! In die Liste der tarifstreuen Geschäfte ist noch nachzutragen: Marx, Wiesenstraße 19, Loth, Hochstr. 33, Bed., Rhinower Straße 7, Hädel, Streifher Str. 12, Sommerfeldt, Tuggenhagen Str. 6, Bernhardt, Mariendorf, Kurfürstenstr. 48. Verband der Friseurgehilfen.

Deutsches Reich.

Auch ein Kennzeichen für die Stimmung im Ruhrgebiet.

Eine die Situation im Ruhrgebiet beleuchtende Wahl wurde am 22. Februar auf Beche „Victoria“ in Lünen vollzogen. Die Wahl hatte um so mehr Bedeutung, als es die erste im Ruhrgebiet ist, die nach der Streikproklamation der christlichen Führer stattfand. Zur Wahl standen drei Arbeiterausgangsglieder. Es erhielten Stimmen: Verband 175, Gewerksverein 30. Bei der letzten Wahl am 4. April 1911 erhielten: Verband 80, Gewerksverein 41. Der Verband hat 35 Stimmen zugenommen, der Gewerksverein 11 Stimmen verloren. Trotzdem behaupten die Christlichen, nur sie allein besäßen das Vertrauen der Masse.

„Arbeitswillige“ Vandalen.

In Lübeck befinden sich seit mehreren Monaten die Mühlenarbeiter der Firma Brüggemann in einem harten Kampf um eine geringfügige Forderung. Die Firma, die angeblich nicht in der Lage ist, den bestehenden Forderungen ihrer Arbeiter zu entsprechen, ließ sich gegen schweres Geld eine Anzahl Dinstbrüder aus Hamburg kommen, mit deren Hilfe man die Streikenden litte zu machen hofft. Welche Elemente sich aber unter diesen Stützen des Kapitals befinden, dafür lieferte eine Schöffengerichtsverhandlung, die am letzten Donnerstag in Lübeck stattfand, einen sprechenden Beweis. Fünf dieser „Edlen“ hatten sich wegen Hausfriedensbruchs, Sachbeschädigung, Diebstahls und Körperverletzung zu verantworten. An einem Sonntag im Januar begaben sich die Arbeitswilligen Bruse, Dromowich, Road und Landowich in eine Gastwirtschaft. Sie gaben sich hier als Schifferknechte aus und geden. Als die Burchen betrunken waren, begannen sie eine Valgerei, in deren Verlauf sie einen Musikautomaten zertrümmerten. Der Wirt gebot hierauf Feierabend. Nun schlugen sie einen großen Zigarettenabschneider entzwei, demolierten die Lampe und warfen mit Gläsern und Stühlen in der Gaststube herum. Die Gäste flüchteten. Der Wirt, der sich der unangenehmen Gesellschaft nicht erwehren konnte, eilte in seine im Oberstod befindliche Wohnung, von Bruse verfolgt. Dieser schrie fortwährend: „Wir wollen morden, morden, morden!“ Nachdem Bruse und Landowich die Wohnungstür zertrümmert hatten, ergriffen sie den Wirt, einen alten Mann, warfen ihn zu Boden und mißhandelten ihn. Der Wirt trug eine nicht unerhebliche Wunde am Kopf davon. Schließlich eignete sich Bruse noch einen fremden Ueberzieher an, den er unterwegs an Bruse abgab. Darauf emporstiegen sich die Burchen, von der inzwischen alarmierten Polizei verfolgt. Es gelang, dieselben noch am gleichen Abend dingfest zu machen. Die Angeklagten, die sämtlich erheblich wegen aller möglichen Delikte vorbestraft sind, benahmten sich vor Gericht äußerst frech. Der Staatsanwalt beantragte gegen Bruse 14 Monate, gegen Diered 6 Monate, gegen Dromowich und Road je 5 Monate und gegen Landowich 10 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte gegen die rüden Streikbrecher auf wesentlich mildere Strafen. Bruse erhielt 3 Monate, Diered 7 Wochen, Dromowich 5 Wochen, Road 1 Monat und Landowich 14 Wochen Gefängnis. — Das sind die „nützlichen“ Elemente, denen noch Meinung gewisser Regierungskreise ein erhöhter geschlicher Schutz zugesichert werden soll.

Zur Porzellanarbeitersperre berichtet die bürgerliche Presse aus Rudolstadt, daß am Montag 19 000 Porzellanarbeiter ausgesperrt werden. Diese Meldung ist total falsch, da es in Rudolstadt voraussichtlich überhaupt zu keiner Aussperrung kommt. In Rudolstadt werden insgesamt nur etwa 600 Porzellanarbeiter beschäftigt, von denen 300 für die Aussperrung in Betracht kommen könnten. — Nach dem Beschluß der Unternehmerorganisation soll es nach acht Tagen den Unorganisierten freigestellt sein, die Arbeit wieder aufzunehmen. Wenn die Unorganisierten die Arbeit aufnehmen, so verbleiben etwa 150 Aussperrte. Die von der bürgerlichen Presse angegebene Zahl von 19 000 entspricht ungefähr der für ganz Deutschland in Frage kommenden Zahl der Aussperrten.

Aus der Frauenbewegung.

Der Schutz des Hauses.

Den Reaktionen gilt es als eine ausgemachte Sache, daß das Haus und die Landwirtschaft als die Pflichtenwahren Frauentums und der Eitlichkeit zu gelten haben. Die Fabriken und Werkstätten, Kaufhäuser usw. sollen Brutstätten der Unzucht und Viederlichkeit sein. Im Rechte der Statistik sieht die Wirklichkeit allerdings etwas anders aus. Mit solcher Konstatierung wollen wir keineswegs behaupten, daß die gewerbliche Tätigkeit das moralische Niveau bebe. Aber sie ist eine Folge der ganzen wirtschaftlichen und technischen Entwicklung. Das Lob der haus- und landwirtschaftlichen Tätigkeit springt übrigens ja auch nur der Sucht nach Argumenten gegen die moderne Frauenbewegung und allen sich aus den gesellschaftlichen Pflichten und Lasten der Frau ergebenden Rechtsansprüchen. Wie wenig die Ehrenrettung des Hauses und der Landwirtschaft als Bollwerk der Eitlichkeit nach streng bürgerlicher Auffassung berechtigt ist, demonstrieren folgende Zahlen, die wir der amtlichen preussischen Statistik entnehmen. Danach wurden in Preußen im Jahre 1910 nicht weniger als 94 446 lebende Kinder unehelich geboren. Die unehelichen machen 9,2 Proz. der ehelich Geborenen aus. Tot-

geboren wurden zudem noch 4240 Kinder unehelich, gleich 13 Proz. der ehelich Totgeborenen. Das sind gewiß hohe Anteile unehelich Geborener an der Gesamtzahl. Nun ist aber von Interesse zu untersuchen, aus welchen Berufen sich die Mütter resp. Väter der unehelichen Kinder rekrutieren. Folgende Aufstellung gibt darüber Aufschluß. Von den unehelichen Geburten entfallen auf

Land- und Forstwirtschaft . . . 29 998
Häusliche Dienste . . . 23 419
zusammen 53 417

Diesen beiden Berufsgruppen gehören zusammen noch nicht 30 Proz. der Gesamtbevölkerung an, aber sie stellen 54 Proz. aller unehelichen Geburten. Dazu ist weiter zu berücksichtigen, daß unter den unehelichen, gewerblich tätigen Müttern sehr viele als schwanger das „flüchtige“ Haus verlassen mußten, in dem sie bis dahin als Dienstmädchen tätig waren. Sodann war von den ohne Berufsangabe gemeldeten und in Anstalten befindlichen unehelichen Müttern auch wohl der größte Teil ebenfalls ehemals als Dienstmädchen oder ländliche Arbeiterinnen tätig. Verlassen und verstoßen suchten sie irgendwo ein Unterkommen; in den Bergwerksorten flüchteten sie nach der großen Stadt, um hier ungelannt unterzutauchen.

Diese Verhältnisse sprechen natürlich nicht für die Aufrechterhaltung der Keckslosigkeit der Frau. Im Gegenteil, sie unterstützen in sehr energischer Weise die Forderung nach Aufhebung der Besindeklarei, der Sicherung wirtschaftlicher Selbständigkeit der Frau, staatsbürgerlichem Recht für sich, ausreichendem Schwangeren-, Mutter- und Säuglingschutz und vor allem: bebingungslose Legalisierung der unehelichen Kinder und ihrer Mütter.

Letzte Nachrichten.

Fortsetzung der Annexionsdebatte in Rom.

Rom, 23. Februar. Vargilai erklärte, auch im Namen anderer Republikaner, daß er für die Vorlage stimmen werde, trotzdem er ein Gegner des Kabinetts sei. Der Krieg um Tripolis sei eine unaufschiebbare historische Notwendigkeit für die Politik Italiens gewesen. (Lebhafte Beifall.) Das Parlament könne das Dekret, das durch das beste italienische Blut bereits Geltung erhalten habe, nicht mehr außer Kraft setzen. Italien müsse und werde in Libyen bleiben. (Lebhafte Beifall.) Enrico Ferri sprach sich zugunsten des kolonialen Unternehmens aus und erklärte, daß er für die Gültigkeit des Dekrets und für die Regierung stimmen werde, zu der er das Vertrauen habe, daß sie das angegebene Programm demokratischer, ökonomischer und politischer Reformen zu Ausführung bringen werde. Durch seine heutige Abstimmung werde das italienische Parlament der zivilisierten Welt gegenüber die neue Bestimmung des italienischen Volkes feierlich bestätigen.

Giolitti erklärte unter großer Aufmerksamkeit des Hauses, er stelle mit Genugtuung fest, daß die Beifallsbezeugungen der Kammer beweisen, daß die große Mehrheit derselben die Gesetzesvorlage billige. Er müsse aber dennoch auf verschiedene Bemerkungen der Redner antworten. Er erkenne mit Sonnino an, daß die heutige Abstimmung nicht die Bedeutung einer Vertrauensabstimmung für die Regierung haben würde. Es handle sich vielmehr um eine weit höhere Frage, die die wichtigsten Interessen des Vaterlandes berühre. (Beifall.) Das Beispiel aller zivilisierten Länder beweise, daß das koloniale Problem sich als oberste Notwendigkeit aufdränge und er wünsche von Herzen, daß es keine anderen Kriege als Kolonialkriege geben möge. Die Kriege der Zivilisation seien. (Lebhafte Beifall.) Italien hätte niemals dulden können, daß andere von Tripolis, seinem ständigen Ziel, Besitz ergriffen, und weiteres Abwarten würde zu schmerzlichen Konflikt geführt haben. (Lebhafte Beifall.)

Giolitti fuhr fort, das Dekret sei nicht die Annexion. Es beständige die Souveränität Italiens, die sich in der Weise entwickele, wie es die Spezialgesetze bestimmen werden, die auf die besonderen lokalen Bedingungen und die religiösen Gefühle dieser Völker Rücksicht nehmen würden. Italien habe sich nicht damit einverstanden erklären können, daß die politische Souveränität der Türkei in diesen Ländern fortbauerte. Um alle Illusionen zu nehmen, um zu zeigen, daß das Land um jeden Preis entschlossen sei (sehr lebhafter, launhafter Beifall), über diesen Punkt nicht zu verhandeln, und damit Freunde, Verbündete und Feinde wütheten, welches der Punkt sei, über den Italien in seinen Zugeständnissen nicht werde hinausgehen können, habe sich das Dekret als eine absolute Notwendigkeit aufgedrängt. (Sehr lebhafter Beifall.) Giolitti schloß, indem er die Kammer aufforderte, den Gesetzentwurf anzunehmen und so den Beweis zu geben, für den festen Willen der Kammer als Dolmetsch des treuen, festen und einmütigen Willens des Landes. (Der Präsident der Kammer, die Minister und Deputierten erhoben sich unter lebhaften und begeisterten Beifallsrufen von ihren Sitzen.)

Nach Schluß der Debatte hat die Deputiertenkammer durch namentliche Abstimmung mit 431 gegen 38 Stimmen und einer Stimmenthaltung eine von der Regierung gebilligte Tagesordnung Tarcana angenommen, die besagt: Die Kammer geht, in der sicheren Ueberzeugung, damit dem allgemeinen Gefühl des Landes zu entsprechen, zur Verlesung der einzelnen Artikel des Gesetzentwurfes bez. das Annexionsdekret vom 5. November über.

Der Gesetzentwurf betreffend die Genehmigung des Dekrets vom 5. November 1911 wurde in geheimer Abstimmung mit 423 gegen 9 Stimmen angenommen.

Breitanlagen engros in Arosien.

Agram, 23. Februar. (B. C.) Die Staatsanwaltschaft hat 180 (!) Anlagen gegen Redakteure der Agramer Blätter erhoben. In den Anlagen wird Bezug genommen auf die während der kurzen Amtszeit des neuen Banus konfiszirten Artikel, die Bezugsgegenstände gegen das Pressgesetz enthalten. Der Untersuchungsrichter hat bereits mehrere der angeklagten Redakteure verhaftet; einer der Redakteure hatte an einem Tage nicht weniger als 10 Verhöre zu bestehen. Die Konfiskationen der kroatischen Blätter dauern an.

Ende der englischen Adreßdebatte.

London, 23. Februar. (B. T. B.) In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde die Adreßdebatte fortgesetzt und schließlich die Adresse angenommen.

Zur belgischen Wahlreform.

Brüssel, 23. Februar. (B. T. B.) Der Minister des Innern hat in der Kammer einen Antrag eingebracht, wonach auf Grund der Ergebnisse der letzten Volkszählung vom 1. Januar 1911 die Anzahl der Deputierten um swanzig und die Anzahl der Sitze im Senat um zehn erhöht werden. Die Deputiertenkammer wird demnach anstatt 166 in Zukunft 186 Sitze und der Senat 94 anstatt 84 Sitze haben.

Kämpfe in der Wandshurei.

Moskau, 23. Februar. (B. T. B.) Nach heftigen Kämpfen mit den Revolutionären hat das von hier abgeordnete Detachement Tieling eingenommen. Die revolutionäre Abteilung, die 370 Mann stark war, zog sich auf die Station Tschunglu zurück. Ein Ueberfall der Revolutionäre auf Tolumen wurde zurückgeschlagen.

Kaukasien, 23. Februar. (B. T. B.) Bei dem Kampfe in der Nähe von Sankho verloren die Revolutionäre 20 Tote und 50 Verwundete. Die Verluste der Regierungstruppen an Toten und Verwundeten sind sehr bedeutend. Die Regierungstruppen zogen sich auf Sankho zurück und liegen auf dem Schlachtfelde vier Wochen lang zurück. Die Revolutionäre nahmen 200 Mann gefangen. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungs-

Reichstag.

18. Sitzung. Freitag, den 23. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstische: Lisco.

Auf der Tagesordnung steht die erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Ausführungsgesetzes zu dem internationalen Übereinkommen zur Bekämpfung des Mädchenhandels vom 4. Mai 1910.

Bekämpfung des Mädchenhandels

Ministerialdirektor Kriege vom Auswärtigen Amt begründet kurz den Entwurf, der nur zwei Paragraphen umfaßt und besagt, daß auch in Deutschen Reiche die in dem internationalen Übereinkommen vom 4. Mai 1910 vorgesehenen strafbaren Handlungen ohne weiteres als unter die strafbaren Handlungen fallend aufgenommen werden, dertwegen die Auslieferung nach den Auslieferungsverträgen des Reiches mit denjenigen Staaten stattzufinden hat, für welche die Abrede wirksam ist. Das Übereinkommen zur Bekämpfung des Mädchenhandels umfaßt die Staaten Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Brasilien, Dänemark, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Italien, die Niederlande, Portugal, Rußland und Schweden.

Abg. Gähre (Soz.):

Zu den beiden Paragraphen des Entwurfs haben meine Freunde keine besonderen Bemerkungen zu machen. Ich möchte aber im Namen meiner Freunde unsere Befriedigung darüber zum Ausdruck bringen, daß es endlich gelungen ist, diese Konvention zur Bekämpfung des Mädchenhandels überhaupt zustande zu bringen. Es hat zwar etwas lange, etwa zehn Jahre, gedauert, aber es ist anzuerkennen, daß gerade auf diesem Gebiete besondere Schwierigkeiten zu überwinden waren. Es muß auch ausgesprochen werden, daß die private Organisation, insbesondere das deutsche Nationalkomitee gegen den Mädchenhandel, sich große Verdienste für die Aufklärung dieses dunklen und schmerzlichen Gebietes erworben hat. Mit dieser Konvention ist die Basis geschaffen, von der aus eine wirklich erfolgreiche Bekämpfung des Mädchenhandels endlich erreicht werden kann. Der Mädchenhandel ist, wie wir wissen, international organisiert, darum war es eine unbedingte Notwendigkeit, daß die Schutz- und Abwehrmaßregeln ebenfalls international organisiert werden. Das ist erreicht und darüber dürfen wir wohl unsere große Freude haben. Es muß aber doch ausgesprochen werden, daß in der Organisation noch Lücken blieben, die ausgefüllt werden müssen. Darum möchte ich der deutschen Regierung meinen Wunsch ausdrücken, daß sie auf diese Lücken auch ihrerseits achtet und alles tut, um sie auszufüllen. Als Beispiel will ich nur herausgreifen, daß nach dem vorliegenden Abkommen derjenige Mädchenhändler nicht bestraft wird, der unter Zustimmung des verschleppten Mädchens seinen Handel betreibt. Man ging wohl davon aus, daß das unbedingte Verschleppungsrecht jedes einzelnen über seine Person gewahrt bleiben müßte. Hier handelt es sich doch aber um moralisch schon minderwertige Personen, denen man das volle Verschleppungsrecht über ihre Person nicht mehr zu billigen kann. Der Mädchenhandel in jeder Form muß als eines der schlimmsten Verbrechen so streng wie nur möglich bestraft werden. (Sehr richtig!) Bedenklieh ist noch die Lücke, die die Organisation selbst enthält. Es sind der Konvention angeschlossen 12 europäische Staaten und Brasilien. Die Schweiz, die Türkei und die Balkanstaaten sind nicht beigetreten, nicht einmal Nordamerika, kein mittelamerikanischer Staat und von Südamerika allein Brasilien. Auch die englischen Kolonien gehören nicht zu der Konvention. Nun steht aber fest, daß nach dem Orient, nach der Türkei, nach der Kapkolonie und dann nach Nord- und Südamerika eine besonders große und ununterbrochene Ausfuhr von Mädchen aus Europa sich vollzieht. Darum muß es eine Ehrenpflicht unserer Re-

gierung sein, alles daran zu setzen, damit die noch nicht beigetretenen Staaten animiert werden, ihren Beitritt zu vollziehen. Nur wenn diese Staaten beigetreten sind, wird der Kampf gegen den Mädchenhandel erfolgreich sein, weil erst dann der Ring lückenlos geschlossen ist, aus dem das raffinierte Gesindel der Mädchenhändler nicht mehr entschlüpfen kann. (Beifall.) Am allerwichtigsten erscheint mir aber, daß die bereits in der Konvention zusammengeschlossenen Staaten sich darüber einig werden, daß die

Vordelle in ihrem Bereich abgeschafft

werden, sowohl jene Vordelle, in denen noch die mittelalterlich grausamen Zustände bestehen, als auch jene moderneren, wie sie bei uns zwar nicht im polizeitechnischen Sinne, aber doch tatsächlich noch vorhanden sind. Ich will hier nicht das ganze Gebiet der Prostitution in die Debatte ziehen, aber die angeschnittene Frage hängt mit dieser Vorlage eng zusammen. Eine irgendwie dauernd wirksame Bekämpfung des Mädchenhandels ist nicht bloß dadurch möglich, daß man die Mädchenhändler bestraft, aufführt und exemplarisch bestraft, sondern vor allem dadurch, daß man ihnen die Absatzgebiete nimmt, für die sie ihre Ware zusammenführen. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Absatzgebiete sind in erster Linie die Vordelle. Vordelle sind Mädchenhandelshäuser, die den Todesstoß versehen will, der muß das Vordellwesen in jeder Form beseitigen. (Sehr richtig!) Es gibt Kreise, die glauben, würde ein wirksames Vorgehen gegen die Mädchenhändler würden die Vordelle von selbst beseitigt werden; dagegen ist aber einzuwenden, daß nach den bisherigen Erfahrungen auch bei dem wirksamsten Vorgehen doch immer nur ein kleiner Teil dieser raffinierten Händler zur Bestrafung gebracht werden kann.

In dem Schlussprotokoll der Konvention wird ja auch ausgesprochen, daß leider die Fälle, in denen Frauen und Mädchen gegen ihren Willen in einem öffentlichen Hause zurückgehalten werden, nicht in dem Übereinkommen Ausnahme finden konnten, weil diese Frage ausschließlich unter die innere Gesetzgebung fällt. Wenn ich es auch für richtig halte, daß man an dieser Frage nicht die ganze Konvention scheitern ließ, so muß es doch jetzt, nachdem die erste Etappe erreicht ist, die Pflicht und Schuldigkeit der Regierungen aller wirklich zivilisierten Staaten sein, die Regelung auch dieser Frage in Angriff zu nehmen. Die Vordelle in jeder Form müssen abgeschafft werden. Selbst wenn in den deutschen Vordellen keine Mädchen gegen ihren Willen festgehalten werden, so ist doch dabei ein Mädchenhandel möglich und Lauschhandel bleibt Mädchenhandel, der bellagendwert und gemein ist. (Sehr richtig!) Darum möchte ich die deutsche Regierung ersuchen, jetzt die Initiative zu ergreifen, um auch in der Vordellfrage eine Klärung herbeizuführen.

Noch eine letzte Bemerkung. Die Ursachen des Mädchenhandels lassen sich auch durch eine internationale Konvention nicht beseitigen. Die Ursachen sind Leichtsinn, Unerschaffenheit, vor allem aber wirtschaftliche Not und Mangel an geistiger Durchbildung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der verschleppten Mädchen hat sich aus Leichtsinn auf diese Bahn gegeben, ein viel größerer Teil fällt dem Verhängnis anheim, durch die Unerschaffenheit der weiblichen Bevölkerung über dieses ganze dunkle Gebiet. Es ist schon im Jahre 1895 in diesem Hause die Notwendigkeit betont worden, daß besonders in kleineren Orten die Lehrer und Geistlichen für wirksame Aufklärung über diese Dinge bei den Mädchen wirken sollten. Auch durch die Anbringung von Plakaten kann hier viel geschehen. Was aber die wirtschaftliche und geistige Not anbelangt, so ist nachgewiesen, daß die größte Zahl der verschleppten Mädchen sich rekrutiert aus Kreisen, die den niedrigsten Arbeitsverdienst und die schlechtesten Lebensverhältnisse haben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Mädchen, die arbeitslos geworden sind und sich nicht helfen können, fallen besonders oft den gewissenlosen Händlern zum Opfer. Namentlich aus den Kreisen der Heimarbeiterinnen und aus ländlichen Gegenden, wo die Bevölkerung dicht zusammenhängt und der Lebenserwerb nur in beschränktem Maße möglich ist, kommen diese Opfer. Dazu gehören auch die Dienstmädchen,

die oft schon bei ihrer Herrschaft dafür präpariert werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hier ist deutlich der Zusammenhang klar, der zwischen der fürchterlichen Erscheinung des Mädchenhandels und der heutigen Gesellschaftsordnung besteht. Der Mädchenhandel hat seine Wurzel genau wie die gesamte Prostitution in den heutigen Wirtschafts- und sozialen Zuständen. Wegen dieser Ursachen, diese wirtschaftliche und geistige Not, kann natürlich nur eine

soziale und Schulpolitik

wirksam vorgehen. Gerade meine Partei ist es hier in Deutschland wie in allen anderen Ländern, die mit allem Ernst diesem Ziel einer durchgreifenden sozialen und Schulpolitik unentwegt nachgeht. Indem sie das tut und international verknüpft diese Arbeit leistet, liefert auch sie einen nach meiner Meinung sehr ersten und beachtlichen Beitrag zur Bekämpfung des Mädchenhandels. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Pfeiffer (Z.): Meine politischen Freunde stimmen der Vorlage zu. Die Konvention beruht zum großen Teil auf den Vorarbeiten des internationalen Komitees zur Bekämpfung des Mädchenhandels, welches das Interesse für diese wichtige Frage in den verschiedensten Kreisen geweckt und wachgehalten hat. Der Umfang, den der Mädchenhandel angenommen hat, zwingt zu einer internationalen Bekämpfung des Übels. Ich hoffe, daß es gelingen wird, auch die Vereinigten Staaten zur Mitwirkung heranzuziehen. — Die Frage der Bekämpfung der Vordelle, die der Vordeller mit erörtert hat, kann bei dieser Gelegenheit nicht mit verhandelt werden, hierüber werden wir bei anderer Gelegenheit ausführlich sprechen; ich hoffe, daß auch auf diesem Gebiete eine internationale Bekämpfung gelingen wird. (Bravo!)

Abg. Graf Kanitz (L.): Vor 15 Jahren nahm der Reichstag einstimmig einen Antrag Kanitz-Weber an, wonach mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft wird, wer eine Frauensperson zum Zwecke der Unzucht unter arglistiger Verführung des Zweckes zur Auswanderung bestimmt. Hoffentlich stimmt auch heute der Reichstag einstimmig zu, wenn ich auch mit allen einzelnen Bestimmungen der Konvention nicht einverstanden bin. Leider sind an der Konvention nur die Exportländer der Mädchen beteiligt, die Importländer bis auf Brasilien aber nicht. (Sehr richtig!) Vielleicht teilt die Regierung uns mit, ob bereits Verhandlungen namentlich mit den südamerikanischen Staaten wegen ihres Beitritts zur Konvention angebahnt sind. — Herrn Gähre stimme ich bei, daß Eltern, Lehrer, Vormünder, Geistliche die Mädchen darüber aufklären sollen, daß sie im Ausland nicht das gewünschte Fortkommen finden werden; aber sie sollen die Mädchen auf dem Lande auch darüber aufklären, daß sie in den Großstädten, wohin sie wandern wollen, das Fortkommen, das sie erhoffen, nicht finden werden. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.)

Abg. Meyer-Herford (natl.) dankt der Regierung namens der Nationalliberalen für ihr Vorgehen und wünscht, daß mit aller Schärfe gegen die Mädchenhändler vorgegangen werde. Notwendig sei zu einer wirksamen Bekämpfung des Mädchenhandels der Beitritt der südamerikanischen Länder, wofür der Export der Mädchen sehr stark sei, zur Konvention. Notwendig ist vor allen Dingen die Aufklärung der Mädchen über das Schicksal, das ihrer erwartet; dazu kann die Presse sehr viel tun. (Bravo!)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Sp.): Auch wir stimmen dem Entwurf zu. Ebenso wie Gähre bedauere auch ich, daß der Fall, wenn eine Frau gegen ihren Willen in einem öffentlichen Hause zurückgehalten wird, trotz seiner Schwere nicht in das Übereinkommen aufgenommen ist, und ich bitte die Regierung, dahin zu streben, daß es geschieht. — Ebenso wie Gähre meinen auch wir, daß vor allem Aufklärung der Bevölkerung, eine gute soziale, kulturelle und schulpolitische nötig ist. (Bravo! links.)

Abg. Dambach (Polz) drückt die Zustimmung seiner Freunde zu dem Gesetz aus, wünscht die Anstellung von Beamtinnen, die der polnischen und russischen Sprache mächtig sind, in den Grenzstationen, damit sie die ankommenden Mädchen auf-

aber übertrag sie die Krankheit auf andere. Auf Anregung Prof. Grassi führte man in der Campagna dann seine Drahtneze ein, die an den Türen und Fenstern angebracht wurden, um den Steckmücken den Zutritt zu verwehren. Die mit diesem äußeren Schutzmittel vorgenommenen Versuche gaben das denkbar günstigste Resultat. Die Drahtneze wurden in den Kasernen und Bahnhöfen eingeführt und auch in Privatwohnungen; die Bauern aber konnten sich nicht daran gewöhnen, ihre Türen geschlossen zu halten, und wenn sie in den Abendstunden das Haus verließen, wurden sie ohnehin gestochen. Nach diesem Mißerfolge ließ die italienische Regierung in den Stämmen in großem Maßstabe sanitäre Arbeiten vornehmen, die auch darauf abzielten, die Vermehrung der Steckmücke zu begrenzen, aber man mußte erkennen, daß die Ausrottung der Mücken nicht durchzuführen war. Mit einem Gefühl der Resignation beschloß man nun, durch die Anwendung von Chinin das Uebel wenigstens etwas zu mildern; bald sollte sich zeigen, daß man auf diesem Wege Erfolge erlangen konnte, die tatsächlich einer Ausrottung der Malaria fast gleichkamen. Da Chinin teuer ist, brachte Prof. Celli einen Vorschlag ein, der die Regierung verpflichtete, Chinin in großem Maßstabe herzustellen und zum Selbstkostenpreise zu verkaufen. Man lieferte das Chinin in gezuckerten 20 Zentigramm schweren Pillen und eine Schachtel dieser Pillen kostete 23 Centesimi (17 Pf.) geliefert werden. Die Wirkungen des Chinins, das auf diese Weise nun endlich den breiteren Bevölkerungsschichten zugänglich gemacht war, übertraf alle Erwartungen, denn die Pillen bewährten sich nicht nur als Heilmittel, sie wirkten auch immunisierend. Ein neues Gesetz wurde angenommen, durch das alle Gemeinden, Behörden und Unternehmer öffentlicher Arbeiten verpflichtet wurden, den Beamten und Arbeitern das Chinin kostenfrei zu liefern, und die überragend günstigen Ergebnisse dieser Maßnahmen liegen jetzt vor. Es starben an der Malaria im Jahre 1887 21 000 Menschen, 1900 15 800, 1908 4800 und 1909 3500. Die Zahl der in der römischen Campagna von Malaria betroffenen Vauern ist von 31 Proz. der Bevölkerung im Jahre 1900 auf 8,4 Proz. im Jahre 1908 gesunken. Von den Goldbauern wurden 1900 65 Proz. des ganzen Personals malarialkrank, nach der regelmäßigen Ausgabe von Chinin sank die Zahl 1906 auf 7,80 Proz. und erreichte 1910 endlich 3,95 Proz. Um die Krankheit völlig auszurotten, wird nichts weiter nötig sein, als die hygienische Erziehung der Arbeiter zur regelmäßigen Einnahme des Chinins.

Die Welt der Jücker. Daß die Jückerzeugung der ganzen Erde sehr großen Schwankungen ausgesetzt ist, kann als selbstverständlich angenommen werden. Im allgemeinen aber ist die Zunahme eine stetige gewesen, wenn sie auch seit einer Reihe von Jahren keinen solchen Fortschritt gemacht hat wie im letzten. Nach einer ausführlichen Zusammenstellung, die jetzt der „Tropenpflanzer“ für die Jahre 1907—1911 veröffentlicht, stieg die Jückerzeugung während des letzten Jahres um fast 2 Millionen Tonnen, denn sie betrug nahezu 17 Millionen Tonnen gegen etwas über 15 Millionen Tonnen im Vorjahre. Unter den Erdteilen hat Europa durch die außerordentliche Entwicklung des Zuckerrübenbaues nunmehr einen weiten Vorsprung vor allen anderen Erdteilen. Es liefert mehr als 8 Millionen Tonnen gegen 4 Millionen in Amerika und wenig über 4 Millionen in Asien und Australien zusammengekommen. Afrika steht mit noch nicht einer halben Million Tonnen sehr zurück, hat aber eine recht regelmäßige Zunahme der Erzeugung aufzuweisen. In den anderen Erdteilen dagegen ist die Steigerung nicht ganz regelmäßig erfolgt. Amerika zeigte eine Abnahme im letzten Jahr, während in Europa und Asien 1910 bezw. 1909 Niedergänge eingetreten waren. Im ganzen

aber haben sich diese Schwankungen derart ausgeglichen, daß die Gesamtzeugung, wie gesagt, ununterbrochen von Jahr zu Jahr gewachsen ist. Von den einzelnen Ländern stand Deutschland im letzten Jahre mit mehr als 2 1/2 Millionen Tonnen Jückerweit voran und überflügelte von neuem die Produktion von Ostindien, die im vorigen Jahre etwas überlegen gewesen war. Ostindien steht aber mit 2 1/2 Millionen an zweiter Stelle. Einen enormen Aufschwung hat Rußland zu verzeichnen gehabt, das in einem Jahre seine Jückerzeugung nahezu verdoppelte, nämlich von 1,1 auf 2,1 Millionen gebracht hat. Damit hat Rußland nicht nur Oesterreich, sondern von exotischen Jückerländern auch Kuba und Java weit hinter sich zurückgelassen. Oesterreich steht nun also unter den Jückerländern Europas mit etwas über 1 1/2 Millionen Tonnen an dritter Stelle.

Die übrigen Staaten unseres Erdteils kommen vergleichsweise wenig in Betracht. Auch Frankreich nicht, das übrigens mit Spanien das einzige europäische Land war, wo im letzten Jahre eine Abnahme erfolgt ist. In Amerika ist die Insel Kuba das Hauptland der Jückerindustrie, ist aber mit seiner Ertragsziffer von noch nicht 1 1/2 Millionen Tonnen hinter den beiden früheren Jahren zurückgeblieben. Ganz Nordamerika liefert nur 1/4 Millionen Tonnen, und die beiden Schutzgebiete der Vereinigten Staaten im Stillen Ozean, Hawaii und die Philippinen, stehen dem Mutterlande fast gleich. Wenn man die Kleinheit der Landschaft in Rücksicht zieht, so ist die Rohzuckerzeugung auf den Antillen unvergleichlich groß. Selbst so ungehörige Gebiete wie Brasilien bleiben weit dahinter zurück. In Asien beherrscht das britische Indien und Java die Jückerproduktion. Auch Japan und Formosa ist trotz erheblichen Aufschwungs noch geringfügig dagegen, ebenso in Australien Queensland und Neuseelands, wo der Ertrag des Rübenbaues sich als recht unzuverlässig erwiesen hat. Im afrikanischen Gebiet liefert nur die Insel Mauritius erhebliche Mengen von Zuckerrohr, und steht in der Produktion ganz Japan und Australien beinahe gleich. Im Zuckerverbrauch sind die Länder sehr verschieden, am höchsten steht in dieser Hinsicht Ostindien, das an seiner außerordentlichen Produktion noch nicht genug hat, sondern über 1/2 Millionen Tonnen mehr verbraucht. Demnachst verzehrt Nordamerika den meisten Zucker, dann England und erst an vierter Stelle kommt Deutschland.

Notizen.

Die Ausstellung von Entwürfen für Arbeitermöbel im Berliner Gewerkschaftshause, Engländer 15, ist bis Sonntag verlängert worden. Sie ist wochentags von 1—3 Uhr, am Sonntag von 11—5 Uhr geöffnet.

Die Schlange am Herzen Tolstois. Von einer sibirischen Entdeckung des Namens Leo Tolstois berichtet die „Kosmische Wrenja“: Vor einigen Tagen wurden in Petersburg in zahlreichen Wohnungen der jenseits der Newa gelegenen Stadtteile von elegant gekleideten Damen Flugblätter mit dem Titel „Eine Schlange auf dem Grabe Leo Tolstois“ verteilt. Auf diesen Flugblättern wird „nach den Auslagen eines alten Weibes“ mitgeteilt, daß auf dem Grabe Leo Tolstois ein zehnjähriger Knabe von einer Schlange gebissen worden sei. Der Geistliche des Dorfes Konstantow, Vater Tichon Kudrjatow, schildert den Fall ganz ausführlich und gibt der Vermutung Raum, daß sich in diesem Grabe auf der Brust Leo Tolstois Schlangen ihr Nest gebaut haben. Weiter folgt eine Erklärung des Bischofs Nikon von Wologda, der die Ansicht äußert, daß in dem Erscheinen der Schlange „ein bedeutames Zeichen für die Gläubigen“ liege.

Kleines feuilleton.

Eine Eisenbahn übers Meer. Am 22. Januar wurde eine Eisenbahnlinie eröffnet, die unter den Verkehrsmitteln der Welt ganz einzigartig dasteht. Es ist ein Schienenweg, der mehr als 100 Kilometer weit ins offene Meer führt. Um die Verbindung zwischen den Vereinigten Staaten und der Insel Kuba abzukürzen, haben die Amerikaner die Eisenbahnlinie, die an der Ostküste von Florida einlangfährt, in die offene See hinein verlängert. Interessante Einzelheiten über dieses großartige Unternehmen werden in einem Aufsatz der „Illustration“ mitgeteilt. Zur Anlage des Schienenweges hat man den Kranz von Korallenriffen benutzt, die den Kanal von Florida durchziehen und durch zahlreiche Meerarme von einander getrennt sind. Diese Riffe mußten durch große Viadukte miteinander verbunden werden, von denen manche eine Länge von mehreren Kilometern erreichen. An der äußersten Spitze von Florida, in der Gegend von Everglades, erreicht die niedrige und sumpfige Küste fast den Meeresspiegel; schon hier hatte die Anlage der Eisenbahnlinie zwischen Miami und Waters Edge außerordentliche Schwierigkeiten bereitet. Von da an aber war man gezwungen, die Eisenbahn über das Meer selbst zu führen. Von der Küste bis Knights Key muß die Eisenbahn 108 Kilometer zurücklegen, von denen etwa für die Hälfte der Weg durch Dämme und Viadukte geschaffen werden mußte; der längste Viadukt nahe bei Long Key ist 3/4 Kilometer lang; der Reisende verliert auf dieser Fahrt das feste Land völlig aus den Augen. In der Umgebung der Korallenriffe ist der Ozean wenig tief. Es genügte, den Sand acht Meter tief auszubaggern, um das Fundament für die Pfeiler zu legen; die Schienen befinden sich 10,30 Meter über dem Meeresspiegel. Diese Höhe genügt, um den Jücker Schutts gegen den stärksten und höchsten Wellenschlag zu gewähren. Die riesenhafte Arbeit wurde mit außerordentlicher Schnelligkeit ausgeführt. Die ersten 100 Kilometer wurden von einem Heer von 3000 Arbeitern innerhalb von zwei Jahren fertiggestellt. Die Gesamtkosten der Anlage belaufen sich auf über 80 Millionen Mark. Der äußerste Punkt der Anlage ist Key West, zugleich der südlichste Hafen der Vereinigten Staaten und der dem Panamakanal am nächsten liegende. Key West, das also nun durch eine Eisenbahn mit dem Festland verbunden ist, ist von Havana noch durch einen Meerarm von 157 Kilometern getrennt. Jetzt ist es möglich, in einem Tage von New York nach der Hauptstadt Kubas zu gelangen. Die Eisenbahnfahrt übers offene Meer, die von außerordentlicher politischer und ökonomischer Bedeutung ist, bietet daneben auch dem Reisenden eines der merkwürdigsten Schaupiele, denn im Eisenbahnwagen sitzend, erlebt er die Reize einer Meerfahrt, saßt an bizarren geformten, malerisch gelegenen Korallenriffen vorbei und kann in völliger Sicherheit sich auch dem aufregenden Wilde eines Sturmes mit hohem Seegang ruhig hingeben.

Das Ende der Malaria in der römischen Campagna. Die Malaria, die seit den Zeiten des Altertums Jahr um Jahr in der römischen Campagna unzählige Opfer fordert, scheint nun von der modernen Wissenschaft besiegt zu sein. Lange Zeit hindurch hatte man angenommen, daß die schlechte Luft (mal aria) hervorgerufen würde, die durch die Ausdünstungen der Sümpfe entsteht. Diese Theorie wurde dann widerlegt: es zeigte sich, daß die Malaria durch die Stiche einer gewissen Mückenart weiter verbreitet wurde. Aber das Mückensystem wurde nicht mit dem Krankheitskeim der Malaria geboren, die Mücke infizierte sich erst, wenn sie einen malarialranken Menschen stach, dann

Nären, und sagt über die mangelnde Aufklärung der Mädchen unserer polnisch sprechenden Bevölkerung zufolge der Mängel unserer Schule, wo sie den Unterricht nicht einmal in ihrer Muttersprache erhalten können.

Abg. Dr. Werner (Wirtsch. Bg.) erklärt sich mit dem Entwurf einverstanden und bemerkt, die Mädchenhändler seien ausschließlich jüdischen Stammes; jeder Mädchenhändler müßte einfach an den nächsten Baum geknüpft werden. Die Religion kann im Kampf gegen den Mädchenhandel nicht entscheidend werden. Deshalb kann der sozialdemokratischen Forderung nach einer religionslosen Schule nicht nachgegeben werden.

Ministerialdirektor Krüger: Wenn das Abkommen ratifiziert ist, werden wir gern versuchen, weitere Staaten zum Beitreten zu dem internationalen Abkommen zu bewegen. Eine materielle Erweiterung des Abkommens ist schwer zu erreichen; es stellt natürlich das Mindestmaß dessen dar, wozu die Vertragsstaaten sich verpflichtet haben. In ihrer inneren Gesetzgebung gehen die Staaten natürlich viel weiter. Immerhin werden wir versuchen, das Abkommen auch materiell noch zu erweitern. Ferner sind auch Wünsche laut geworden nach einer erweiterten Tätigkeit der Behörden. Unsere Konsularvertreter sind angewiesen, dieser Angelegenheit ihre erste Aufmerksamkeit zuzuwenden, die eintreffenden Schiffe und öffentlichen Häuser zu kontrollieren und keine Kosten zu scheuen, um die Opfer des Mädchenhandels zu befreien und in die Heimat zurückzuführen. Wir sind auch mit der Presse in Verbindung getreten, um Vorbehalte zu treffen, etwaige neue Opfer zu warnen. — Zum Schluß will ich noch dem deutschen Zentralkomitee zur Bekämpfung des Mädchenhandels unsere besondere Anerkennung aussprechen; es geht mit uns Hand in Hand und tut alles Mögliche, dem schmachvollen Gewerbe den Garaus zu machen. (Bravo!)

Hiermit schließt die Beratung.

Da Kommissionsberatung nicht beantragt ist, wird sofort in die zweite Beratung eingetreten und in dieser der Gesetzentwurf debattiert angenommen.

Ebenfalls debattiert wird in erster und zweiter Lesung die Verlängerung des Handels- und Schiffsvertrages mit der Türkei angenommen.

Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz.

Abänderung des Reichsmilitärgesetzes und Änderungen der Wehrpflicht.

Staatssekretär Delbrück begründet den Entwurf eines Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes: Der Entwurf soll das alte Gesetz vom 1. Juli 1870 ersetzen. Es handelt sich nur darum, einige Bestimmungen zu ändern und zu ergänzen, die nicht mehr der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Deutschen Reiches innerlich und außerhalb seiner Grenzen entsprechen. Das alte Gesetz hat seine Aufgaben den Verhältnissen, für die es geschaffen war, entsprechend erfüllt. Aufsetzungen hat in diesem Gesetz vor allem die Bestimmung erfahren, daß ein Deutscher, der zehn Jahre lang ununterbrochen im Auslande sich aufhält, seine Reichs- bzw. Staatsangehörigkeit verliert. Diese Bestimmung fehlt in dem jetzt vorgelegten Entwurf, der überhaupt eine Änderung des gegenwärtigen Rechtszustandes dahin bezweckt, daß einmal der Verlust der Reichsangehörigkeit erschwert, ihr Wiedererwerb andererseits erleichtert werden soll. Während in früheren Zeiten der Deutsche, der sein Vaterland verließ, tatsächlich im Ausland jeden Zusammenhang mit Deutschland verlor, ist das durch die engeren Verkehrsbeziehungen und geistigen Verbindungen ganz anders geworden. Dem trägt das Gesetz Rechnung. Es wird aber nun bestimmt, daß die Staatsangehörigkeit verloren wird durch den Erwerb der Staatsangehörigkeit in einem anderen Bundesstaate oder einem ausländischen Staate, sowie durch die Nichterfüllung der Wehrpflicht. Die Staatsangehörigkeit soll auch durch den Erwerb der Staatsangehörigkeit in einem anderen Bundesstaate verloren werden, wenn der Betreffende nicht ausdrücklich auch die frühere Staatsangehörigkeit bewahren will. — Ich empfehle den Entwurf Ihrer wohlwollenden Beurteilung. Er bedeutet einen Markstein in der Entwicklung Deutschlands und des deutschen Rechts. (Bravo!)

Abg. Liebknecht (Soz.):

Der Grundgedanke des Gesetzes ist, den Verlust der Staatsangehörigkeit bei zehnjähriger Abwesenheit nicht mehr eintreten zu lassen, und wenn er eingetreten ist, den Wiedererwerb zu erleichtern. Die erste Bestimmung findet unsere Sympathie, die zweite aber ist unzureichend. Das Recht auf Wiedererwerb der Staatsangehörigkeit soll nur bestehen, insofern der Betroffene nicht einem anderen Staate angehört. Ein Deutscher also, der Bürger im Ausland geworden ist, müßte die Staatsangehörigkeit dort erst aufgeben, ehe er an unsere Behörden mit dem Antrag auf Wiedererwerb der Staatsangehörigkeit herantreten kann. Das können wir doch nicht verlangen. Auch der gute Grundgedanke des § 7 hat eine bedenkliche Fassung erhalten. Wären die die Staatsangehörigkeit durch Heirat verloren haben, sollten das Recht auf ihren Wiedererwerb haben, aber hinzugefügt ist hier die Bestimmung des unbescholtenen Lebenswandels. Ich kenne einen Fall, in welchem eine Deutsche einen englischen Zahnarzt geheiratet hatte; sie lebte getrennt von ihrem Namen in Deutschland bei ihren Angehörigen. Von der Polizei wurde ihr mündlich mitgeteilt, es bestünde der Verdacht, sie sei nicht unbescholten. Alle meine Versuche, eine schriftliche Darlegung von der Polizei zu erreichen, scheiterten an der rücksichtslosen Beharrlichkeit des Polizeipräsidenten. Diese Deutsche, die nicht einmal ein englisch verstand, wurde als lästige Ausländerin ausgewiesen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wahrscheinlich hatte sie auch nicht die englische Staatsangehörigkeit, aber ohne Mißbehagen wurde sie aus ihrem Vaterlande gejagt, völlig mittellos; wenn sie noch nicht moralisch gesunken war, so war dies der beste Weg, sie in die moralische Verfassung zu treiben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dazu kommt, daß wir speziell der preussischen Polizei auch nicht das Schwarzste unter dem Namen an Vertrauen entgegenbringen — hat sie doch schon gegen sozialdemokratische Redakteure den Vagabundenparagrafen zur Anwendung gebracht.

Weiter haben wir in Deutschland gegenwärtig eine Menge von Menschen, die niemals den Fuß aus Deutschland gesetzt und doch ihr Staatsbürgerrecht verloren haben. So zog z. B. in Wilhelmshurg jemand, der nach einer anderen Strafe zog, aus Hannover heraus und verlor nach fünf Jahren sein hannoversches Staatsbürgerrecht, ohne ein anderes zu erwerben. Diesen Leuten und anderen, die auf Grund ähnlicher Bestimmungen gegenwärtig keine Staatsangehörigkeit besitzen, sollte der Erwerb derselben erleichtert werden. Ein anderer Fall ist folgender: Im Jahre 1893 bewirkte jemand seine Entlassung aus dem deutschen Staatsverband, weil er nach Amerika übersiedeln wollte. Er fand aber dort die Verhältnisse nicht so, wie er geglaubt hatte, und kehrte schon nach 3—4 Monaten nach seiner Heimat zurück. In den seither verfloßenen nahezu 20 Jahren sind alle Versuche, die er zum Wiedererwerb der Staatsangehörigkeit machte, an dem Widerstand der Behörden gescheitert. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In dieser Richtung müßte der § 10 des Entwurfs erweitert werden, der in ganz verständiger Weise bestimmt, daß eine Entlassung aus der Staatsangehörigkeit als nicht geschehen zu betrachten ist, wenn der Betroffene sich sechs Monate später noch immer in Deutschland aufhält.

Wir müssen überhaupt das Prinzip durchführen, daß die Staatsangehörigkeit leichter erworben als verloren werden kann, während sie nach dem Entwurf in mancher Beziehung leichter verloren als gewonnen wird. Der Staatssekretär meinte, durch die Entziehung der Wehrpflicht mache sich jemand unwürdig des Schutzes, den ein Deutscher im Ausland genießen soll. Wird

denn dieser Schutz den Angehörigen aller Stände und aller politischen Richtungen in gleicher Weise gewährt. Unsere Arbeiter im Auslande dürfen länger nicht auf solchen Schutz der Behörden rechnen, wie Angehörige der kapitalistischen Klassen, und speziell Sozialdemokraten genießen im Auslande keineswegs denselben Schutz, wie politisch stufenreine Leute. Die Heeresflucht kann man doch auch nicht ohne weiteres als einen Akt der Feindseligkeit gegen Deutschland bezeichnen, es kann sehr wohl ein Akt der Verzweiflung gegenüber unserem militäristischen System sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Erleichtert muß auch werden

der erstmalige Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit.

Gegenwärtig gehört eine Naturalisation zu den Dingen, die wir Anwälte, abgesehen von ganz besonderen Ausnahmefällen, als absolut ausichtslos bezeichnen. Armenrechtliche und fiskalische Gesichtspunkte, Gesichtspunkte der Reichsloyalität und ähnliche werden in den Vordergrund gestellt. Für einen Arbeiter, überhaupt für jemand, der nicht wohlhabend ist und über gute Konnexionen verfügt, ist der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit so schwierig, daß einzelne Ausnahmefälle nur die Regel bestätigen. Bei einem Arbeiter überhaupt werden keine Gründe angegeben. Man braucht doch ausländische Arbeiter und zieht sie künstlich nach Deutschland hinein. Sind sie gut genug, in Deutschland auszuheben zu werden, so sollten sie auch gut genug sein, naturalisiert zu werden. Es ist eine gewisse moralische Verderbtheit, das nicht anzuerkennen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Widerspruch rechts.) Der ausländische Arbeiter ist speziell in Preußen ohne jede gesetzliche Garantie der

Willkür der Polizei

preisgegeben. (Abg. Erzberger (Z.): Warum kommen sie denn?) Werden sie denn nicht geholt, braucht sie denn nicht die Industrie und Landwirtschaft? Ich appelliere da an den Grafen Posadowsky, der gerade auf diese Hereinziehung ausländischer Arbeiter nach Deutschland hingewiesen hat. Hier werden sie als Heeroten behandelt. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Davon verstehen Sie ja gar nichts, fragen Sie doch einmal den Berliner Polizeipräsidenten und den Minister v. Dallwitz danach; auch das Kammergericht erkennt an, daß alle unsere Garantien zum Schutz der persönlichen Freiheit für den Ausländer nicht vorhanden sind. (Sprecher rechts.) Die Polizei nimmt sich das Recht heraus, Ausländer nach Belieben zu inhaftieren, Durchsuchungen und Verhaftungen vorzunehmen, ohne die Garantien einzuhalten, die bei strafbaren Handlungen gegeben sind. Das geht so weit, daß wir Ausländern, die in die Hände der Polizei geraten sind, den Rat geben, irgendeine strafbare kleine Handlung zu begehen, weil sie dann in die Hände des Staatsanwalts und in den Schutz der gesetzlichen Garantien kommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Durch den Arbeiterlegitimationszwang ist noch eine ganz besondere Folter für ausländische Arbeiter bei und geschaffen. Das gehört zu den traurigsten Kapiteln der deutschen Politik. (Lachen rechts.) Ein Goldarbeiter, der zehn Jahre lang seinen Beruf ausgeübt hat, bekam Befehl, sich als Landarbeiter zu melden, widrigenfalls er ausgewiesen würde. Bei solchen Fällen vergeht einem die Neigung zum Scherzen, und wer da lachen kann, zeigt nur seine moralische Minderwertigkeit. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Arbeitern gewährt man die Naturalisation nicht, weil man vermutet, sie sind Sozialdemokraten, und davon haben wir schon genug in Deutschland. (Heiterkeit und sehr richtig! rechts.) Aber nur gewerkschaftlich organisierten wird die Aufnahme in den deutschen Staatsverband versagt und ganz grundsätzlich verweigert man sie russischen Staatsangehörigen. In einem Fall freilich wurde ein Russe aufgenommen. Er hatte als Ausländer der deutschen Polizei Spitzel- und Demuziantendienst geleistet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Ausgestaltete der Polizei war würdig, Deutscher zu werden, auf diesen Civis Germanus (deutschen Bürger) mag die Reichsregierung stolz sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Auch das bisherige Gesetz ist gar nicht so schlecht, schlecht wird es erst durch die Anwendung. Alle die Kleinigkeiten, die ausgeübt werden, werden nicht auf Grund eines gesetzlichen Zwanges vollführt, sondern auf Grund der Verwaltungswillkür. Deshalb gilt es hier, die Willkürbefugnisse der Polizeibehörde nach Möglichkeit auszuschalten.

Rotwendig wird es auch sein, den in Deutschland von ausländischen Eltern Geborenen das Recht zu geben, nach ihrer Wahl Deutsche zu werden. Dann würde aufgeräumt werden mit dem traurigen Kapitel der dänischen und anderen Heimatslosen, die von der preussischen Polizei durch die Nord- und Dänemark gehebt werden. Mindestens müßten auch solche, die ihrer Militärpflicht in Deutschland genügt haben oder gar an einem Kriege teilgenommen haben, das Recht haben, deutsch zu werden. Heute gibt es Veteranen aus dem 70er Kriege, die keine Veteranenbeihilfe erlangen, weil sie Ausländer sind. Das ist eine Kleinigkeit, sondern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Selbstverständlich fordern wir auch in weiterer Umschau ein Recht für Ausländer. Die Verfassungsgründe für die Aufnahme müßten genau festgelegt werden und zwar so, daß sie nicht durch Verwaltungswillkür gebeugt und gedreht werden können. Einen gangbaren Weg zu finden, wird ja schwer sein, doch hoffe ich, daß es in der Kommission möglich sein wird. Besonders wichtig wird es auch sein, die Instanzen, die der Entwurf vorsieht, zu ändern und richterliche unabhängige Instanzen an Stelle der Verwaltungsinstanzen zu setzen. Vereinfacht muß auch die Bestimmung werden, daß die Militärbehörde unbedingt berechtigt ist, mitzuwirken, wenn es sich um einen früheren Fahnenflüchtigen handelt. Das bedeutet ja eine Kapitulierung der Zivil- vor der Militärbehörde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Kosten der Naturalisation müssen vermindert werden.

Sehr wichtig ist die Bestimmung, daß die Aufnahme in einen einzelnen Bundesstaat nur mit Zustimmung des Bundesrats geschehen soll. Eine deutsche Reichsangehörigkeit zu schaffen, mag man nicht; man behält sich mit dieser Halbtat. Der Reichsgedanke ist ja bei der Reichsregierung einermächtig beliebt, aber doch nicht über die Grenzen hinaus, die Preußen vorspricht, und

in Preußen ist der Reichsgedanke wenig beliebt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Durchgeführt wird er z. B., wenn es sich um eine Lotteriegemeinschaft handelt (Heiterkeit), aber eine Reichsangehörigkeit will man in Preußen nicht, gegen die wehrt man sich im preussischen Abgeordnetenhaus geradezu leidenschaftlich, und ebensowenig will man eine Reichsgemeinschaft in bezug auf das Wahlrecht durchführen. Wenn also die Reichsregierung hier dem Reichsgedanken Rechnung trägt, müssen wir wohl eine Hintertür erdenn. Es ist ja auch klar. Nicht etwa Süddeutschland hat an Preußen das Ansehen gestellt, Ausländer nicht aufzunehmen, sondern es handelt sich um eine Verpöschung Süddeutschlands, Preußen wünscht die Einfuhrpunkte zu schließen, die für Ausländer bisher in Süddeutschland bestanden hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Alles Bestreben seitens der Reichsregierung würde davon nichts ändern.

Für bedenklich halte ich auch, daß die Gleichzeitigkeit mehrerer Staatszugehörigkeiten beseitigt werden soll. Bei den politisch freieren Zuständen in manchen Bundesstaaten müssen wir niemand diese Freiheiten nehmen, wenn er nach Preußen übersiedelt. — Zur eingehenden Beratung des Entwurfs beantrage ich die Einsetzung einer Kommission von 28 Mitgliedern; hoffentlich gestaltet sie den Entwurf so, daß es uns möglich wird, ihm zuzustimmen. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Spahn (Z.): Nütziger scheint mir eine Kommission von 21 Mitgliedern; ich bitte den Vorredner, sich damit zu begnügen. — Den Wunsch nach einem besseren Ausländerrecht teile ich mit dem Vorredner, doch läßt sich das bei diesem Gesetz nicht

regeln und muß auf Gegenseitigkeit beruhen. — Den Grundgedanke der Erleichterung des Verlustes der Staatsangehörigkeit und der Erleichterung ihrer Wiedererwerbung halte ich für richtig. — Für bedenklich halte ich den Verlust der Angehörigkeit zu verschiedenen Bundesstaaten; dafür müßte doch die Regierung schmerzlicheres Material beibringen, als in der Begründung gegeben ist. Daß der Bundesrat entgegen einem Bundesstaat die Aufnahme in einen Staatsverband verweigern darf, halte ich für richtig. — Daran wollen wir festhalten, daß die Nichterfüllung der Wehrpflicht den Willen zeigt, die Staatsangehörigkeit aufzugeben. — Auf die Einzelheiten des Entwurfs in bezug auf die Wiedererwerbung der Staatsangehörigkeit und die besonderen formalen Bestimmungen wird wohl am besten in der Kommission eingegangen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Giese (L.): Wir sehen die Hauptbedeutung des Gesetzes in denjenigen Bestimmungen, die die Erhaltung des Deutschtums im Auslande bezwecken. Wir halten auch den im Gesetz aufgestellten Grundgedanke für gerechtfertigt, daß die Staatsangehörigkeit von dem Willen des Beteiligten abhängig sein soll. Meine Freunde legen besonderen Wert darauf, daß die Nichterfüllung der Wehrpflicht den Verlust der Staatsangehörigkeit nach sich zieht. Meine politischen Freunde haben nichts dagegen einzuwenden, daß die politische Staatsangehörigkeit beseitigt wird. Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit eines Ausländers erscheint uns in dem Entwurf durchaus richtig geregelt. Meine Freunde sind damit einverstanden, daß der Entwurf an eine Kommission geht. (Bravo! bei den Konservativen.)

Abg. Graf Heideberg (natl.): Wir begrüßen es, daß die Regierung in ihrem Entwurf die Erhaltung der deutschen Staatsangehörigkeit im Auslande besser gewährleistet, als es bisher möglich war. Auf der anderen Seite sind wir auch durchaus einverstanden mit den Verpflichtungen, die das Gesetz in diesem Falle den Deutschen im Auslande auferlegen will. Wenn wir durch die Auferlegung der Wehrpflicht auch manchen die Aufrechterhaltung seines Deutschtums erschweren werden, so hoffen wir doch, Widerstände in dieser Richtung bald überwinden zu können. Gegen die auf die Ausländer bezüglichen Bestimmungen haben wir noch manigfache Bedenken. Wir hoffen, daß darüber in der Kommission eine Regelung und Verständigung erzielt wird. Es ist vielleicht möglich, in dieser Frage bestimmte Richtlinien für die einzelnen Bundesstaaten aufzustellen oder für die Geltendmachung von Einsprüchen eine Frist festzusetzen, damit die Erledigung der einzelnen Fälle nicht zu sehr verzögert werden kann. Einen Anspruch auf Aufnahme können wir keinem Ausländer zugestehen. Wir möchten uns aber dagegen wenden, daß die mehrfache Staatsangehörigkeit Deutscher mit einem Schmit beseitigt werden soll. Sie sollte schon aus dem Grunde aufrecht erhalten werden, weil sie das Band der Zusammengehörigkeit im Reiche stärkt. Das Prinzip der unmittelbaren Reichsangehörigkeit sollte weiter ausgebaut werden. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Waldheim (Sp.): Auch meine Freunde begrüßen das Erscheinen des Entwurfs mit freudiger Genugtuung, zumal das Gesetz einer alten liberalen Forderung entspricht, die schon in der zweiten Lesung des alten Gesetzes sich zu einem Beschluß verdichtete. In seinen Grundgedanken billigen wir das Gesetz, unsere Bedenken richten sich gegen mehrere Einzelheiten. Zunächst muß festgelegt werden, daß derjenige, der in deutschen Heere gedient hat, auch die Staatsangehörigkeit damit erworben hat. In Konsequenz dessen wird man auch die strikte Einhaltung der Wehrpflicht seitens der Auslandsdeutschen verlangen müssen. Ich kann mich der gegenteiligen Auffassung des Abg. Liebknecht nicht anschließen. Wir haben große Bedenken dagegen, daß bei der Aufnahme von Ausländern in einen Bundesstaat der Bundesrat mitreden soll. Damit wird das Hoheitsrecht der einzelnen Bundesstaaten sehr angefaßt und der liberale Charakter des Reiches wird damit erschüttert. Es läßt darauf hinaus, daß der größte Bundesstaat Preußen die preussische Praxis zur allgemeinen deutschen Praxis macht. Wir wenden uns weiter dagegen, daß die mehrfache Staatsangehörigkeit aufgehoben werden soll. Diese Möglichkeit ist in dem Gesetz von 1870 mit voller Absicht gegeben worden, um den Reichsgedanken zu stärken. Auch praktisch würde die Aufhebung dieser Bestimmung zu unliebsamen Konsequenzen führen. Dringend warne ich auch vor der neuen Bestimmung, durch die bei der Aushebung das Auslösen abgehehrt werden soll. Wenn die Auswahl der Mannschaften nur von dem Ermessen der Behörde abhängt, dann wird damit nicht bloß die Gefahr eines Mißbrauchs, noch mehr aber die des Mißtrauens heraufbeschworen. Es werden schließlich bei der Auswahl konfessionelle und andere Gesichtspunkte mitsprechen oder wenigstens wird das in der Bevölkerung angenommen werden. Neben dem Satz: wer Deutscher bleiben will, soll es bleiben! sollte eine kurze Politik auch den Satz stellen: Wer Deutscher werden will und dessen nicht unwürdig ist, der soll es werden. Einige Anregungen des Abg. Dr. Liebknecht könnten bei ihrer Verwirklichung leicht das Gegenteil von der gewünschten Wirkung erreichen. Wenn beispielsweise ein Ausländer nach einer bestimmten Frist den Anspruch auf die Staatsangehörigkeit erlangt, dann dürfte die Polizei mit der Ausweisung doch leicht dem Ablauf dieser Frist zuvorkommen. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Hierauf wird ein Antrag auf Vertagung angenommen.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 27. Februar, 1 Uhr nachm. (Antrag Liebknecht (Soz.) und Genossen auf Aufhebung des Disziplinerverfahrens gegen den Abg. Dr. Liebknecht (Soz.), zweite Lesung des Etats beim Reichsamt des Innern.)

Schluß der Sitzung 4 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

21. Sitzung. Freitag, den 23. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Weseler.

Der Justizetat.

3. Tag.

Abg. Hinzmann (natl.) erbittet vom Minister Auskunft, wie diese Absolventen der juristischen Hochschulen Oberrealschulen sich bei den Justizprüfungen bewähren, damit die Gemeinden wissen, ob sie die großen Mittel für die Oberrealschulen mit Recht auswenden.

Justizminister Dr. Weseler erklärt, daß er noch nicht genügend Material zur Hand habe, um eine erschöpfende Auskunft über die vom Vorredner verlangte Frage zu geben, jedoch werde er diesen Punkt im Auge behalten.

Abg. Borchardt (Soz.):

Es ist schon verschiedentlich darüber Klage geführt worden, daß unsere Behörden mit allzuvielen unnützen Schreibereien belastet werden. Wir ist eine kleine Geschichte mitgeteilt worden, die zeigt, daß unsere Justizbehörde unter Umständen über Kleinigkeiten einen ganzen Haufen unnützen Schreibens aufweist. Es handelt sich um eine Beschwerde gegen den Oberlandesgerichtspräsidenten in Marienwerder. In Danzig wurde vor 1 1/2 Jahren eine sozialdemokratische Zeitung gegründet. In den Zeiten, denen dies unangenehm war, gehörte auch die Justizbehörde in Danzig und Marienwerder. Was uns nicht gefällt, ist die Art und Weise, in der sie ihrem Mißbehagen Ausdruck gegeben hat. Als der eine Redakteur der sozialdemokratischen Zeitung angeklagt war, wollte der andere Redakteur derselben Zeitung über die Verhandlung Bericht erhalten, wie es nun mal zu den Verhältnissen einer gut geleiteten Zeitung gehört. Bericht über Verhandlungen zu bringen. Man ließ den Redakteur, der als Berichterstatter kam, nicht zu, indem man ihm erklärte, daß er zum Rechtlich eine Karte vom Landgerichtspräsidenten haben müsse. Der Antrag der Redaktion, man solle eine Karte zum Preßrecht ausstellen, wurde vom Landgerichtspräsidenten abgelehnt; mit der Begründung, es sei zu wenig

Platz, deshalb müsse man sich beschränken, lediglich den Mitglie- dern des Danziger Schriftsteller- und Journalistenvereins solche Karten auszustellen. Die Sache ging also darauf hinaus, die sozialdemokratische Zeitung vom Zutritt zum Berichterstatteramt auszuschließen. In Wirklichkeit waren die 5 Plätze am Berichterstatteramt meistens leer. Die Redaktion wandte sich nun an den Oberlandesgerichtspräsidenten, der nun einen längeren Schriftwechsel begann. Er weigerte sich, eine Karte auf die Redaktion auszustellen, und erklärte sich bereit, nur eine Karte auf den Namen des einen Redakteurs auszu- stellen. Die Redaktion antwortete ihm, daß ihr damit nicht viel genützt sei; die Antwort vom Landesgerichtspräsidenten bezog sich über ein halbes Jahr. Er antwortete, der andere Redakteur Crispian bekomme keine Karte,

weil er nicht unbescholten,

sondern wegen gemeinschaftlichen Hausfriedens- bruchs mit zwei Wochen Gefängnis vorbestraft worden sei. (Hört! hört!) Bei diesem gemeinschaftlichen Haus- friedensbruch bin ich selbst zufälliger Weise beteiligt gewesen und habe zwei Zeugen, die ebenfalls dabei waren, nämlich die Abgeordneten Dr. Krause und Ohlting. (Hört! hört!) Es handelte sich vor 9 bis 10 Jahren um eine Landtagswahl- versammlung und um die Frage, unter welchen Bedingungen die Sozialdemokraten für die liberalen Kandidaten eintreten sollten. Zu dieser liberalen Versammlung in Königsberg waren alle ein- geladen, die die liberale Kandidatur unterstützen wollten. Bevor die Versammlung, in der Abg. Dr. Krause sprechen sollte, eröffnet wurde, erklärte man, die Sozialdemokraten sollten ausgeschlossen werden. Wir Sozialdemokraten wurden ruhig und es erhob sich Lärm. Darauf stellten die Herren von der liberalen Partei

Strafantrag wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs, und bei dieser Affäre wurde auch Crispian mit 2 Wochen Gefängnis bestraft. Es handelte sich also um eine politische Bestrafung, die der Landgerichtspräsident zum Vorstand nahm, um diesem Redakteur den Zutritt zu den Gerichtsverhandlungen als Bericht- statter zu verweigern. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man wandte sich nun an den Oberlandesgerichtspräsidenten in Marienwerder, der nach einem längeren Schriftwechsel sich zunächst aus der Affäre zu ziehen suchte. Dann erließ er eine Erklärung, in der es heißt, daß ein Berichterstatter nach seiner Persönlichkeit und seinem Vorleben die Gewähr dafür bieten müßte, daß er eine erschöpfende und unparteiische Darstellung in den Gerichtsverhandlungen machen könnte. Außerdem müßte man sicher sein, daß ein Berichterstatter die Er- leichtertung, die ihm eine Berichterstatterkarte bietet, in dem Sinne benutzte, wie sie benutzend werden soll. Das heißt also, der Oberlandesgerichtspräsident schreibt der Presse vor, wie sie ihre Berichte verfassen soll. Die Herren von der Justiz wollen eine Berichterstatterkarte sogar als

Prämie für gutes Verhalten

erteilen. Eine in dieser Angelegenheit an den Minister gerichtete Beschwerde wurde ohne Angabe von Gründen abgewiesen. Mit solchen kleinen Schikanen sucht man die sozialdemokratische Zeitung zu schädigen. Der Justizminister sollte diesem kleinen Vor- gehen sein Augenmerk schenken. (Präsident Hr. v. Erffa er- mahnt den Redner, sachlicher zu reden.) Der Zweck, der durch ein solches Verfahren verfolgt wird, wird aber nicht erreicht, denn die „Vollstreckung“ in Danzig geht bei dieser Behandlung sehr gut; sie erscheint jetzt schon doppelt so oft wie früher. Ich möchte den Justizminister bitten, den Oberlandesgerichtspräsidenten in Marienwerder zur Unterlassung dieser kleinen politischen Kadel- striche anzuweisen, mit denen man sich doch nur lächerlich macht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Justizminister Dr. Beseler: Nicht dem Worte, sondern der Person wurde wegen Bedenken in persönlicher Hin- sicht die Zulassung zum Berichterstatteramt verweigert. Ein Recht darauf, einen Platz im Berichtsstuhl zu erhalten, besteht nicht. Darüber haben die Gerichtspräsidenten zu bestimmen. Uebrigens hat derselbe Präsident einmal auch unter Beteiligung des sozial- demokratischen Blattes eine Regelung der Platzfrage vorgenommen.

Abg. Thurm (Sp.): Die Beschwerden der Handelskammer Sorau über Verzögerungen im Mahnverfahren werden nicht be- achtet!

Ein Regierungskommissar: Wir können nur auf konkrete Fälle Antwort geben.

Abg. Ohlting (Sp.): erklärt, er sei in Königsberg nicht durchgefallen, weil die Jurisprudenz den Sozialdemokraten den Besuch ihrer Versammlungen nicht gestattet haben, sondern weil ihn die Konservativen nicht gewährt haben. Wir haben den Sozialdemokraten gegenüber immer das gleiche Verfahren beob- achtet; es hatte seinen Grund in der Störung unserer Versammlung durch die Sozialdemokraten.

Präsident Hr. v. Erffa: Das gehört aber nicht mehr zum Titel „Oberlandesgerichte“. (Weiterkeit.)

Abg. Vorhardt (Soz.): Da die Ausführungen des Herrn Ohl- ling wirklich nicht zum Kapitel „Oberlandesgerichte“ gehören, so will ich meine Antwort in diesen einen Satz zusammenfassen: Es ist mir ganz gleichgültig, aus welchem Grunde Herr Ohl- ling durchgefallen ist, ich freue mich überhaupt, daß Herr Ohlting durchgefallen ist; er wird wohl auch nicht behaupten können, daß wir im Jahre 1908, von dem ich sprach, die Versam- mlungen der Freisinnigen gestört hätten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Hr. v. Erffa: Jetzt müssen wir aber doch mit den Wahlkampftagen fertig sein. (Weiterkeit.)

Abg. Hammer (L.) wünscht scharfes Einschreiten gegen die Lebensmittelverläufe der Warenhäuser.

Abg. Daermann-Witten (natl.): Die geistige Rede des Abg. Liebnicht strotzt von unbedeutenden Behauptungen. Sie war nur ein Versuch zum Fenster hinaus, um das feste Gefüge des preussischen Staates zu erschüttern. Das aber wird an dem gesunden Sinn unseres Volkes und der bürgerlichen Parteien scheitern. (Zuruf bei den Sozialdemokraten; Sie werden sich daran Ihre paar Zähne noch ausbeißeln!) Dafür wird das zielbewusste Vorgehen der bürgerlichen Parteien und deren, die am Regiment sind, schon sorgen. (Vehementer Beifall rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen; Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Der Redner verlangt dann, daß den Justizbeamten im Interesse der Bekämpfung der Sozialdemokratie die Ausübung des Wahl- rechts noch mehr ermöglicht werde.

Justizminister Dr. Beseler: Ich habe das schon im vorigen Bericht angeordnet. Mehr kann ich nicht tun. Sollte dem nicht Folge gegeben sein, so möge mir Abg. Daermann das mitteilen.

In der weiteren Verhandlung entspinnt sich beim Titel

„Staatsanwaltschaften“ folgende Debatte:

Abg. Gronowski (Z.) kritisiert einen Vertrag des Berg- arbeiterverbandes mit dem Redakteur des Verbands- organs, wodurch das über das unempfindbare Minimum von 1500 M. hinausgehende Gehalt der Chefredaktion ausgesetzt wird. Dadurch wird den armen Leuten, die wegen ihres Beschränktes zu dem Christentum in der sozialdemokratischen Presse angegriffen werden, die Möglichkeit genommen, die Mäler zu verklagen. Wie gemein werden die katholischen Geistlichen angegriffen, auch die evangelischen übrigens! Wir dulden die Herabwürdigung der Priester in der Öffentlichkeit nicht, die so gewaltige Opfer für das Volk bringen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Gewisse sozia- listische Blätter, aber auch jüdische, haben ja eigene Rubriken für die „Schweinepfaffen“. Von den Rabbinern wird nie ge- schrieben. Die Staatsanwälte sollten das „öffentliche Interesse“ auch hier anwenden und auf Verleumdungen christlich-nationaler Männer, die im Vordergrund des Kampfes stehen, ausdehnen! (Bei- fall im Zentrum und rechts.)

Justizminister Dr. Beseler: Eine allgemeine Weisung ist nicht möglich. Diejenigen, die ein öffentliches Amt bekleiden, dürfen nicht ohne nachherige Verfolgung beleidigt werden. Die vom Vor- redner erwähnten Verträge unterliegen der Beurteilung der

Abg. Vorhardt (Soz.):

Der Minister ist weitherziger als dieser Arbeiterber- reiter, der die Staatsanwälte aufsteht gegen die sozial- demokratische Presse. Die wird doch, das weiß jeder, fortwährend aus den kleinlichen Kläffen verfolgt. Und das ist ihm noch zu wenig! (Widerpruch im Zentrum.) Beleidigungen kommen überall vor — vielleicht in Ihrer Presse nicht? Wie schreibt die „Deutsche Tageszeitung“ allabendlich über die sozialdemo- kratischen Parlamentsredner! Aber wir lachen darüber und wehren uns schon selbst unserer Haut. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und wie werden jetzt die Liberalen von der schwarzen Presse beschimpft. Das Zentralorgan der katholischen Geistlichkeit Pagnus brandmarkt die „schamlosen Lügen“ und „das niederträchtige Toischnögen unangenehmer Per- sönlichkeiten“ der katholischen Presse, die „noch schlimmer ist, als die gegnerische“. Nehmen Sie also nur erst vor Ihrer Tür! (Bravo! bei den Sozialdemokraten; Lärm bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Bell (Z.): Wir wollen kein Ausnahmegericht gegen die Sozialdemokraten, aber den gleichen Schutz wie alle. Die Staatsanwaltschaften nehmen nur bei Beamtenbeleidigung öffent- liches Interesse an. Das müßte auch bei allen, die ein öffentliches Amt bekleiden, z. B. Abgeordneten, der Fall sein. Im Prozeß des Dr. Henrici gegen die „Leipziger Volkszeitung“ hat der sozial- demokratische Verteidiger gesagt, im politischen Kampf müsse jeder auf Angriffe gefaßt sein, er müsse nur froh sein, wenn ihm nicht auch noch das Stehlen vorgeworfen wird. (Stürmisches Hört, hört! bei der Mehrheit.) Richard Nordhausen heißt das in der „Deutschen Tageszeitung“ mit Recht Verleumdung des öffentlichen Lebens; das bestehende Gesetz reiche eben nicht aus. Müge die Staatsanwaltschaft gegen diese Aufschneperei von Sozialdemokraten im öffentlichen Interesse vorgehen! (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Vorhardt (Soz.):

Der Leipziger Verteidiger hat doch wirklich recht, wenn er sagt, im politischen Kampf müsse jeder auf solche Angriffe gefaßt sein; das zeigt doch auch die von mir zitierte bayerische Neuherung. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Im politischen Leben wird leider so verfahren, besonders von der katholischen und konser- vativen Presse. (Lärm rechts und im Zentrum.) Würden die Staatsanwälte nach dem Wunsch des Abg. Bell die Beleidig- ungen, die gegen Abgeordnete geschleudert werden, verfolgen, so lämen die Redakteure der „Deutschen Tageszeitung“, die all- abendlich auf uns schimpft, nie aus dem Gefängnis. (Lärm bei der Mehrheit, Zurufe: „Vorwärts!“) Aber wir wissen es ganz gut, daß der Staatsanwalt gegen Beleidigungen sozial- demokratischer Abgeordneter nicht vorgehen wird! Herr Bell verlangt einen besonderen Schutz für die immunen Abgeordneten. Und dabei bekommen Sie (zur Mehrheit) nicht einmal immer Ordnungsrufe für Beleidigungen. Wir aber bitten feierlich, uns von einem solchen „Schutz“ für Ab- geordnete auszunehmen, wir schützen uns selbst. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Nun die Verträge! Die sozialdemokratische Presse wird immerfort wegen Vergehen angeklagt, die bei anderen Blättern nicht geahndet werden; z. B. die Majestäts- beleidigungen der „Post“. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Sollen wir gegen parteiisches Vorgehen der Behörden, unsere Blätter ruinieren zu wollen, nicht unsere Gegenmaßnahmen treffen? Noch dazu, wo uns die Gesetze die Handhabe geben! Wir halten uns eben an das Gesetz (Lärm der Mehrheit, Beifall der Sozialdemokraten) und werden uns gegen solches Vorgehen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln wehren. (Beifall bei den Sozial- demokraten.)

Abg. Gronowski (Z.): Ich will die Staatsanwälte nicht auf- stehen gegen die Sozialdemokratie. Aber bei den Sozialdemokraten zählt der Verlaß Strafe und Kosten, bei der bür- gerlichen Presse meistens nicht! Sie (zu den Sozial- demokraten) laufen gleich zum Staatsanwalt, wenn Sie glauben, beleidigt zu werden. Wer weiß, von wem der vom Abg. Vorhardt zitierte Artikel eines Alerusblattes ist. Abg. Vor- hardt spricht von unfürsichtigen Verleumdungen auf die sozialdemo- kratischen Abgeordneten. Aber hier im Hause hat nur ein sozial- demokratischer Abgeordneter einen bürgerlichen be- leidigt, das Umgekehrte war noch nie der Fall.

Ein Antrag des Abg. v. Arnim (L.) wird von der Mehrheit und dem Zentrum angenommen. (Zurufe der Sozial- demokraten: Erst greifen Sie an, dann schneiden Sie das Wort ab!) Die Abg. Falst (Z.) und Mathis (natl.) befürworten eine große Zahl von Beamtenwünschen.

Ein Kommissar erwidert mit einer längeren Darstellung dessen, was schon getan wurde.

Abg. Bismann (natl.) wünscht Verdeutschung der Worte „Remuneration“ und „Satisfaktion“ in „Belohnung für geleistete Dienste“. Dann begründet er einen Antrag auf andere Regelung der noch nicht etatsmäßigen Anstellung der Amtsanwälte.

Justizminister Dr. Beseler: Diese Stellen müßten unwiderruf- lich sein. Eine Regelung der Frage ist wünschenswert.

Abg. Dr. Runge (Sp.) tritt für die Gerichtssekretäre und Kanzleibeamten ein, hört aber damit auf, als ihn der Präsident aufmerksam macht, daß das zum nächsten Titel gehört.

Der Antrag Bismann wird angenommen.

Sonnabend, 11 Uhr: Fortsetzung, ferner Doppelschichtanlagen und Schiffsfahrtsaktienlauf.

Schluß 4 Uhr 45 Minuten.

Aus der Partei.

Reinliche Scheidung.

Der imperialistische Freudentausch, der am Donnerstag durch die italienische Kammer ging, hat wenigstens eine gute Seite: er hat zu einer Klärung der Situation inner- halb der sozialistischen Kammerfraktion geführt. In unserem gestrigen römischen Artikel sind die Meinungs- verschiedenheiten innerhalb der Fraktion näher geschildert worden. Wie uns heute ein Privattelegramm aus Rom meldet, scheint aber gestern der Anfang für eine reinliche Scheidung der Geister gemacht worden zu sein. Danach hatten die Rechtsreformisten (Richtung Visolati) beschlossen, an den Kundgebungen für den tripolitanischen Krieg in der Kammer teilzunehmen. Daraufhin hat die Richtung Turati Donnerstag abend die Gründung einer neuen Parlamentsfraktion beschlossen, die sich der Parteidisziplin unterwirft. Die neue Fraktion hat den Parteivorstand zum sofortigen Eingreifen aufgefordert. Die Spaltung der Fraktion braucht nicht notwendigerweise zu einer Parteispaltung zu führen, wohl aber zu einer Mandats- niederlegung der Dissidenten, die erfolgen muß, wenn der Parteivorstand für Aufrechterhaltung der Parteidisziplin eintritt.

Wir können diese Wendung der Dinge nur mit Genug- tunung begrüßen. Die ministerielle Politik, die ein Teil der italienischen Parlamentsfraktion durchzuführen für angebracht hielt, steht im schärfsten Widerspruch zum Massenempfinden und Masseninteresse des Proletariats, das vor allem vom Krieg nichts wissen will. Das Abtrüden von den ministeriellen Kur- parlamentariern wird der sozialistischen Parteileitung die oft verlorene Fühlung mit den proletarischen Massen wieder- geben und ihr neue Verbeiräfte verleihen.

Totenliste der Partei.

Der Bergarbeiterverband hat einen schweren Verlust erlitten; am Freitag, den 23. Februar, verschied nach kurzem, aber

schwerem Krankenlager Herr Hauptkassierer des Bergarbeiterver- bandes, Genosse Paul Horn. Ein schweres Nervenleiden, ver- bunden mit einem Nerven Schlag, machte seinem Leben nach vier- wöchigem Krankenlager ein Ende. Bei der Reichstagswahl wirkte er, wenn auch schon an Kräften gebrochen, noch fleißig mit. — Paul Horn wurde am 22. August 1858 in Siedewitz bei Zwickau geboren. Früh schon widmete er sich der modernen Arbeiter- bewegung. Am 1. August 1880 trat er dem 1876 gegründeten Berg- arbeiterverband bei. 1884 wurde er Mitglied des Verbandsvor- standes, 1889 beteiligte er sich an dem großen Streik und wurde gemahregelt. 1893 sandte ihn der Verbandsrat Zwickau in den sächsischen Landtag, dem er bis 1899 angehörte. Infolge der von den Konservativen und Nationalliberalen vorgenommenen Wahlrechtsverschlechterung konnte Horn nicht wiedergewählt wer- den. 1892 wurde er im sächsischen Bergarbeiterverband zum Haupt- kassierer gewählt, welchen Posten er bis zur polizeilichen Auf- lösung 1895 bekleidete. Dann widmete er sich dem Konsumvereins- wesen. 1903 wurde er auf der Generalversammlung des Berg- arbeiterverbandes in den Verbandsvorstand gewählt. Diesen Posten bekleidete er, bis die ständige Krankheit ihn an das Bett fesselte. Nach dem Streik 1889 mußte er ein volles Jahr hinter Gefängnis- mauern zubringen; er hatte einen Vergat beiliedigt. So hat Paul Horn auch die „Freuden“ des Bergarbeiteragitators kennen gelernt. Nach 33jähriger Tätigkeit im Dienste der Arbeiterklasse ist Paul Horn, erst 53 Jahre alt, gestorben. Seine Kameraden und Genossen werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Redakteursfreuden. Genosse Röder von der „Tribüne“ hat am Dienstag eine dreiwöchige Gefängnisstrafe angetreten, die er sich durch die Kennzeichnung eines Mannes holte, der während der vorjährigen Metallarbeiterausperrung die Polizei auf Streikposten ausmerksam machte. Das Urteil gegen den bis dahin noch völlig unbestraften Genossen Röder erregte damals wegen der Art der Begründung durch den Landgerichtsdirektor Siebert einiges Aufsehen, der meinte, dem Angeklagten sei bei seinem „Eintritt in das Blatt“ dessen Ton und Tendenz bekannt gewesen und beide hätten sich seit seinem Eintritt in das Blatt nicht geändert. — Von der „Tribüne“ sitzen nunmehr wieder zwei Redakteure im Gefängnis.

„Der Wahre Jacob“, das sozialdemokratische Bißblatt, kann einen ganz außergewöhnlichen Aufschwung seiner Leserschaft ver- zeichnen. In der Jahressumme des Jahres 1911 konnte der „Wahre Jacob“ berichten, daß er die städtische Auflage von 300 000 erreicht habe. Seitdem ist die Zahl der Abonnenten fortgesetzt ge- stiegen, so daß die Februarnummern des Jahres 1912 bereits in einer Auflage von 375 000 hergestellt werden mußten. Man wird dieses Wachstum der Leserschaft im Interesse der Partei mit Freuden begrüßen und hoffen, daß es sich in gleichem Tempo fortsetzt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Der Polizeikampf gegen die roten Kranzschleifen

geht in Breslau weiter. Entsetzt die Polizei im Inzeratenfeld der „Breslauer Volksmacht“ Todesanzeigen von Genossen, Ge- nossinnen und freigewerkschaftlichen Arbeitern, dann wird am Tage der Beerdigung vor dem Trauerhause oder, wenn das Be- gräbnis von der Leichenhalle aus stattfindet, auf dem Kirchhof selbst, eine Anzahl von Schulkleuten unter Führung eines Polizeikommissars postiert, die die Aufgabe haben, nach dem Staatsgefährlichen Rot der Kranzschleifen zu sohn- den. Der wenigen Tagen waren zu einem sozialdemokratischen Begräbnis nicht weniger als zehn Schulkleute aufge- boten, abgesehen von den Kriminalpolizisten. Werden rote Kranzschleifen entdet, dann werden diese rückwärts abgerissen oder abgeschnitten. So selbst die mit schwar- zem Trauerflor umhüllten roten Kranzschleifen finden kein Gnade vor den Augen der rotscheuen Polizei. Auch diese sind schon konfiszieren worden. In einem anderen Falle wurden sogar Kränze mit roten Blumen ohne Schleifen als Staatsgefährlich betrachtet und weggenommen. Wieder bei einem anderen Begräbnis wurde ein Träger eines Kränzes mit roter Schleife an offenen Grabe festgenommen und zur Feststellung seiner Personalien weggeführt. Diese empörenden Szenen fördern natürlich jedes Leiden- begängnis, und es kommt fast regelmäßig zu leb- haften Auseinandersetzungen zwischen Leid- tragenden und Polizei. Aber das hindert die Polizei nicht, die Jagd nach roten Kranzschleifen weiter fortzuführen, weil sie in dem Tragen von Kränzen mit roten Schleifen ein außerordentliches Leidenbegängnis erblickt, zu dem die Erlaubnis erteilt werden muß. Unglaublicherweise wird die Breslauer Polizei darin durch ein Urteil des Oberlandesgerichts bestärkt, das vor wenigen Tagen die gegen drei Kranzträger erkannten Geldstrafen wegen Ver- anstaltung eines außerordentlichen, nicht angemeldeten Leiden- begängnisses bestätigte. Wenn dadurch, daß fast täglich eine Anzahl Schulkleute zu nutzloser Arbeit abkommandiert werden, die öffentliche Sicherheit in der Stadt Breslau leidet, so nimmt das durchaus kein Wunder. Und tatsächlich haben die Bürger einer Vorstadt bereits eine Eingabe an den Mi- nister des Innern gerichtet, in welcher sie sich über die zu- nehmende Unsitlichkeit beklagen, aber sonderbarer- weise mehr Polizei verlangen.

Der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins Breslau hat ebenfalls eine Eingabe an den Minister des Innern gerichtet, in der er unter Hinweis auf die immer mehr zunehmende Unsicherheit, auf den nicht erteilten Handabhaber, auf unen- deckte Ränder usw. den Minister ersucht, die überflüssige Ver- wendung der Polizisten bei Begräbnissen von Sozialdemokraten zu verbieten.

Die „Breslauer Volksmacht“ veröffentlicht einen Aufruf des Sozialdemokratischen Vereins an die Arbeiter und das Bürgertum, in welchem um genaue Angaben über die Zahl der bei jedem sozialdemokratischen Begräbnis anwesenden Polizisten gebeten wird. Das gesammelte Material soll ebenfalls dem Polizeiminister unterbreitet werden.

Wenn es trotz dieser kleinlichen Schikanen noch nicht zu ernstern Zusammenstößen zwischen Arbeiterchaft und Polizei gekommen ist, so liegt das lediglich an der Disziplin der Breslauer Genossen. Zündstoff dazu liefert die Polizei bei jedem Begräbnis.

Verfammlungen.

Tabakarbeiterverband. In der am Mittwoch abgehaltenen Mitgliederversammlung erstatete Schulze den Jahresbericht der Ortsverwaltung. Die Kassenabrechnung schließt in Einnahme und Ausgabe mit 23 797 M. für die Zentral- und 12 161 M. für die Lokalkasse. Unter den Ausgaben finden sich folgende Posten: Streiks und Lohnbewegungen 4350 M., Arbeitslosenunterstützung 5822 M., Krankenunterstützung 3716 M., Ausgabunterstützung 444 M., Siedebgeld 195 M. — Die Mitgliederzahl ist im Laufe des Jahres von 888 auf 1103 (510 weibliche und 593 männliche) ge- stiegen. — Die Lohnbewegung, welche in der zweiten Hälfte des Jahres einsetzte, hat größte Ausgaben verursacht. Trotzdem konnten 7000 M. an die Hauptkasse abgeführt werden. Die Lohnbewegung ist zum größten Teil abgeklungen, aber sie darf nicht aussehen, wenn ihr Erfolg ein dauernder sein soll. — Nach der Disziplin, die sich auf interne Verbandsangelegenheiten erstreckte, wurde die Auswahl der Ortsverwaltung vorgenommen. Der bisherige erste Bevollmächtigte Walter Lehne eine Wiederwahl ab. Gewählt wurde als erster Bevollmächtigt Rimmergut mit 113 Stimmen gegen 105 Stimmen, die auf Börner fielen. Als zweiter Bevoll- mächtigter (Angestellter) wurde Schulze und als dritter Bevoll- mächtigter Kronmow wiedergewählt. Als Revisoren wurden Kra- weitz, Braun und Hermann, als Hilfskassierer Spielvogel ge- wählt.

Puma-Stiefel

für Damen und Herren **10⁵⁰ M.**

Alleinverkauf für Berlin

Belle-Alliancestrasse

A. Jandorf & Co

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm

Wurstwaren

Zwiebelleber- od. Rotwurst	Pfd.	48 Pf.
Rotwurst I	Pfund	75 Pf.
Landleberwurst	Pfund	75 Pf.
Hausmacher-Leberwurst	Pfund	95 Pf.
Teewurst	Pfund	1.10
Cervelat- od. Salamiwurst	Pfund	1.20
Schinkenwurst	Pfund	1.20
Land-Bratwurst	Pfund	1.25
Schinkenspeck	Pfund	95 Pf.
Nusschinken	Pfund	1.15

Gemüsekonserven

	1/2 Dose	1/1 Dose
Kohlrabi in Scheiben	—	32 Pf.
Wirsingkohl	—	32 Pf.
Grünkohl	—	32 Pf.
Karotten in Streifen	—	35 Pf.
Gemüse-Melange	—	50 Pf.
Junge Schoten	—	50 Pf.
Feine junge Schoten	—	60 Pf.
Erbsen u. Karotten	—	55 Pf.
Bruchspargel ohne Kopf	—	75 Pf.
Bruchspargel mit Kopf	—	1.00
Stangenspargel	68 Pf.	1.25
Stangenspargel	73 Pf.	1.35



Die mit * bezeichneten Artikel sind von der Zusendung ausgeschlossen

* Kassler	Pfund	70 Pf.
* Hühner		1.45, 1.95
* Rücken Fett	Pfd.	55
Liesen	Pfd.	60 Pf.

Frisches Fleisch

Schmorfleisch	Pfund	80,90 Pf.	Koteletts	Pfund	80 Pf.
Fehrippe o. Kamm	Pfund	75 Pf.	Kammo. Schuft	Pfund	80 Pf.
Querrippe oder Brust	Pfund	70 Pf.	Bauch	Pfund	60 Pf.
Roulade	Pfund	95 Pf.	Kalbskeule im Ganzen	Pfund	90 Pf.
Roastbeef mit Knochen	Pfund	85 Pf.	Kalbsnierenbraten	Pfund	90 Pf.
Goulasch	Pfund	65 Pf.	Kamm o. Brust	Pfund	85 Pf.
Schweineschinken im Ganzen	Pfund	70 Pf.	Bug	Pfund	75 Pf.

* Kartoffeln	10 Pfund	48 Pf.
* Salz-Heringe	5 Stück	19 Pf.
* Kaninchen gestreift		65, 85 Pf.

* Obst u. Gemüse

Apfelsinen Dutzend	20, 25, 35 Pf.
Blut-Apfelsinen Dutzend	25, 35 Pf.
Amerikaner Aepfel Pfund	18, 25 Pf.
Blumenkohl Kopt	5, 10, 15 Pf.
Mandarinen Kiste	68 Pf.
Kohlrüben Pfund	4 Pf.
Rhabarber Band	7 Pf.

Fruchtkonserven

Pflaumen mit Stein	1/2 Dose	50 Pf.
Birnen rot oder weiss	1/2 Dose	65 Pf.
Mirabellen	1/2 Dose	70 Pf.
Johannisbeeren	1/2 Dose	68 Pf.
Heidelbeeren	1/2 Dose	65 Pf.
Melange Früchte	1/2 Dose	88 Pf.
Erdbeeren	1/2 Dose	88 Pf.

Käse

Emmentaler Käse	Pfund	1.15
Schweizer Käse	Pfund	85 Pf.
Tilsiter Käse	Pfund	80 Pf.
Brie-Käse	Pfund	55 Pf.
Limburger Käse	Pfund	50 Pf.
Gamembert	Stück	20 Pf.
Romatour-Käse	Stück	29 Pf.
Land- o. Kuhkäse	2 Stück	35 Pf.

Spittelmarkt

Belle-Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm

25.000 Meter Hemdentuch für feine Bett- oder Leibwäsche **36** Pf. Meter

OXO

Bouillon-Würfel

der Compie

5 Stück 20 Pfg.
Einzelne Würfel 5 Pfg.

LIEBIG

Der Verkauf der zurückgelieferten

Monatsgarderobe

des größten Abonnementshauses

für feine Herrenbekleidung J. STOCK & Co. befindet sich von jetzt ab nur Friedrichstraße, Ecke Johannisstr., Eingang Johannisstr. Anzüge und Paletots v. 10 M. an.

Abführtee

„Olinda“ ein einfaches u. natürliches Abführmittel von kräftiger Wirkung bei zeitweiser als auch chronischer Verstopfung, doppelt bewirkt durch die zugleich blutreinigende Wirkung. Besonders wichtig für Frauen u. Personen mit wenig Bewegung, die hauptsächlich an Stuhlbeschwerden zu leiden haben. Man nehme nur den echten „Olinda“ Tee in Pul. a 50 Pf. u. 1 M. von Otto Reichel, 50., Eisenbahnstraße 4, u. nichts anderes dafür.



„Hoffnung“

Berliner Schneider-Genossenschaft (E. G. m. b. H.)
gegründet von organisierten Schneidergehilfen

Berlin N.

Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager fertiger

Anzüge

und Sommerpaletots.

Einsegnungsanzüge in allen Größen.

Neuheiten der Saison bereits erschienen.

Lieferant der Konsumgenossenschaft und des Arbeiteraufhebungsbundes.

Eiweiß-Nährschokolade

Riba Schokolade

Für Gesunde und Kranke

Ribotti

Für Blut, Kraft, Nerven

Riba Kakao

Eiweiß-Nährkakao

Französischer Parteitag.

2. Tag.

Die heutige Vormittags-Sitzung war hauptsächlich mit der Diskussion des Parteiberichts ausgefüllt. Wir haben die wichtigsten Daten daraus schon vor einiger Zeit wiedergegeben. Beim Rapportbericht stellte der Schatzmeister der Partei, Genosse Camélinat, die Tatsache fest, daß die Parteibeiträge der Deputierten, die den größten Teil der Parteieinnahmen darstellt, mit wachsender Regelmäßigkeit einläuft.

Der Parteitag beschließt einstimmig eine scharfe Zurückweisung der Taktik einiger Genossen in Nantes, die für die Gemeindefunktionäre ein Kartell mit der Liste des Ministers Guisbain, des intimen Freundes Briand, abgeschlossen haben und erinnert daran, daß Vereinbarungen mit bürgerlichen Parteien für den ersten Wahlgang nur in Notfällen getroffen werden dürfen.

Jaurès weist auf die bevorstehenden Nachwahlen für die Deputiertenkammer hin, die durch die neue Wahl von 26 Deputierten in den Senat notwendig geworden sind und fordert die Parteiföderationen auf, in keinem Fall im zweiten Wahlgang für einen Gegner der Wahlreform einzutreten. Dubreuilh teilt mit, daß drei Föderationen — Ardennes und Girondo — in den freigebliebenen Bezirken keine Kandidaten aufgestellt haben. Jaurès fordert, daß alle Föderationen in diesem wie in den späteren Nachwahlen mit aller Kraft eingreifen, damit der Proporz in der Kammer durchdringung und der Senat die Lust verliere, sich ihm zu widersetzen. Es wird einstimmig ein Antrag angenommen, der die Verwaltungskommission zur pekuniären Unterstützung der im Wahlkampf engagierten Föderationen auffordert und die Genossen verpflichtet, überall Kandidaten aufzustellen. Es ist allerdings schon der 19. Februar und der Wahltermin ist am 25. ...

Radi (Tunisien) fordert die Parlamentsfraktion auf, die vom Parlament verweigerte Enquete über die tunesischen Konzeptionsstandale selbst zu organisieren.

Nachmittags-Sitzung.

In der Nachmittags-Sitzung wird die Diskussion über die Parteiberichte fortgesetzt. Beim Punkt: Presse weist Bedoure unter großem Beifall auf die Wichtigkeit regionaler Tagesblätter hin — die französische Partei verfügt bisher über fünf täglich erscheinende Zeitungen — und fordert ihre finanzielle Unterstützung der Neugründungen durch die Zentralkasse.

Der Punkt: Bericht der Fraktion, dem Hubert Rouger (Rimes) einen kurzen mündlichen Kommentar hinzusetzt, gibt Anlaß zu einer langen, sehr bewegten Debatte, die die ganze Sitzung in Anspruch nimmt. Vorerst kommt die Affäre Compère-Morel — Ghesquière zur Besprechung. Ihre Vorgeschichte ist kurz zusammengefaßt die folgende: Am 2. Dezember v. J. haben die genannten beiden Genossen in der Deputiertenkammer überaus scharfe Erklärungen gegen die bei den Syndikalistischen der C. G. T. beliebten taktischen Methoden abgegeben, aber dabei auch Auffassungen über die Rolle der Gewerkschaften vorgebracht, die weit über die eigentlich syndikalistischen und die dem Syndikalismus gegenüber nachgiebigen reformistischen Kreise der Fremden erregten, da sie den Gewerkschaften eine Rolle im Klassenkampf absprachen und ihre Aufgabe auf möglichst friedliche Vereinbarungen mit den Unternehmern zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft begrenzen wollten. Die beiden Redner kehrten damals wider Willen den Beifall zahlreicher bürgerlicher Deputierter und die Glückwünsche „sozialistischer“ Minister und Abgeordneter ein und die Bourgeoispreß ließ sich natürlich die Gelegenheit nicht entgehen, die Intervention der beiden Parteigenossen tendenziös auszubeuten. Die Affäre wurde natürlich auch von der syndikalistischen Presse weidlich ausgeschlachtet und in der Folge vor das Forum der verschiedenen Parteiföderationen gebracht, die, je nach ihrer Tendenz oder besser gesagt, nach ihrer Zugehörigkeit zu den alten Organisationen aus der Zeit vor der Einigung von Anzin, von den verschiedenen oder Todels- und Behauptungsbedingungen beschlossen. Die Föderation Cher aber stellte sogar einen Ausschlußantrag, der natürlich — gegen so verdienstvolle Parteigenossen vorgebracht — von vornherein jeder Aussicht auf Annahme bar war, aber den Zweck hatte, die Angelegenheit auf dem Parteitag zu verhandeln. Inbes änderten die Gegner der Erklärungen Compère-Morels und Ghesquière ihre Taktik, die Föderation Cher zog ihren Ausschlußantrag zurück und forderte eine blühe Aufklärung. Darüber kam es nun zu einer langen Diskussion.

Ghesquière und Compère-Morel fordern, daß man ihnen Gelegenheit gebe, sich über ihre Intervention ausführlich zu äußern. Vaillant spricht dagegen. Beim Fraktionsbericht könne man nur allgemeine Angelegenheiten der Fraktion, nicht die Äußerungen und das taktische Verhalten einzelner besprechen. Es liege auch im Parteinteresse, die Affäre nicht zu verhandeln. In Limoges hat die Partei die vollständige Autonomie von Partei und Gewerkschaft beschlossen, und seither hat die tägliche Notwendigkeit des Handelns in der gleichen Richtung immer mehr auf eine Einheit der proletarischen Aktion, auf die Ausbildung einer gemeinsamen proletarischen Idee hingearbeitet. Dies haben besonders die Manifestationen im Aeropark (für den Frieden) und beim Begräbnis des Soldaten Kernoull bewiesen. Die Beschlüsse von Limoges sind nicht zu revidieren. (Guesde ruft: Stuttgart hat sie revidiert!) Nein, der Stuttgarter Beschluß und der von Limoges widersprechen einander nicht. Wir haben in Stuttgart erklärt, daß wir wohl grundsätzlich davon überzeugt seien, daß sich das Zusammenwirken von Partei und Gewerkschaft durchsetzen müsse, daß wir aber uns vorbehalten müßten, der Unmöglichkeit der unmittelbaren Durchführbarkeit der Resolution Rechnung zu tragen. Der Berichtshatter Cher hat mir gegenüber persönlich und dann auch in der Sitzung erklärt, daß die vorgeschlagene Resolution nicht die Absicht verfolge, die französische Partei zur Heberleiung in der Frage der Annäherung an die Gewerkschaften zu zwingen. Wie können wir, die die Autonomie der C. G. T. respektieren, sie hier leistungsfähiger? Wir können jeder unser privates Urteil über ihre Methoden haben, aber die Partei als solche muß die Autonomie der C. G. T. respektieren. (Beifall.)

Compère-Morel: Ich bedauere, auf Vaillants Antrag nicht eingehen zu können. Vaillants außerordentliche Verdienste um die Einigkeit der Partei sind unbestreitbar. Aber ich hätte gewünscht, daß er seine heutigen Worte schon auf dem Kongreß der Seine-Föderation gesprochen hätte (Beifall bei einem Teil des Parteitage), wo wir angegriffen wurden, ohne uns verteidigen zu können. Heute lassen wir uns nicht den Mund stopfen. Wir haben viel gelitten unter den Affirmationen der Bourgeoisie unter den Anklagen der Genossen. Wenn wir aber die Affirmationen zählen wollten, die die Genossen der anderen Seite uns erhalten haben, glaube ich nicht, daß wir deren mehr zu reklamieren hätten. (Stürmischer Beifall bei einem Teil des Parteitage.) Wir haben nie die C. G. T. selbst angegriffen und

wollen nicht den Verdacht aufkommen lassen, daß es auch nur einen einzigen Genossen gebe, der ein Feind der C. G. T. ist. Wir haben gerade darum gesprochen, weil wir ihr konstantes Wachstum wollen. Wir wollen nicht über die ganze Frage von Grund auf diskutieren, nicht über unsere Erklärungen, sondern über die Deutungen, die ihnen gegeben worden sind.

Ghesquière: Ich halte es für nötig, die Fragen der Scholage usw. in ihrem Wesen zu behandeln. Die Würde der Partei verlangt es. Ich fordere das Recht, meine Meinung im Parlament wie anderswo auszusprechen. Ich wüßte, als ich das Wort ergriff, daß ich unter der Kontrolle der Partei stand, und ich will nicht eine hohe Einstellung des Verfahrens, nicht ein bloßes „Bedauern“ akzeptieren. (Zwischenruf: Glückwünsche werden Sie nicht haben! Gegenruf: Ja wohl! Ja wohl! Lärm.) Ich habe nur meine Pflicht erfüllt, und ich will, wenn ich in Frankreich auf Propaganda gehe, nicht als verächtlich gelten. Was ich will, ist wieder eine Beglückwünschung noch ein Bedauern, sondern das Vertrauen der Partei. Es handelt sich darum, festzustellen, ob wir für oder gegen die Anarchie sind. Ich komme zu Ihnen mit der einstimmigen Beglückwünschung der großen Nordföderation. Meine Probe als Revolutionär habe ich in Jahrzehnten der Parteiarbeit bestanden. (Lebhafter Beifall.)

Vaillant: Die Resolution der Seine-Föderation ist nur ein Resümee dessen, was ich hier gesagt habe. Die Frage ist falsch gestellt. Wir können die Diskussion über die Funktion der Parteiorganismen nicht mit der Erörterung individueller Fälle ausfüllen. (Ghesquière: Das wäre für Sie gefährlich, weil Sie immer eine doppelte Haltung gehabt haben! — Großer Tumult. Ein großer Teil des Parteitage demonstriert mit Hochrufen für Vaillant.) Ich habe mit der C. G. T. immer so gut auskommen können wie mit der Partei. Bleiben wir bei der Achtung vor der Autonomie. Wenn die C. G. T. etwas tut, so ist sie im Recht, weil sie die Qualität hat, über sich selbst zu beschließen. Ich halte eine Diskussion des vorliegenden Einzelfalles für unvorteilhaft, ja für gefährlich, siehe aber gleichwohl, weil Sie auf eine Diskussion bestehen, meinen Antrag zurück.

Caumont (Paris, von der syndikalistischen Gruppe) will gleichfalls eine Diskussion. Wir wollen keine Erklärungen für den sozialen Frieden von unseren Parlamentariern. Es handelt sich nicht für oder gegen die Anarchie Stellung zu nehmen, sondern für oder gegen die Disziplin. Wir wollen keine Zweideutigkeit bestehen lassen, selbst um den Preis, als Minorität aus diesem Saal zurückzukommen. Compère-Morels und Ghesquière's Verteidigung ist aggressiv.

Sigle Cuenin übernimmt Vaillants Antrag mit Berufung auf die überlastete Tagesordnung des Kongresses.

Fouillon: Wenn wir es ablehnen, hier über die Affäre zu verhandeln, müssen wir, um nicht gegen die angeklagten Genossen ungerecht zu werden, die Resolutionen aller Föderationen über die Frage annullieren.

Jaurès: Ich halte Vaillants ursprünglichen Antrag auf Hebergang zur Tagesordnung für gut, da aber Compère-Morel und Ghesquière auf einer Auseinandersetzung bestehen, können wir sie nicht verweigern. Ich mache Sie aber darauf aufmerksam, daß es sich nicht um Personen- und Opportunitätsfragen, sondern um eine neue Aufstellung der Frage der Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaft handelt. Die Diskussion würde notwendig zu diesem Problem gelangen, und ich meine, es wäre besser, dieses als einzigen Punkt auf die Tagesordnung des nächsten Parteitage zu setzen. Wir können dann glücklicherweise dahin, endlich — nicht das sozialistische Ziel, über das wir einig sind — sondern den Sinn der sozialistischen Aktion zu definieren. Wir geben oft denselben Worten einen verschiedenen Sinn. Manche Genossen fassen die proletarische Revolution als eine kontinuierliche Umbildung der Gesellschaft auf, andere geben der sozialistischen Aktion nur den Wert einer Werkarbeit und wiederholen bei jeder auftauchenden großen Frage, daß jede Reform unmöglich sei, solange die kapitalistische Gesellschaft bestehe. (Guesde applaudiert.) Wenn wir nicht an der Oberfläche haften bleiben und eine große Frage unter sentimentalen Gesichtspunkten einigen sympothischen Genossen zuliebe erledigen wollen, müssen wir an das Problem der sozialistischen Aktion in seiner Gesamtheit herantreten. Wir dürfen es ruhig wagen. Die Einheit der Partei ist unzerstörbar auf die tiefe Gemeinsamkeit des Ideals begründet, und wir können ohne Bedenken herangehen, alle Unklarheiten, die heute noch über der Aktion schweben, zu beseitigen. (Allgemeiner Beifall.)

Der Antrag Sigle Cuenin wird abgelehnt, Compère-Morel und Ghesquière also die Gelegenheit zur Erklärung ihres Verhaltens eingeräumt.

In der weiteren Verhandlung des Fraktionsberichts erklärt Deputierter Collin gegenüber den von manchen erhobenen Vorwürfen gegen die Fraktion, daß sie nicht energisch genug zugunsten der gemahregelten Eisenbahner eingegriffen und die Obstruktionstaktik fortgesetzt hätte, daß die Fraktion die Eisenbahner kräftiger verteidigt hätte als diese sich selbst. Die Arbeiterklasse müsse lernen, sich selbst zu wehren und nicht alles dem Parlament zu überlassen. Was können die sozialistischen Parlamentarier den bürgerlichen Parteien abzwängen, wenn diese sehen, daß die Sozialisten keine organisierten Waffens hinter sich haben?

Albert Thomas bemerkt darauf, daß die Fraktion die Rückwirkung des neuen Pensionsgesetzes zugunsten der Gemahregelten durchgeführt habe. Die Frage der Wiedereinsetzung bleibe nach wie vor offen und werde von der Fraktion nicht vernachlässigt werden.

Erat (Meurthe-et-Moselle) behandelt die Frage der Rentenkonzeptionen in seinem Departement, die von der Partei bisher zu wenig beachtet worden sei. Dieselben Leute, die anlässlich der Abtretung des Rango eine patriotische Kamdie gespielt haben, wollen dem internationalen Kapital die Schätze des französischen Bodens ausliefern. —

Albert Thomas legt dar, daß die Fraktion nicht untätig war. Sie hat sich bemüht, durchzusetzen, daß vor der Revision des Vergesetzes keine neuen Konzessionen erteilt werden. Seit 2 1/2 Jahren sind keine mehr vergeben worden und die Sozialisten haben darum oft genug den Wortwurf anhören müssen, daß sie die industrielle Aktivität des Landes hemmen. Erst Herr Lagagnier habe vier neue Konzessionen signiert. Die Regierung hat aber trotz des Weiterbestandes des alten Vergesetzes die Gewinnbeteiligung des Staates als Bedingung stellen müssen. Wir wollen aber die Arbeitsbedingungen und die Gewinnbeteiligung des Staats an den Bergwerken durch ein Gesetz regeln lassen. Und weiter bleiben wir — trotz der verächtlichen Äußerungen Brois über diese Forderung — der Idee der Nationalisation der Bergwerke treu. Auch hier gelangen wir zur Frage der allgemeinen Aktion der Partei. Wir fordern die Nationalisation. —

Guesde: Wenn es keine Klassen mehr gibt!

Thomas (fortfahrend): Es ist notwendig, den Staat zu reformieren.

Guesde: Wir werden ihn transformieren, sobald wir ihn

erobert haben. Ich frage Sie, sind die preussischen Bergarbeiter in den Staatsbetrieben besser daran als in den Privatbetrieben? Thomas: Und ich frage Sie, ob die deutsche Sozialdemokratie darum auf ihre Forderung der Verstaatlichung verzichtet hat.

Guesde: Die deutsche Sozialdemokratie hat niemals die Verstaatlichung als Sozialismus angesehen, sondern immer nur als Staatskapitalismus. Welches Kapital aber ist gefährlicher, das konzentrierte oder das zerstreute — dasjenige, das nicht erst am Kollege, Justiz und Militär appellieren muß, sondern diese Institutionen unmittelbar in der Hand hat?

Thomas: Welches ist die modernere Form des Kapitalismus, die konzentrierte oder die zerstreute? Das Großkapital ist heute nicht mehr zerstreut, sondern in den Trusts konzentriert. Der Staatskapitalismus hätte in der Demokratie die Aufgabe, ein Gegengewicht gegen den Privatkapitalismus zu werden. In der Unterdrückung der Arbeiter ist zwischen dem Staatsmonopol und dem Trustmonopol kein Unterschied. Selbst zugestanden, daß die öffentlichen Dienste den deutschen Sozialdemokraten als Staatskapitalismus in gewissem Sinne für überlegen. Nirgends finden Sie bei ihnen einen Verzicht auf die Verstaatlichungspolitik. Erst dieser Tage ist Dr. Brantl im Reichstag für Reichsmonopole eingetreten. (Guesde: Brantl ist ein Revisionist! Roldes (zu Guesde): Wie vereinbaren Sie mit diesen Grundrissen Ihren 1897 gestellten Antrag auf Verstaatlichung der Banque de France?)

Guesde: Ja bin nicht unfehlbar. Albert Thomas schildert Ihnen die Gefährlichkeit des verstaatlichten Kapitals für das Proletariat, das seine Lage zu verbessern sucht. Und Sie wollen diese Unterdrückung des Kapitals dem Proletariat als ein Mittel zur Verbesserung seiner Lage in der heutigen Gesellschaft empfehlen! Der Staat ist die Festung der Kapitalistenklasse. Ich verstehe Ihren Standpunkt einfach nicht. Die Arbeiter müßten sich, wenn wir ihm abgezierten, gegen uns wenden. Von den Staatsbetrieben mag der Kapitalist profitieren, der blühere Kosten und Tarife bekommt. Die Arbeiter profitieren nur zum kleinsten Teil daran. In Deutschland sind die Revisionisten Feind in der Minderheit geblieben. Kennen Sie mit einem einzigen Kongreß, wo das Staatsmonopol zum Programm erhoben wurde? (Jaurès: Morgen kann ich Ihnen die Texte bringen.) Bei der Paul handelte es sich nicht um Zehntausende von Proletariern, sondern um eine rationale Förderung der industriellen Unternehmungen. Die Monopole wären der Weg, auf dem die Partei Politik machen würde. Schon heute ist in den Massen eine Strömung gegen sie vorhanden. Eine wahre Nationalisation ist erst möglich, wenn es in Wahrheit eine Nation gibt, nicht wie heute zwei Klassen, die einander bis aufs Messer bekämpfen. Darum aber bleibt es nur ein Weg: Die Eroberung des bürgerlichen Staats. (Stürmischer Beifall bei einem Teil des Parteitage.)

Roldes: Die Frage der Bank hängt mit der des Kapitalismus eng zusammen. Denn ohne die Hilfe der Banque de France könnten die Großbanken ihre Finanzpolitik nicht betreiben. Wie wollen Sie sich aber verhalten, wenn morgen die Frage Nationalisation oder Privatkapitalismus im Parlament gestellt sein wird?

Guesde: Die Antwort ist sehr einfach. Ich werde für die Verbesserung der Situation der Arbeiter stimmen, z. B. für einen Minimallohn, aber gegen die Nationalisation.

Sembat bedauert die Uneinigkeit in diesem Punkt, von der die Kapitalisten profitieren werden.

Soziales.

Die Errichtung einer Arbeitslosenversicherung

ist von unseren Parteigenossen in den städtischen Kolonien Nürnberg seit Jahren angestrebt worden, aber die freisinnig-liberale Mehrheit hat sich stets gegen denartige Anträge ablehnend verhalten mit der Begründung, daß eine einzige Stadt eine solche Versicherung für sich allein nicht einführen könne, weil sonst von auswärts viele Elemente herangezogen würden, die auf die Arbeitslosenunterstützung spekulieren usw. Diese Frage müßte vom Reich oder Bundesstaat gesetzlich geregelt werden. Am Montag hat der Stadtmagistrat Nürnberg den Etat für 1912 beraten, bei welcher Gelegenheit wieder der Antrag gestellt wurde, den Betrag von 30 000 M. für eine Arbeitslosenversicherung anzusetzen; diesmal stimmte die Mehrheit dem Antrage zu, knüpfte aber daran die Bedingung, daß die bayerische Regierung mindestens den gleichen Betrag auswerfe. Der Minister v. Preitreich hatte f. B. im Bundestage erklärt, die Regierung sei bereit, den Gemeinden, die die Arbeitslosenversicherung einführen, Zuschüsse zu bewilligen. Herr v. Preitreich ist aber nicht mehr Minister. Wie die jetzige Zentralregierung sich zur Frage stellt, weiß man nicht.

Der „Kampffennig“ des Arbeiters.

Eine recht eigenartige Art, treue Arbeiterdienste zu belohnen, hatte ein Mannheimer Arbeitergeber, gegen den das dortige Gewerkegericht verhandelte. Der Kläger war vierzehn Jahre bei ihm in Stellung gewesen. Nach dreijähriger Tätigkeit hatte der Beklagte dem Arbeiter ein jährliches Geschenk von 100 M. zugesichert, das aber bis zur Auflösung des Vertrages in den Händen des Beklagten geblieben und von diesem vergraben werden sollte, damit ihm, wie es in dem Vertrage wörtlich heißt — für seine späteren Tage ein Kampffennig gesichert und er vor Unglück und Stund so gut wie möglich geschützt sei. Außerdem war noch der Passus enthalten, daß das Geld nur „bei Wohlverhalten“ zu zahlen sei und der Austritt ordnungsgemäß erfolgen müsse. Als der Beklagte den Kläger Ende August v. J. entließ, stellte sich heraus, daß der Arbeiter kein einziges Mal die 100 M. für den Kläger anlegte, mit der stillschweigenden Begründung, Kläger habe sich während der ganzen elf Jahre „nicht wohlverhalten“. Kläger habe dies wohl auch selber empfunden, denn er habe nie daran erinnert.

Der Beklagte wurde antragsgemäß zur Herauszahlung des angesammelten Kapitals von 1100 M. verurteilt. Der Einwand des mangelnden Wohlverhaltens stehe mit der Tatsache der jahrelangen Weiterbeschäftigung in Widerspruch, der Umstand, daß Kläger nicht gedrängt habe, könne nicht zu seinen Ungunsten ausgelegt werden. — Das Landgericht bestätigte dies Urteil.

Gerichts-Zeitung.

Die Gastwirtschaft unter Polizeiaufsicht.

Die eigenartigen Vorgänge in und vor dem Lokal des Gastwirts Wagner, Pappelallee 25, über die der „Vorwärts“ unter ebiger Spitzmarke berichtete, hatten gestern ein gerichtliches Nachspiel gegen den Hausbesitzer und dessen Frau wegen Straßenpolizeiunterbrechung. Als der Eigentümer des Hauses Pappelallee 25, Schulz, und seine Frau eines Abends nach Hause kamen, fanden sie das Haus von einem größeren Polizeiaufgebot umstellt. Wie der jetzt angeklagte Schulz vor Gericht erzählte, sei er zu dem Polizeileutnant Otto vom 97. Polizeirevier getreten, um mit ihm wegen dieser aufsehenerregenden Maßnahme Rücksprache zu nehmen. Der Leutnant aber sei gleich sehr extempore gewesen und habe ihn aufgefordert, wegzugehen. Da er nicht sofort gegangen

sei, sondern den Leutnant, der ihn persönlich kannte, um Aufklärung über die Vorgänge, die doch sein Haus betrafen, ersucht habe, sei er auf dessen Veranlassung einfach siliert worden. Als er mit dem Schuhmann ein Stück Weges gegangen war, habe der Leutnant die Maßregel rückgängig gemacht, indem er dem Schuhmann zurück, es genüge, wenn der Mann sich legitimiere. Die ebenfalls angeklagte Frau Schulz bestätigte die Angaben ihres Mannes, bestritt aber, sich irgendwie strafbar gemacht zu haben. Allerdings sei sie durch die Siliierung ihres Mannes in Aufregung geraten, doch habe sie keine Reue empfunden, die eine Strafe rechtfertige.

Der genannte Polizeileutnant führte aus: Er habe am 15. Januar d. J. den Schankwirt Wagner der Uebertretung der Polizeistunde überführen wollen und darum die geschilberten Vorsetzungen getroffen. Da sei der Hausbesitzer Schulz hinzugekommen und habe Partei für seinen Mieter genommen. Er habe denselben mehrmals aufgefordert, sich zu entfernen, Schulz aber habe erklärt, er sei der Besitzer des Grundstücks und da könne ihn niemand wegjagen. Darauf habe er den Mann siliert lassen, auf Legitimation hin ihn aber wieder freigegeben.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, richtete an den Leutnant ein Kreuzfeuer von Fragen. Warum er denn den Angeklagten, den er doch persönlich kannte, überhaupt habe siliert lassen? Er hätte ihn in seiner Amtshandlung stören können, meinte der Polizeileutnant. Wie er denn hätte stören können und wie weit er Partei für seinen Mieter genommen habe? Ja, Herr Schulz, so erklärte der Beamte, sei zwischen ihm und seine Untergebenen getreten, das sei eine Störung in der Amtshandlung gewesen. Die Frage des Verteidigers, ob in der Umgebung des Hauses eine große Erregung gegen den Zeugen deshalb bestehe, weil er ständig Polizeimannschaften in und vor dem Wagner'schen Lokal habe stehen lassen, lehnte das Gericht ab, ebenso weitere Fragen. Zur Begründung wurde ausgeführt, die Beweisaufnahme habe ein genügend klares Bild ergeben. So erging es auch der Frage, ob eine von Herrn Schulz beim Polizeipräsidenten eingeleitete Beschwerde gegen Polizeileutnant Otto schon ein Disziplinarverfahren im Befolge gehabt hat. Das Gericht lehnte auch die Vernehmung von Zeugen ab.

Der Staatsanwalt beantragte, den Angeklagten mit 30 M., seine Frau mit 6 M. zu bestrafen.

Der Verteidiger plädierte für Freisprechung beider Angeklagten.

Das Urteil lautete auf 6 M. Strafe für Herrn Schulz und auf 3 M. für seine Frau.

Zur Natur der Arbeitswilligen.

In der gegenwärtigen Zeit, wo die Scharfmacher aller Schattierungen nach einem erhöhten Schutz der „nützlichen Elemente“ streben, ist es nicht unerwünscht, wenn wieder einmal gerichtlich festgestellt wird, was Geistes Kind diese Arbeitswilligen sind. Das geschah am Donnerstag vor dem Schöffengericht in Lübeck. Dort hatten sich fünf Streifbrecher zu verantworten, die wegen Sachbeschädigung, Körperverletzung, Hausfriedensbruch und Diebstahl angeklagt waren. Die Namen dieser Hinfühler, welche den ausständigen Mühlenarbeitern der Grömmühle von S. und J. Brüggeln in den Rücken fielen, sind Brufe, Biered, Dromowit, Rosd und Randowit; alle fünf haben bereits mehr oder weniger mit dem Gericht Bekanntschaft geschlossen. Raub, Hausfriedensbruch, Diebstahl, Unterschlagung, Körperverletzung, Sachbeschädigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt usw. sind die Delikte, wegen deren die „nützlichen Elemente“ zum Teil recht erheblich vorbestraft sind. Die Verhandlung vor dem Lübecker Schöffengericht ergab nun folgenden Sachverhalt. Ende Januar, an einem Sonntagabend, begaben sich die vorgenannten fünf Streifbrecher in eine Lübecker Vorstadt-Wirtschaft „Zum alten medienburgischen Landtrug“, wo sie sich ohne irgendwelchen Grund den anwesenden Gästen gegenüber damit brühten, daß sie internationale Streifbrecher seien. Als der Wirt, um weitere Streitigkeiten zu vermeiden, Feierabend bot, machten die Verrückten einen Wortschanda, brüllten: „Zeit wird nicht Feierabend, sondern Rabau gemacht“ und zertrümmerten alles, was ihnen in der Wirtschaft in die Hände kam. Mit Tischen und Stühlen warfen sie nach dem Wirt, geschlugen den Bierapparat, den Speiseschrank, Gläser, eine große Lampe usw. Der Wirt schlug einer der Rabau mit einem scharfen Instrument über den Kopf und brachten ihm eine 1 1/2 Zentimeter lange Wunde bei. Dann drangen die Banditen in die in der ersten Etage befindliche Wohnung des Wirtes ein, setzten dort ihr Verhängniswerk fort und riefen fortwährend: „Wir wollen morben!“ Als sie dann keinen Menschen mehr im Hause sahen — der Wirt hatte inzwischen die Polizei benachrichtigt, verschwanden sie unter Mitnahme zweier fremder Paletts, eines Hutes und eines Kragenhakens. Vor Gericht suchten die von den Scharfmachern verhässelten „Stützen der Gesellschaft“ ihre Heldentaten in milderem Lichte erscheinen zu lassen, indem sie Trunkenheit vorschützten und einzelne der ihnen zur Last gelegten Straftaten bestritten, die jedoch durch Zeugenausagen bewiesen wurden. Die Strafe fiel sehr milde aus. Das Urteil lautete gegen Brufe auf 5 Monate, Randowit auf 14 Wochen, Biered 7 Wochen, Dromowit 5 Wochen und Rosd 1 Monat Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte Strafen von 5 bis 14 Monaten beantragt.

Das sind die „nützlichen Elemente“, die ohne Grund das Leben und Eigentum friedlicher Bürger beschädigen und bedrohen, die besonders geschützt werden sollen, wenn es nach dem Willen der Scharfmacher ginge!

Ausbeutung jugendlicher Arbeitskräfte.

Unter der Firma „Unitas, Finanzierungs-Gesellschaft“ betreibt der Kaufmann Oskar Heinide, Finkenstr. 4, ein Kommissionsgeschäft, welches Darlehen, Börsengeschäfte und Stellungen mit Kapitalbeteiligung vermittelt. Obwohl Heinide kein Bankier und sein Geschäft kein Bankgeschäft, suchen doch seine Zeitungsinserate und sonstigen Reklamen bei Richtigerweise den Anschein zu erwecken, als ob er ein solides Bankgeschäft betriebe. Das ist namentlich in Inseraten geschehen, durch die Heinide junge Leute als Lehrlinge sucht. Jedenfalls stehen zwei Fälle fest, wo Väter, durch solche Inserate verlockt und durch Rücksprache mit Heinide in den Glauben versetzt, er betriebe ein regelrechtes Bankgeschäft, ihre Söhne bei Heinide in die Lehre gaben, nachdem er ihnen versichert hatte, er werde die jungen Leute zu tüchtigen Bankbeamten ausbilden. Die jungen Leute wurden durch Vertrag zu einer zweijährigen Lehrzeit und ihre Väter zur Zahlung eines Lehrgeldes von 300 M. verpflichtet. Ansehend ist das Lehrgeld für Heinide der Punkt gewesen, um den sich alles dreht. In den erwähnten beiden Fällen sind die Väter bald zu der Ueberzeugung gelangt, daß ihre Söhne bei Heinide niemals zu tüchtigen Bankbeamten, sondern nur zu Bankbeamten ausgebildet werden könnten. Sie drangen deshalb auf Lösung des Lehrverhältnisses. Dagegen hatte Heinide nichts einzuwenden, aber das „Lehrgeld“ zahlte er nicht zurück, obgleich das „Lehrverhältnis“ in dem einen Falle nach zwei, in dem anderen nach vier Wochen gelöst wurde.

Die betreffenden Väter klagen, wie unseren Lesern erinnerlich, beim Kaufmannsgericht. Heinide wurde verurteilt, das Lehrgeld zurückzuzahlen. Trotzdem zahlte er nicht. Einer der Kläger versuchte es mit der Zwangsvollstreckung, aber bei Heinide war nichts zu holen. Die ganze Geschäftseinrichtung, bis auf die Federhalter und Kintenfässer, gehörte einer seiner Angestellten, einem Fräulein Häkel, die mit einem kleinen Kapital an dem Geschäft beteiligt sein soll. Nach dieser Erzählung des einen, versuchte der andere Vater gar nicht, das Urteil des Kaufmannsgerichts vollstrecken

zu lassen, weil er nicht zu seinem Verlust noch Kosten obendrein zahlen wollte. — Schließlich entwarf sich aus dieser Angelegenheit ein Strafverfahren gegen Heinide, welches die zweite Strafkammer des Landgerichts I zwei Tage lang beschäftigte. Hier wurde der Geschäftsbetrieb Heinides, der des Betruges angeklagt war, sehr gründlich untersucht. Auch über die Beschäftigung der jungen Leute wurde eingehend Beweis erhoben. Bezüglich der beiden vorerwähnten Fälle erklärte Heinide, er sei wohl in der Lage, die 600 M. Lehrgeld zurückzuzahlen, aber er wolle nicht. Darauf wurde ihm vom Richterliche bedeutet, den geschädigten Vätern das Geld schleunigst zurückzuzahlen. Im übrigen kam zur Sprache, daß Heinide außer Lehrlingen zu 300 M. auch Volontäre zu 500 oder 600 M. Lehrgeld beschäftigt, die aber nur ein Jahr „lernen“ brauchen. Zurzeit sind noch einige Volontäre und Lehrlinge bei Heinide beschäftigt, die mit ihrer Stellung nicht unzufrieden sind. Was die jungen Leute über die Art ihrer Beschäftigung sagten, läßt allerdings erkennen, daß sie keineswegs kaufmännisch ausgebildet werden. Sie schreiben Adressen, suchen nach Zeitungen, Inserate heraus, die Herrn Heinide als Anknüpfungspunkte für geschäftliche Beziehungen dienen, schreiben Briefe nach Diktat und allenfalls auch ganz schematische Geschäftsbriefe. Einer der Lehrlinge, dessen Vater 300 M. „Lehrgeld“ gezahlt hat, ist ein geübter Stenograph, der die ganze Korrespondenz nach Diktat erledigt, also eine Arbeitskraft, die mindestens 100—120 M. monatlich wert ist, aber nicht nur keinen Pfennig bekommt, sondern noch Geld dazu zahlt. — Nach beendeter Lehrzeit sollen die jungen Leute nach Heinides Versicherung in ihren Fähigkeiten entsprechenden Gehalt und Provision von den Geschäften bekommen, die unter ihrer Mitwirkung zustande kommen. Es trat auch ein Jungerling vor die Schranken des Gerichts, der bewies, daß die letztere Versprechung in der Tat erfüllt wird. Der junge Mann hat nämlich wohlhabende Verwandte, die er zur Vergabe von Kapital an geldsuchende Kunden Heinides veranlaßt. Er hat also seinem Chef Geldgeber zugeführt und dafür allerdings Provision erhalten. Ein anderer junger Mann versicherte dem Gericht, daß auch er schon Provision verdient habe, bloß — bekommen hat er sie noch nicht. Durch einen dritten jungen Mann, der bereits „ausgelernt“ hat, erfährt man, daß die „den Fähigkeiten angepaßte Honorierung“ nach beendeter „Lehrzeit“ anfangs 20, später 30 und schließlich 40 M. monatlich betrug.

Die weitere Beweisaufnahme erzielte sich in der Hauptsache auf die Art und den Charakter der Geschäfte, die bei dem Angeklagten erledigt werden, sowie auf die Ausbildung der Lehrlinge bzw. Volontäre in dem „Bankinstitut Heinide“. Das Ergebnis in letzterer Hinsicht war derart, daß der Vorsitzende einmal sagte: „Wenn ein Lehrling zwei Jahre in einem Bankgeschäft beschäftigt ist, muß er doch wissen, was ein Kupon und ein Talon ist.“ Tatsächlich hatten alle dazunehmenden jungen Leute eine große Unkenntnis in kaufmännischen und banktechnischen Fragen gezeigt. Einer konnte nicht beantworten, was ein Blankomittel bedeutet, ein anderer wußte nicht, ob ein Frank immer denselben Wert behält. Das verhinderte jedoch nicht, daß eine Anzahl junger Leute im Alter von 20 bis 23 Jahren, als sie von Heinide fortgingen, sich selbstständig machten und sich vor Gericht als „Bankier“ bezeichneten.

Der Sachverständige und berechtigte Bücherrevisor Leo Preuß gab eine eingehende Charakteristik von dem Geschäft des Heinide, dem er alle Merkmale eines Bankinstituts absprach. Auch habe Heinide keinen Zutritt bei der Börse und könne seinem ganzen Bildungsgang sowie seiner Tätigkeit nach nicht als Bankier bezeichnet werden. Die Bücher seien unordentlich, zum Teil überhaupt nicht geführt, der Angeklagte habe alle möglichen Geschäfte betrieben, die nicht das geringste mit der Aufgabe einer Bank zu tun hätten. In der Hauptsache sei er Darlehens- und Stellenvermittler gewesen, was aus der umfangreichen Korrespondenz hervorgehe und die auch viele Klagen von Klienten enthalte, welche behaupteten, daß der Angeklagte zwar Geld von ihnen genommen, aber sonst nichts getan habe.

Ein sachverständiger Zeuge, vom Angeklagten geladen, konnte über den inneren Geschäftsbetrieb nichts aussagen, meinte aber, daß man dem Angeklagten die Fähigkeit eines Bankiers sehr wohl zutrauen könne. Es entspann sich hierauf eine längere Auseinandersetzung, was unter dem Begriff „Bank“ zu verstehen sei.

Die Verwandte und stille Teilhaberin des Angeklagten, Fräulein Häkel, machte sehr schwankende Angaben und korrigierte auf Vorhalt wiederholt ihre Behauptungen, so daß der Vorsitzende ihr erklärte: „Fräulein, seien Sie froh, daß Sie nicht verurteilt worden sind, Sie sind knapp am Justizhaus vorbeigeklappt.“

Das Urteil wurde am Donnerstag gefällt, es lautete auf 500 M. Geldstrafe und Tragung der Kosten. In der Begründung wurde unter anderem ausgeführt: Der Angeklagte mag sich für berechtigt gehalten haben, als er sein Geschäft Finanzierungs-Gesellschaft nannte. Deswegen könne er nicht bestraft werden. Anders aber stehe es mit der Bezeichnung Bankgeschäft. Es sei erwiesen, daß von einem solchen hierbei keine Rede sein könne. Der Angeklagte habe dreierlei Arten Geschäfte betrieben, immer jedoch nur eine vermittelnde Tätigkeit ausgeübt. Dadurch unterscheidet sich sein Geschäft von einem Bankinstitut. Er habe dies gemußt und sich trotzdem mit dem Nimbus eines Bankiers umgeben. Nur dadurch hätten sich erwiesenermaßen einige Väter bestimmen lassen, ihre Söhne zu Heinide in die Lehre zu geben und 300 M. zu zahlen, da er verprochen habe, die jungen Leute banktechnisch auszubilden. Es sei dem Gericht nicht zweifelhaft, daß der Angeklagte nicht berechtigt war, für die erteilte Ausbildung 300 M. zu nehmen. Die Tätigkeit der Lehrlinge habe fast nur in leichten Schreibarbeiten bestanden. Es sei Vorpiegelung falscher Tatsachen. Immerhin sehe das Gericht den Betrug und unlauteren Wettbewerb als eine Straftat an. Der Staatsanwalt hatte 500 M. und 6 Wochen Gefängnis beantragt.

Ende der Dauerverhandlung.

Die Dauerverhandlung, die am 24. Januar begonnen hatte, ist gestern endlich zu Ende geführt worden. Es handelte sich um eine Anklage wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften, welche die dritte Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lieber gegen den Buchhändler Walter Fischer zu verhandeln hatte. — Wie schon mitgeteilt, waren vor einiger Zeit in den Geschäftsräumen des Angeklagten weit über 50 Bücher pornographischen Charakters beschlagnahmt worden. Diese zum Teil recht stattlichen Bände mußten sämtlich vor Gericht zur Verlesung gebracht werden. Diese mühselige Arbeit, in die sich die vier Beisitzer der Strafkammer teilten, ist nun gestern endlich nach vierwöchiger Verhandlungsdauer erledigt worden. Das Urteil gegen Fischer lautete auf 2 Monate Gefängnis und 300 M. Geldstrafe, sowie Einziehung der beschlagnahmten Bücher und Abbildungen und Vernichtung der zu ihrer Herstellung benutzten Platten und Formen. Als strafverschärfend nahm das Gericht an, daß der Angeklagte wegen eines gleichen Vergehens schon mit einem Monat Gefängnis bestraft ist, und ferner, daß die von ihm vertriebenen Bücher unberechenbaren moralischen Schaden, besonders bei der in der Entwicklung begriffenen Jugend, anrichten konnten.

Sittlichkeitsverbrechen und Nordverzug.

Das Rekollektariat, das der Vater Franz Frolow am 18. Oktober vor dem Charlottenburger Amtsgericht gegen den Glasermeister August Müller ausgeführt hatte, gelangte gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts III zur Verhandlung. Der Angeklagte war zugleich des wiederholten Sittlichkeitsverbrechens an seinen eigenen Töchtern beschuldigt. Nach längerer, teilweise unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführter Verhandlung beantragte der Staatsanwalt Gollnick das Schuldig im Sinne der Anklage. Wegen den Angeklagten sei schon früher einmal ein Verfahren wegen Vornahme unsittlicher Handlungen eingeleitet gewesen, damals aber eingestellt worden, weil die Tochter Anna die Aussage verweigerte. Justizrat Blaskauer übte eine sehr scharfe Kritik an dem Verhalten der Tochter und des Zeugen Müller und beantragte die Freisprechung des Angeklagten von der Anklage des Sittlichkeitsverbrechens und im übrigen Verurteilung nur wegen versuchter Nötigung.

Die Geschworenen verneinten die Schuldfragen wegen Sittlichkeitsverbrechens und wegen versuchter Nötigung und sprachen den Angeklagten nur des versuchten Totschlages unter Zuhilfenahme milderer Umstände schuldig. Das Gericht erkannte auf 2 Jahre Gefängnis unter Anrechnung von 3 Monaten Untersuchungshaft.

Aus aller Welt.

Mädchenräuber.

Im Deutschen Reichstoge waren sich am Freitag bei der Beratung des internationalen Hebererinnens über den Mädchenhandel alle Parteien darin einig, daß mit den schärfsten gesetzlichen Mitteln gegen diese infame Kuppelerei vorgegangen werden müsse. Einen furchtbaren Beitrag zu diesem Kapitel liefert ein Mädchenraub an der sächsisch-böhmischen Grenze, dessen entlegene Einzelheiten erst jetzt bekannt werden.

Vor einigen Wochen machte ein kaum den Kinderhosen entwachsenen 15 Jahre altes Mädchen an der Elbe bei Teitschen unmittelbar an der sächsisch-böhmischen Grenze einen Spaziergang. Plötzlich gestellte sich zu der Ahnungslosen ein elegant gekleideter Mann, rebete das Mädchen an und stellte einige harmlose Fragen an dasselbe. Als der Fremde erfahren hatte, daß das Mädchen die Tochter angesehener Eltern war und in einem Kontor eine Stellung inne hat, machte er den Vorschlag, das Mädchen solle zu ihm nach Saaz in eine wesentlich bessere Stellung kommen. Hocherfreut willigte es ein und nach wenigen Tagen reiste es ab, um die neue Stelle als Privatsekretärin anzutreten. Am Bahnhofe in Saaz wurde das Mädchen von dem neuen Chef in Empfang genommen und in einer Droschke nach dessen Hause geleitet. Es erhielt zunächst ein elegantes Zimmer angewiesen und bekam dann den Besuch der Frau des Hauses, um an den gemeinsamen Mittagstisch geführt zu werden. Eine furchtbare Ahnung stieg aber in dem fünfzehnjährigen Mädchen auf, als es sich plötzlich im Kreise von mehreren geschnittenen Mädchen erblickte. Das Kind war in ein Freudenhaus geraten. Alle verweifelten Anstrengungen, das Haus, das sich den stolzen Komern „Zur goldenen Ruh“ beigelegt hatte, wieder zu verlassen, waren erfolglos. Das Mädchen war eine Gefangene, es durfte weder die Straße betreten noch ein Fenster öffnen. Der Mädchenräuber samt seiner Ehefrau zwangen das Kind, Männer zu empfangen, andernfalls wurden ihm Prügel in Aussicht gestellt. So vergingen mehrere Wochen der Gefangenschaft. Zuletzt packte es die Verzweiflung und in einem unbewachten Augenblicke ergriff es fast unbekleidet die Flucht. Nur wenige Kleidungsstücke raffte sie noch schnell zusammen, die sie in ein Bettuch packte. Das Mädchen gelangte auch auf den Bahnhof und sprang ohne Fahrkarte in einen bereitstehenden Zug. In diesem Augenblicke erschien auf dem Bahnsteige laut schreiend die Inhaberin des Freudenhauses und als sie die flüchtige erblickte, holte sie einen Polizisten herbei, beschuldigte das Mädchen des Diebstahls und ließ es verhaften. Die Unglückliche mußte den Zug wieder verlassen und wurde dem Gefängnis zugeführt, um sich wenige Tage später wegen Diebstahls zu verantworten. Die Gerichtsverhandlung brachte nun die furchtbaren Leiden des 15jährigen Kindes an das Licht. Das Gericht sprach natürlich die Unglückliche frei, beschloß aber, gegen den ehrenwerten Besitzer des Hauses „Zur goldenen Ruh“, Josef Wegened, und dessen Frau die Untersuchung wegen Kuppelerei usw. einzuleiten.

Grubenkatastrophe in Nordamerika.

Die Grubenunfälle in den Vereinigten Staaten mehren sich dank der fast schrankenlosen Ausbeutung der Arbeitskraft und der völlig unzulänglichen behördlichen Beaufsichtigung der Bergwerke in erschreckendem Maße. Auch heute wieder meldet der Telegraph aus Lehigh im Staates Oklahoma, daß bei einem Grubenbrände sieben Arbeiter das Leben verloren. Ueber das Schicksal von etwa zwanzig verschütteten Arbeitern herrscht Ungewißheit. Wahrscheinlich sind auch sie der Raubgier des Kapitalismus zum Opfer gefallen, da die durch den Brand entwickelten Gase und der Qualm die Rettungsarbeiten fast unmöglich machen. Die Mehrzahl der Verunglückten besteht aus Ausländern.

Ein Millionenbetrüger.

Eine Skandalaffäre, die sich im letzten Herbst in den sogenannten besten Kreisen der Genfer Gesellschaft ereignete, hat jetzt mit der gerichtlichen Verurteilung des Hauptbeteiligten ihre Sühne gefunden. Einer der Führer der christlich-konservativen Partei, der Abgeordnete Eugen Verlie, Verleger der „Genfer Ztg.“, war damals unter der Anschuldigung verhaftet worden, große Unterschlagungen und Fälschungen begangen zu haben. Die Passiven beliefen sich seinerzeit auf über eine Million Frank.

Das Gericht verurteilte gestern den Ehrenmann zu neun Jahren Zuchthaus.

Massenvergiftung in einem Kinderhospital.

Im Wroklauer Kinderhospital sind in den letzten Tagen kurz hintereinander sieben Kinder unter verdächtigen Erscheinungen gestorben, was die Staatsanwaltschaft zu einer eingehenden Untersuchung veranlaßt hat. Die sieben Leichen wurden beschlagnahmt und bei der Sektion stellte sich heraus, daß die Kleinen sämtlich einer Vergiftung zum Opfer gefallen sind. In den Leichen wurden Spuren von Eisenoxyd vorgefunden. Als der Tat dringend verdächtig wurde gestern eine Wärterin verhaftet, die in die für die Kinder bestimmte Milch das Eisenoxyd gemischt haben soll. Die Verhaftete bestreitet vorläufig noch jede Schuld, doch gilt sie bereits so gut wie überführt.

Kleine Notizen.

Katastrophe auf der Donau. Beim Uebergehen der Donau zwischen Semlin und Pancsova wurden drei Fische, auf denen sich der Wanderzirkus Bernabo befand, durch treibende Eisblöcke umgekippt. Mehrere Mitglieder der Gesellschaft und der gesamte Tierpark ertranken.

Eisenbahnunfall. Im ungarischen Teil der Strecke Wien-Budapest stießen in der letzten Nacht zwei Güterzüge zusammen. Ein Lokomotivführer wurde getötet, ein anderer schwer verletzt.

Schiffuntergang auf der Rhone. In der Nähe von Montelimar fuhr auf der Rhone während eines dichten Nebels ein Leichter gegen das Ufer und brach mitten durch. Von der Besatzung konnten sich nur fünf Mann retten, während drei ertranken.

Caution.

Für den Verein Arbeiter-Jugendheim gingen bei dem Unterzeichneten ein: 5,00 M. vom Sparverein „Nacht zu Knapp“, 6,50 Frank. überaus von den Arbeiterinnen und Arbeitern der v. G. Schlegelstr., Abt. Schürer, 5,00 aus der Schürerstraße der Arbeiter von der Firma (Hant. 3,85 durch G. Lachmann vom 565. Bezirk, 14,00 vom Tele-Dischlerklub „Heinrich Heine“, 3,85 6. Kreis, Bezirk 543 a, 2,00 4. Kreis, Abt. XI, 13,50 4. Kreis, Frauenliebesband der Abt. 34, 12,00 4. Kreis, Gen. Schlegelstr.

R. Rosenfeld, An der Spanbauer Brücke 1a.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Beclik, Buch und anderen Zeitungen. Diejenigen unserer Abonnenten, die nach während des ganzen nächsten Monats in der Beclik die Beclik, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freigekosten sofort ihre Adresse einreichen, da bei verspäteter Bestellung der ersten Nummern des neuen Monats der Post nicht geliefert werden können. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingeleitet werden.

Abzahlungsgeschäfte

Berliner Credit-Haus Kommanditgesellschaft, 67, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Ost-Bad, Pallendenstr. 76. Kuranstalt M. Schulz langjähr. 1. Assistent d. ehemal. württemberg. Jakob-Helmsstalt Pflanzschuldenverfahren Attache von Gehilfen. Bad Pankow, Wollankstr. 26. Passage-Bad Kottbuser Damm 79. Reform-Bad, Wiener Str. 64. Römer-Bad Boxhagen-Rumburg, Sonntagstr. 4. Silesia-Bad Schöneberg-Str. 31. Viktoria-Bad Kottbuser Damm 79. Friedrich-Wilhelmsbad Chausseestr. 87.

Bade-Einrichtungen

Das gesündeste und billigste Bad ist das Ideal-Bad Mark 2 & Co. nach Anweisung von H. 12-50 an. Salzen Kautschuk Teilschl. Dillzer. Friedrichs. 160 Seiten gratis a. franko. J. Zaruba & Co., Hamburg 6. Bandagen, Gummilw. R. Banke, Stralauer Str. 56. Berkholz, Köpenickerstr. 70. Lange, A. E., Brunnenstr. 157. Lichte, Schöneberg, Grödenallee 28. Meyer, P. H., Berlinerstr. 45-50. J. Ch. Pollmann, Lohrbergerstr. 40. Turmstr. 24. Optiker. Wende, A., Seydelstraße 15. Lief. aller Klassen. Fritz Reibe, Schöneberg, Hauptstr. 19. Fr. Schulte, Adlershof, Bismarckstr. 3. Zarembo Weinbergweg 1. Drog.-hyg. Artikel.

Gebrüder Manns

48 eigene Detailgeschäfte. Nordstern 14 Filialen in Berlin N. u. NO. Schönfeldt, Britz, Chausseestr. 51. Schröter, R. 35 Verkaufsstellen. Schulz, Arthur, R. Hermannstr. 55. Uhly & Wolfram 48 Verkaufsstellen. Vereinigte Pommersche Meiereien 48 Verkaufsstellen. Stettiner Butterhalle Invalidenstr. 123 Stettiner Bahnhof. Georg Wunder, Fruchtstr. 70, Ecke Nibelungenstr.

Gebrüder Manns

48 eigene Detailgeschäfte. Nordstern 14 Filialen in Berlin N. u. NO. Schönfeldt, Britz, Chausseestr. 51. Schröter, R. 35 Verkaufsstellen. Schulz, Arthur, R. Hermannstr. 55. Uhly & Wolfram 48 Verkaufsstellen. Vereinigte Pommersche Meiereien 48 Verkaufsstellen. Stettiner Butterhalle Invalidenstr. 123 Stettiner Bahnhof. Georg Wunder, Fruchtstr. 70, Ecke Nibelungenstr.

Gebrüder Manns

48 eigene Detailgeschäfte. Nordstern 14 Filialen in Berlin N. u. NO. Schönfeldt, Britz, Chausseestr. 51. Schröter, R. 35 Verkaufsstellen. Schulz, Arthur, R. Hermannstr. 55. Uhly & Wolfram 48 Verkaufsstellen. Vereinigte Pommersche Meiereien 48 Verkaufsstellen. Stettiner Butterhalle Invalidenstr. 123 Stettiner Bahnhof. Georg Wunder, Fruchtstr. 70, Ecke Nibelungenstr.

Gebrüder Manns

48 eigene Detailgeschäfte. Nordstern 14 Filialen in Berlin N. u. NO. Schönfeldt, Britz, Chausseestr. 51. Schröter, R. 35 Verkaufsstellen. Schulz, Arthur, R. Hermannstr. 55. Uhly & Wolfram 48 Verkaufsstellen. Vereinigte Pommersche Meiereien 48 Verkaufsstellen. Stettiner Butterhalle Invalidenstr. 123 Stettiner Bahnhof. Georg Wunder, Fruchtstr. 70, Ecke Nibelungenstr.

Gebrüder Manns

48 eigene Detailgeschäfte. Nordstern 14 Filialen in Berlin N. u. NO. Schönfeldt, Britz, Chausseestr. 51. Schröter, R. 35 Verkaufsstellen. Schulz, Arthur, R. Hermannstr. 55. Uhly & Wolfram 48 Verkaufsstellen. Vereinigte Pommersche Meiereien 48 Verkaufsstellen. Stettiner Butterhalle Invalidenstr. 123 Stettiner Bahnhof. Georg Wunder, Fruchtstr. 70, Ecke Nibelungenstr.

Gebrüder Manns

48 eigene Detailgeschäfte. Nordstern 14 Filialen in Berlin N. u. NO. Schönfeldt, Britz, Chausseestr. 51. Schröter, R. 35 Verkaufsstellen. Schulz, Arthur, R. Hermannstr. 55. Uhly & Wolfram 48 Verkaufsstellen. Vereinigte Pommersche Meiereien 48 Verkaufsstellen. Stettiner Butterhalle Invalidenstr. 123 Stettiner Bahnhof. Georg Wunder, Fruchtstr. 70, Ecke Nibelungenstr.

Gebrüder Manns

48 eigene Detailgeschäfte. Nordstern 14 Filialen in Berlin N. u. NO. Schönfeldt, Britz, Chausseestr. 51. Schröter, R. 35 Verkaufsstellen. Schulz, Arthur, R. Hermannstr. 55. Uhly & Wolfram 48 Verkaufsstellen. Vereinigte Pommersche Meiereien 48 Verkaufsstellen. Stettiner Butterhalle Invalidenstr. 123 Stettiner Bahnhof. Georg Wunder, Fruchtstr. 70, Ecke Nibelungenstr.

Gebrüder Manns

48 eigene Detailgeschäfte. Nordstern 14 Filialen in Berlin N. u. NO. Schönfeldt, Britz, Chausseestr. 51. Schröter, R. 35 Verkaufsstellen. Schulz, Arthur, R. Hermannstr. 55. Uhly & Wolfram 48 Verkaufsstellen. Vereinigte Pommersche Meiereien 48 Verkaufsstellen. Stettiner Butterhalle Invalidenstr. 123 Stettiner Bahnhof. Georg Wunder, Fruchtstr. 70, Ecke Nibelungenstr.

Gebrüder Manns

48 eigene Detailgeschäfte. Nordstern 14 Filialen in Berlin N. u. NO. Schönfeldt, Britz, Chausseestr. 51. Schröter, R. 35 Verkaufsstellen. Schulz, Arthur, R. Hermannstr. 55. Uhly & Wolfram 48 Verkaufsstellen. Vereinigte Pommersche Meiereien 48 Verkaufsstellen. Stettiner Butterhalle Invalidenstr. 123 Stettiner Bahnhof. Georg Wunder, Fruchtstr. 70, Ecke Nibelungenstr.

Gebrüder Manns

48 eigene Detailgeschäfte. Nordstern 14 Filialen in Berlin N. u. NO. Schönfeldt, Britz, Chausseestr. 51. Schröter, R. 35 Verkaufsstellen. Schulz, Arthur, R. Hermannstr. 55. Uhly & Wolfram 48 Verkaufsstellen. Vereinigte Pommersche Meiereien 48 Verkaufsstellen. Stettiner Butterhalle Invalidenstr. 123 Stettiner Bahnhof. Georg Wunder, Fruchtstr. 70, Ecke Nibelungenstr.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

S. Grossmann, Landsbergerstr. 34. Henkes Sienenshaus, Marzuffeldstr. 94. Otto Hinz, Grünaustr. 2. Alb. Hinz, Weidenstr. Berliner Allee 28. Hertha Herold, Carmer-Sylvastr. 148. Jauliszewski, Felix, Eisenbahnstr. 79. Alb. Kell, Charlitz, Kaiser-Friedrichstr. 29. G. Laurent, Brunnenstr. 23. Gustav Mal, Schönhaus-Allee 177. Menzel K. Rixdorf, Hermannstr. 122. H. Penck, Schwedstr. 19. Eck. Beyer. W. Rutschke, R. Hermannstr. 82. Th. Schirbel, N. Stettinerstr. 8. C. Sommer, Franzstr. 44. Am IV 12866. Aug. Trothe, Wrangelstr. 11. Thiedtke, Rixdorf, Hermannstr. 84. Aug. Wandell, Rixd., Bergstr. 96. H. Zinke, Kottbuser Friedr. E. Priesterstr.

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung J. F. Assmann 29 Filialen in Berlin O. Oskar Beck 12 Geschäfte Dresdenstr. 37, Blicherstr. 11. Reichenbergerstr. 18 u. westl. Vorort. Vorzugspreise. Buntrock, W. Rixdorf, Boddenstr. 2. Drei Kronen Fischer, Ernst 14 a. Carl Davidsson Wiener Straße. Fried. Göseke, 7 Filialen. Rixdorf, Boddenstr. 2. Gebrüder Groh 40 Filialen in Berlin und Vororten. August Holtz 16 Detail-Geschäfte. Kersten, Gebr., Wörther-Str. 23 a. Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte. Paul Linder, Strelitzerstr. 63. Butterhandlung Fritz Muth. Gebrüder Manns 48 eigene Detailgeschäfte. Nordstern 14 Filialen in Berlin N. u. NO. Schönfeldt, Britz, Chausseestr. 51. Schröter, R. 35 Verkaufsstellen. Schulz, Arthur, R. Hermannstr. 55. Uhly & Wolfram 48 Verkaufsstellen. Vereinigte Pommersche Meiereien 48 Verkaufsstellen. Stettiner Butterhalle Invalidenstr. 123 Stettiner Bahnhof. Georg Wunder, Fruchtstr. 70, Ecke Nibelungenstr.

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung J. F. Assmann 29 Filialen in Berlin O. Oskar Beck 12 Geschäfte Dresdenstr. 37, Blicherstr. 11. Reichenbergerstr. 18 u. westl. Vorort. Vorzugspreise. Buntrock, W. Rixdorf, Boddenstr. 2. Drei Kronen Fischer, Ernst 14 a. Carl Davidsson Wiener Straße. Fried. Göseke, 7 Filialen. Rixdorf, Boddenstr. 2. Gebrüder Groh 40 Filialen in Berlin und Vororten. August Holtz 16 Detail-Geschäfte. Kersten, Gebr., Wörther-Str. 23 a. Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte. Paul Linder, Strelitzerstr. 63. Butterhandlung Fritz Muth. Gebrüder Manns 48 eigene Detailgeschäfte. Nordstern 14 Filialen in Berlin N. u. NO. Schönfeldt, Britz, Chausseestr. 51. Schröter, R. 35 Verkaufsstellen. Schulz, Arthur, R. Hermannstr. 55. Uhly & Wolfram 48 Verkaufsstellen. Vereinigte Pommersche Meiereien 48 Verkaufsstellen. Stettiner Butterhalle Invalidenstr. 123 Stettiner Bahnhof. Georg Wunder, Fruchtstr. 70, Ecke Nibelungenstr.

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung J. F. Assmann 29 Filialen in Berlin O. Oskar Beck 12 Geschäfte Dresdenstr. 37, Blicherstr. 11. Reichenbergerstr. 18 u. westl. Vorort. Vorzugspreise. Buntrock, W. Rixdorf, Boddenstr. 2. Drei Kronen Fischer, Ernst 14 a. Carl Davidsson Wiener Straße. Fried. Göseke, 7 Filialen. Rixdorf, Boddenstr. 2. Gebrüder Groh 40 Filialen in Berlin und Vororten. August Holtz 16 Detail-Geschäfte. Kersten, Gebr., Wörther-Str. 23 a. Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte. Paul Linder, Strelitzerstr. 63. Butterhandlung Fritz Muth. Gebrüder Manns 48 eigene Detailgeschäfte. Nordstern 14 Filialen in Berlin N. u. NO. Schönfeldt, Britz, Chausseestr. 51. Schröter, R. 35 Verkaufsstellen. Schulz, Arthur, R. Hermannstr. 55. Uhly & Wolfram 48 Verkaufsstellen. Vereinigte Pommersche Meiereien 48 Verkaufsstellen. Stettiner Butterhalle Invalidenstr. 123 Stettiner Bahnhof. Georg Wunder, Fruchtstr. 70, Ecke Nibelungenstr.

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung J. F. Assmann 29 Filialen in Berlin O. Oskar Beck 12 Geschäfte Dresdenstr. 37, Blicherstr. 11. Reichenbergerstr. 18 u. westl. Vorort. Vorzugspreise. Buntrock, W. Rixdorf, Boddenstr. 2. Drei Kronen Fischer, Ernst 14 a. Carl Davidsson Wiener Straße. Fried. Göseke, 7 Filialen. Rixdorf, Boddenstr. 2. Gebrüder Groh 40 Filialen in Berlin und Vororten. August Holtz 16 Detail-Geschäfte. Kersten, Gebr., Wörther-Str. 23 a. Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte. Paul Linder, Strelitzerstr. 63. Butterhandlung Fritz Muth. Gebrüder Manns 48 eigene Detailgeschäfte. Nordstern 14 Filialen in Berlin N. u. NO. Schönfeldt, Britz, Chausseestr. 51. Schröter, R. 35 Verkaufsstellen. Schulz, Arthur, R. Hermannstr. 55. Uhly & Wolfram 48 Verkaufsstellen. Vereinigte Pommersche Meiereien 48 Verkaufsstellen. Stettiner Butterhalle Invalidenstr. 123 Stettiner Bahnhof. Georg Wunder, Fruchtstr. 70, Ecke Nibelungenstr.

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung J. F. Assmann 29 Filialen in Berlin O. Oskar Beck 12 Geschäfte Dresdenstr. 37, Blicherstr. 11. Reichenbergerstr. 18 u. westl. Vorort. Vorzugspreise. Buntrock, W. Rixdorf, Boddenstr. 2. Drei Kronen Fischer, Ernst 14 a. Carl Davidsson Wiener Straße. Fried. Göseke, 7 Filialen. Rixdorf, Boddenstr. 2. Gebrüder Groh 40 Filialen in Berlin und Vororten. August Holtz 16 Detail-Geschäfte. Kersten, Gebr., Wörther-Str. 23 a. Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte. Paul Linder, Strelitzerstr. 63. Butterhandlung Fritz Muth. Gebrüder Manns 48 eigene Detailgeschäfte. Nordstern 14 Filialen in Berlin N. u. NO. Schönfeldt, Britz, Chausseestr. 51. Schröter, R. 35 Verkaufsstellen. Schulz, Arthur, R. Hermannstr. 55. Uhly & Wolfram 48 Verkaufsstellen. Vereinigte Pommersche Meiereien 48 Verkaufsstellen. Stettiner Butterhalle Invalidenstr. 123 Stettiner Bahnhof. Georg Wunder, Fruchtstr. 70, Ecke Nibelungenstr.

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung J. F. Assmann 29 Filialen in Berlin O. Oskar Beck 12 Geschäfte Dresdenstr. 37, Blicherstr. 11. Reichenbergerstr. 18 u. westl. Vorort. Vorzugspreise. Buntrock, W. Rixdorf, Boddenstr. 2. Drei Kronen Fischer, Ernst 14 a. Carl Davidsson Wiener Straße. Fried. Göseke, 7 Filialen. Rixdorf, Boddenstr. 2. Gebrüder Groh 40 Filialen in Berlin und Vororten. August Holtz 16 Detail-Geschäfte. Kersten, Gebr., Wörther-Str. 23 a. Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte. Paul Linder, Strelitzerstr. 63. Butterhandlung Fritz Muth. Gebrüder Manns 48 eigene Detailgeschäfte. Nordstern 14 Filialen in Berlin N. u. NO. Schönfeldt, Britz, Chausseestr. 51. Schröter, R. 35 Verkaufsstellen. Schulz, Arthur, R. Hermannstr. 55. Uhly & Wolfram 48 Verkaufsstellen. Vereinigte Pommersche Meiereien 48 Verkaufsstellen. Stettiner Butterhalle Invalidenstr. 123 Stettiner Bahnhof. Georg Wunder, Fruchtstr. 70, Ecke Nibelungenstr.

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung J. F. Assmann 29 Filialen in Berlin O. Oskar Beck 12 Geschäfte Dresdenstr. 37, Blicherstr. 11. Reichenbergerstr. 18 u. westl. Vorort. Vorzugspreise. Buntrock, W. Rixdorf, Boddenstr. 2. Drei Kronen Fischer, Ernst 14 a. Carl Davidsson Wiener Straße. Fried. Göseke, 7 Filialen. Rixdorf, Boddenstr. 2. Gebrüder Groh 40 Filialen in Berlin und Vororten. August Holtz 16 Detail-Geschäfte. Kersten, Gebr., Wörther-Str. 23 a. Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte. Paul Linder, Strelitzerstr. 63. Butterhandlung Fritz Muth. Gebrüder Manns 48 eigene Detailgeschäfte. Nordstern 14 Filialen in Berlin N. u. NO. Schönfeldt, Britz, Chausseestr. 51. Schröter, R. 35 Verkaufsstellen. Schulz, Arthur, R. Hermannstr. 55. Uhly & Wolfram 48 Verkaufsstellen. Vereinigte Pommersche Meiereien 48 Verkaufsstellen. Stettiner Butterhalle Invalidenstr. 123 Stettiner Bahnhof. Georg Wunder, Fruchtstr. 70, Ecke Nibelungenstr.

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung J. F. Assmann 29 Filialen in Berlin O. Oskar Beck 12 Geschäfte Dresdenstr. 37, Blicherstr. 11. Reichenbergerstr. 18 u. westl. Vorort. Vorzugspreise. Buntrock, W. Rixdorf, Boddenstr. 2. Drei Kronen Fischer, Ernst 14 a. Carl Davidsson Wiener Straße. Fried. Göseke, 7 Filialen. Rixdorf, Boddenstr. 2. Gebrüder Groh 40 Filialen in Berlin und Vororten. August Holtz 16 Detail-Geschäfte. Kersten, Gebr., Wörther-Str. 23 a. Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte. Paul Linder, Strelitzerstr. 63. Butterhandlung Fritz Muth. Gebrüder Manns 48 eigene Detailgeschäfte. Nordstern 14 Filialen in Berlin N. u. NO. Schönfeldt, Britz, Chausseestr. 51. Schröter, R. 35 Verkaufsstellen. Schulz, Arthur, R. Hermannstr. 55. Uhly & Wolfram 48 Verkaufsstellen. Vereinigte Pommersche Meiereien 48 Verkaufsstellen. Stettiner Butterhalle Invalidenstr. 123 Stettiner Bahnhof. Georg Wunder, Fruchtstr. 70, Ecke Nibelungenstr.

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung J. F. Assmann 29 Filialen in Berlin O. Oskar Beck 12 Geschäfte Dresdenstr. 37, Blicherstr. 11. Reichenbergerstr. 18 u. westl. Vorort. Vorzugspreise. Buntrock, W. Rixdorf, Boddenstr. 2. Drei Kronen Fischer, Ernst 14 a. Carl Davidsson Wiener Straße. Fried. Göseke, 7 Filialen. Rixdorf, Boddenstr. 2. Gebrüder Groh 40 Filialen in Berlin und Vororten. August Holtz 16 Detail-Geschäfte. Kersten, Gebr., Wörther-Str. 23 a. Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte. Paul Linder, Strelitzerstr. 63. Butterhandlung Fritz Muth. Gebrüder Manns 48 eigene Detailgeschäfte. Nordstern 14 Filialen in Berlin N. u. NO. Schönfeldt, Britz, Chausseestr. 51. Schröter, R. 35 Verkaufsstellen. Schulz, Arthur, R. Hermannstr. 55. Uhly & Wolfram 48 Verkaufsstellen. Vereinigte Pommersche Meiereien 48 Verkaufsstellen. Stettiner Butterhalle Invalidenstr. 123 Stettiner Bahnhof. Georg Wunder, Fruchtstr. 70, Ecke Nibelungenstr.

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung J. F. Assmann 29 Filialen in Berlin O. Oskar Beck 12 Geschäfte Dresdenstr. 37, Blicherstr. 11. Reichenbergerstr. 18 u. westl. Vorort. Vorzugspreise. Buntrock, W. Rixdorf, Boddenstr. 2. Drei Kronen Fischer, Ernst 14 a. Carl Davidsson Wiener Straße. Fried. Göseke, 7 Filialen. Rixdorf, Boddenstr. 2. Gebrüder Groh 40 Filialen in Berlin und Vororten. August Holtz 16 Detail-Geschäfte. Kersten, Gebr., Wörther-Str. 23 a. Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte. Paul Linder, Strelitzerstr. 63. Butterhandlung Fritz Muth. Gebrüder Manns 48 eigene Detailgeschäfte. Nordstern 14 Filialen in Berlin N. u. NO. Schönfeldt, Britz, Chausseestr. 51. Schröter, R. 35 Verkaufsstellen. Schulz, Arthur, R. Hermannstr. 55. Uhly & Wolfram 48 Verkaufsstellen. Vereinigte Pommersche Meiereien 48 Verkaufsstellen. Stettiner Butterhalle Invalidenstr. 123 Stettiner Bahnhof. Georg Wunder, Fruchtstr. 70, Ecke Nibelungenstr.

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung J. F. Assmann 29 Filialen in Berlin O. Oskar Beck 12 Geschäfte Dresdenstr. 37, Blicherstr. 11. Reichenbergerstr. 18 u. westl. Vorort. Vorzugspreise. Buntrock, W. Rixdorf, Boddenstr. 2. Drei Kronen Fischer, Ernst 14 a. Carl Davidsson Wiener Straße. Fried. Göseke, 7 Filialen. Rixdorf, Boddenstr. 2. Gebrüder Groh 40 Filialen in Berlin und Vororten. August Holtz 16 Detail-Geschäfte. Kersten, Gebr., Wörther-Str. 23 a. Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte. Paul Linder, Strelitzerstr. 63. Butterhandlung Fritz Muth. Gebrüder Manns 48 eigene Detailgeschäfte. Nordstern 14 Filialen in Berlin N. u. NO. Schönfeldt, Britz, Chausseestr. 51. Schröter, R. 35 Verkaufsstellen. Schulz, Arthur, R. Hermannstr. 55. Uhly & Wolfram 48 Verkaufsstellen. Vereinigte Pommersche Meiereien 48 Verkaufsstellen. Stettiner Butterhalle Invalidenstr. 123 Stettiner Bahnhof. Georg Wunder, Fruchtstr. 70, Ecke Nibelungenstr.

Westmann

1. Geschäft: Mohrenstr. 37a. 2. Geschäft: Gr. Frankf.-Str. 115. Bei Vorzeigung 5% Rabatt. Damenkleiderstoffe Adolf Dannemann Oranienstr. 180. Drogen u. Farben Adler-Drogerie, O. Müggelstr.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

Die Vereinigung der Fahrer des kaiserlichen Automobilklubs hält heute, Sonnabend, den 24. Februar, ein Kostümfest in den Sammerfäden, Zeltower Str. 1-4, ab. Da die Sammerfäden für die organisierten Arbeiter zur Verfügung nicht zur Verfügung stehen, aber versucht wird, bei den Chauffeuren und in Arbeiterkreisen Willeits umzusetzen, bitten wir, die Willeits zurückzuweisen.

Am Sonnabend, den 24. Februar, hält der Radfahrerverein „Schwalbe“ im Lindenpark in Zehlendorf ein Vergnügen ab, und der Ruderverein „Grüne Eiche“ veranstaltet daselbst im Lokale Kaiserhof einen Madlenball. Beide Lokale stehen der organisierten Arbeiterklasse nicht zur Verfügung und bitten wir, die Veranstaltungen zu meiden.

Ferner teilen wir mit, daß am Mittwoch, den 28. Februar, der Verein der Wochenmarkt-Standhaber im Leberbergers Haus am Alexanderplatz ein Vergnügen abhält; das Verkehrervergnügen wird für Verammlungen verweigert. Da versucht wird, in organisierten Kreisen Willeits umzusetzen, bitten wir, dieselben zurückzuweisen.

Weiter machen wir darauf aufmerksam, daß in Mariendorf T.-B. sich folgende Witte beharrlich weigern, der Arbeiterklasse ihre Säle zur Verfügung zu stellen: Freiburg, Restaurant und Garten, Chausseestr. 272; Herolds Festhalle, Chausseestr. 283; Schwarzer Adler (W. Haal), Chausseestr. 42/43; A. v. Niedrowsky, Marienhöhe. Alle anderen Lokale sind frei.

In Neutichen T.-B. stehen und nun mit Ausnahme von Rungels Restaurant alle Lokale zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Zweiter Landtagwahlbezirk.

Am Sonntag früh findet eine Flugblattverbreitung im Aubert von den bekannten Bezirkslokalen aus statt.

Lichtenberg. Sonntag früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus.

Mariendorf. Die für Sonntag festgelegte Flugblattverbreitung muß umständehalber auf Montag, den 26. d. Mts., verlegt werden. Ebenso findet die öffentliche Wählerversammlung nicht am Montag, sondern am Mittwoch statt. Der Vorstand.

Tegel. Sonntag früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung. Nach derselben in den Bezirkslokalen Extra-Zähltag. — Um 2 Uhr: Treffpunkt an der Endhaltestelle der Straßenbahn, Hauptstraße, zum Abmarsch nach Heiligensee. Die Bezirksleitung.

Reinickendorf-Ost. Sein Stiftungsfest feiert der Wahlverein heute abend im Schützenhaus, Rehdengstr. 1-2. Sieder zur Laute, gesungen von Frä. Marianna Geher, sowie ernste und heitere Rezitationen von Feil Richard (Deutsches Theater) leiten den humoristischen Abend ein. Willeits (30 Pf.) sind noch bei den Bezirksführern zu haben. Der Bildungsausschuß.

Vorligwalde-Wittenau. Sonntag vormittag 9 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus. Die Bezirksleitung.

Heiligensee, Konradshöhe, Tegelort, Schulzendorf. Sonntag nachmittag 3 Uhr im Restaurant „Heiligener Schweiz“, Sandhausen: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Gemeindevertreterwahl. Referent: Stadtverordneter Eugen Dr. A. n. e. r. 2. Aufstellung eines Kandidaten. Die Bezirksleitung.

Niederlehme. Sonntag, den 25. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Lokal von Emil Gärlich (Zab. War. Rörchel): Gemeindevählerversammlung. Tagesordnung: 1. Die Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Gemeindevertretung und warum beteiligten wir uns daran? Referent: Genosse J. a. b. e. l. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Kandidaten.

Früh 8 Uhr: Handzettellverteilung von G. Koch und Max Rörchel aus.

Hermesdorf (Nordbahn). Montag, den 26. Februar, abends 8 Uhr, im „Försthaus“: Öffentliche Gemeindevählerversammlung. Tagesordnung: Vortrag über: „Die Sozialdemokratie in der Kommune.“ Referent: Stadtv. Conrad-Neufuß. Sorgt für guten Besuch der Versammlung.

Berliner Nachrichten.

Die Groß-Berliner Spielplatzfrage behandelt Bürgermeister Reide in einem längeren Aufsatz der „Vossischen Zeitung“, die ja die Stadt Berlin und ihre ersten Beamten mit Vorliebe benutzen, um Formwörter gegen die Stadtverwaltung zu entkräften. Herr Dr. Reide nimmt Bezug auf eine am 12. Februar im Reichstagen unter dem Vorsitz des ehemaligen Staatssekretärs Dernburg abgehaltene Besprechung, in der behauptet worden sein soll, daß 333 000 Groß-Berliner Volksschulkinder ohne Spielplatz seien. Er erklärt, schon mit Rücksicht auf seine amtliche Stellung diese falsche Darstellung nicht ruhig hinnehmen zu können, und führt an der Hand amtlichen Quellenmaterials folgendes an:

Im Laufe der letzten 6 bis 8 Jahre sind die Spielplätze an vielen Stellen ganz erheblich vermehrt worden, beispielsweise im Kreptomer Park und im Plänterwald derart, daß an Stelle der früheren 4,25 Hektar jetzt über 29 Hektar an Spielflächen vorhanden sind, zu denen im laufenden Jahre noch weitere 2,67 Hektar hinzutreten werden. Nach seinen Listen hat Dr. Reide 163 Hektar Spielflächen zusammengestellt, nämlich 40,72 Hektar auf Rasenflächen, 4,50 Hektar auf Kiesflächen, 53 Hektar auf Blähen und plattartigen Strahlenflächen, 50 Hektar auf Gergierplätzen, 15,82 Hektar auf Vorortgelände. Dabei sind nicht mitgerechnet 125 Hektar des Volksparks in der von der Stadt im vorigen Jahre angekauften Wuhleide mit einer großen Anzahl noch nicht bestimmt abgegrenzter Spiel- und Tummelplätze, daß 8 Hektar große, bisher als freier Spielplatz benutzte sogenannte Aufmarschgelände mit seiner über 200 Meter langen Modelbahn, das ehemalige Johannisspitzgelände mit seinem eben ausgeführten umfangreichen Spielplatz, der Tiergarten, der neben zahlreichen kleineren Spielflächen auch einige größere am Hippodrom aufweist, endlich die sämtlichen Schulhöfe der höheren und niederen Schulen, auf deren einigen nachmittags schon gespielt wird und die noch zu einem großen Teile, nach Herrn Reides Jugendverständnis, sehr wohl zu Spielweden auch außerhalb der Schulzeit benutzt werden könnten. Ferner hat eine innerhalb des letzten halben Jahres angestellte Umfrage, auf die nur 15 Vororte eine Antwort erteilten, ergeben, daß hier fast 68 Hektar als Spielflächen benutzt werden. Das ergibt also insgesamt rund 230 Hektar für etwa 234 000 Volksschulkinder in Berlin und etwa 129 000 in den Vororten.

Wenn nun in obiger Besprechung behauptet wurde, daß den Schulkindern Groß-Berlins nur 10 Hektar Spielflächen zur Verfügung stehen, so scheint das allerdings recht erheblich unterschätzt zu sein oder sich auf Zustände früherer Jahre zu beziehen. Aber auch die Zahlen, die Herr Dr. Reide anführt, sind eben nur Zahlen und dürfen nicht darüber hinwegsehen lassen, daß, wie auch der Herr Bürgermeister selbst zugestimmt, das Bedürfnis an Spielplätzen noch groß genug ist. Nicht nur auf die Zahl der Spielplätze, nicht auf ihre Größe kommt es allein an, sondern noch

mehr auf ihre richtige Verteilung, also auf ihre Anlage auch an solchen Stellen, wo entsprechend der Bevölkerungsdichte und demnach auch der Kinderzahl das Bedürfnis ganz besonders stark hervortritt. Wir haben unbekanntlich dichtbevölkerte Stadtteile, in denen der Spielplatzfrage seitens der Stadtverwaltung nicht die notwendige Beachtung gewidmet wird. Das sieht man ja jetzt wieder bei dem von der Stadt angekauften Gergierplatzgelände an der Schönhauser Allee, wo ganz offensichtlich das Bestreben vorherrscht, die anfangs projektierte Spielfläche nach allen Regeln „städtischer Goldmacherkunst“ kräftig zu beschneiden. Die neueren großen Spielplätze, die immer mehr nach der Reichsbildgrenze und darüber hinaus gelegt werden, haben — wenigstens heute — noch nicht den Wert, den man ihnen städtischerseits schon jetzt beimißt. Sie werden von den Berliner Schulkindern nur minimal besucht, weil sie von den elterlichen Wohnungen zu weit entfernt liegen. Wenn Dr. Reide 15 Hektar Vorortgelände anführt, so sind damit offenbar die Ferienspielplätze gemeint, die nur für fünf Wochen Ferienzeit in Betracht kommen. Man kann sogar vermuten, daß diese 15 Hektar in den von den Vorortgemeinden aufgerechneten 63 Hektar mitenthalten sind. So richtig, wie der Herr Bürgermeister die Sache ansieht, ist sie also keineswegs. Es muß noch sehr viel getan werden, um den Groß-Berliner, besonders aber den eingemauerten Berliner Schulkindern das nötige Maß an Bewegung in guter freier Luft mit Spiel und Sport derart zu sichern, daß die Betätigung auf dem entfernten Spielplatz nicht bloß allenfalls ein Sonntagsvergnügen ist.

In der Säuglingsfürsorgeheile I findet wieder unentgeltlicher Unterricht in Säuglingspflege mit praktischen Übungen statt. Rechnungen schriftlich oder mündlich von 2 bis 4 Uhr im Bureau des Kinderhauses, Blumenstr. 97.

Das Postamt 58 in der Danziger Straße 3 soll in absehbarer Zeit verlegt werden. Zeit wird das auch, denn es gibt in ganz Berlin kein zweites, ähnlich stark besuchtes Postamt, welches so unzulängliche Räume aufzuweisen hat. Der Platz ist hier an allen Ecken und Enden derart beschränkt, daß allmonatlich die Unfall- und Invalidenrenten in einem benachbarten Restaurationslokal ausgezahlt werden müssen. Besonders auch die Schalterräume sind längst völlig unzureichend geworden. Die Postverwaltung sucht bereits nach einer geeigneten Unterkunft in der Nachbarschaft und soll sich bemühen um zwei städtische Grundstücke, nämlich um das in der Eberswalder Straße, welches neben dem dortigen Standesamt zur Feuerwache in der Oberberger Straße hinüberführt, sowie um die leerstehende Markthalle in der Rörcher Straße. An sich würden diese Grundstücke für einen Postneubau beziehungsweise für den Umbau des Markthallengebäudes recht geeignet sein, aber den Bewohnern der nördlichen Schönhauser Vorstadt wäre nicht damit gebüht, daß das neue Postamt mit Vollbetrieb noch mehr nach dem Stadtkern zurückgelegt wird. Es würden dann zwei große Postämter, Nr. 37 in der Schwedter Straße und Nr. 58, nur fünf Minuten voneinander entfernt liegen, während der ganze große Stadtteil nördlich der Danziger Straße bis weit über die Ringbahnbrücke hinaus postalisch recht kümmerlich bedacht ist.

Pastor Diebstall, mit dem wir uns häufiger beschäftigen mußten, wurde vorgestern zu Grabe getragen. Infolge von kirchlichen Anordnungen auf pekuniärer Grundlage war er seit Jahren von der Kanzel abgesetzt, doch verließ ihn auch nachdem nicht die Stärke echt christlichen Glaubens an den Erfolg der Spekulation. Diebstall hatte es verstanden, durch allerlei fromme Gründungen von Vereinen, Heimen und dergleichen eine zahlreiche Privatgemeinde um sich zu scharen und auch an den höchsten Stellen Ansehen zu finden. Dem Volke stand der brave Mann, der stets in erster Linie an sich selbst dachte, gänzlich abseits.

An der städtischen Fachschule für Maschinenbauer am Gewerbesaal, Berlin O., Strahmannstr. 6, hat der Magistrat von Berlin eine Neuordnung getroffen, welche es jetzt ermöglicht, sowohl zu Ostern als auch zu Michaelis in die Anstalt einzutreten. Während bisher für den nur im Oktober beginnenden Jahreskurs solche Mitglieder des Metallgewerbes zugelassen wurden, die sich genügende Vorkenntnisse in den Abend- und Sonntagsschulen des Gewerbesaales oder in einer ähnlichen Anstalt angeeignet hatten, können in Zukunft für eine neu eingerichtete dritte Klasse auch Bewerber zugelassen werden, die nicht die Gelegenheit hatten, derartige Vorbereitungslehre zu besuchen. Für diese Teilnehmer dauert die Ausbildung dann drei Halbjahre. Außer einer mindestens dreijährigen Praxis ist nur der Nachweis einer guten Volksschulbildung nötig. Der erfolgreiche Besuch der Fachschule für Maschinenbauer befähigt die Teilnehmer zur Uebernahme einer Stellung als Betriebsbeamter (Werksmeister, Maschinenmeister, Betriebsassistent oder Betriebsbedienter) oder als Konstruktionszeichner und Techniker in der Maschinenindustrie, der Eisenkonstruktionsbranche, in Kunst- und Bauhölzereien und bei städtischen Verwaltungen. Die Anmeldungen für den im April beginnenden Kursus müssen jetzt erfolgen. Programme sind im Bureau des Gewerbesaales, Strahmannstr. 6, erhältlich.

Einen schweren Mißgriff der Lichtenberger Kriminalpolizei bedeutet die Verhaftung des Kassenbeamten Schabel, dessen Freilassung am Donnerstag erfolgt ist. Die Gründe, aus denen zur Verhaftung Schabels geschritten wurde, sind so fadenähnlicher Natur, daß gegen die polizeiliche Maßnahme im Interesse der Sicherheit des Publikums gar nicht scharf genug Protest eingelegt werden kann. Wo soll es denn hinkommen, wenn man auf Grund irgendeines Gerüchtes ohne weiteres als des Mordes verdächtig eingesperrt wird. Da ist ja niemand mehr sicher, als Mörder in Haft genommen zu werden. Und selbst wenn die Freilassung erfolgt, so ist der einmal Verdächtige immer noch schwer geschädigt. Es scheint, daß unsere Kriminalpolizei zu leicht zu Verhaftungen schreitet. Das hat sich im Falle der ermordeten Witwe Hoffmann aus der Blumenhastraße in recht deutlicher Weise gezeigt. Nicht weniger denn drei Personen wurden hintereinander als Mörder verhaftet. Ruhete man einen Verhafteten freilassen, so wurde bald darauf ein anderer als Mörder in Haft genommen. Und jeder war sicher der Mörder. Sofort wird die Nachricht von der Verhaftung in die Welt hinausposaunt und die schweren Verdachtsmomente werden bekanntgegeben. Aber niemand rührt sich, wenn der Verdacht als grundlos sich herausstellt, dem Unschuldigen öffentlich Verungeltung zu geben. Es ist die höchste Zeit, daß Maßnahmen getroffen werden, um die Sicherheit des Publikums vor ungerechtfertigter Verhaftung zu schützen. Und nicht nur gegenüber der Kriminalpolizei, sondern auch gegen die Staatsanwaltschaft. Erst kürzlich mußten wir berichten, daß in dem Anarchistenprozess in Sachen des desertierten Pioniers Kürnberger gegen zehn Anarchisten sich herausstellte, daß eine Reihe von Angeklagten über 4 Monate in Untersuchungshaft gehalten worden waren, obgleich die Anklage sich aufbaute auf Aussagen eines Geisteskranken, gegen den das Militärgericht das Verfahren eingestellt hatte. Es ist besonders erwähnenswert, daß im letzteren Falle wie im Falle Schabel der Landrichter Scheifers als Untersuchungsrichter fungierte.

Der Kleiderfund in Ober-Schöneweide in der Wasserstraße hat zur Ermittlung des Besitzers der Kleider geführt. Es handelt sich um die Kleider des Tapezierers Gottmannshausen, Triftstr. 7 wohnhaft. Die Leiche des G. ist noch nicht gefunden. Wie G. nach Ober-Schöneweide gerufen ist, ist völlig unauflöslich. Wie uns die Frau

des Tapezierers G. mitteilt, hätten Damenkleider nicht bei den Herrenkleidern gelegen.

Unterhaltungen bei der Vorligwalder Terrain-Akt.-Ges. Der Aufsichtsrat hat nach dem vor einigen Tagen erfolgten plötzlichen Tode des Begründers und langjährigen Direktors Hempel eine außerordentliche Revision vornehmen lassen, die ergab, daß der Verstorbenen sich strafbare Handlungen zuschulden kommen ließ, die anscheinend sämtlich in die letzten Monate fielen. Unter Berücksichtigung geleisteter Garantien dürfte der Gesellschaft möglicherweise hieraus ein Schaden von etwa 85 000 M. entstehen. Die Bilanz per 31. Dezember 1910 wies bei einem Aktienkapital von 3 800 000 M. eine Gewinnreserve von 1 114 443 M. auf, neben dem gesetzlichen Reservefonds von 59 340 M. Die Fertigstellung der Bilanz per 31. Dezember 1911 ist behufs eingehender Nachprüfung der Vorgänge einer Treuhändergesellschaft übertragen worden.

Der Aufsichtsrat, in dem die bei der Vorligwalder Terrain-Akt.-Ges. interessierte Bank für Handel und Industrie vertreten ist, hat bereits im Dezember eine Revision vorgenommen, die aber keine Unrichtigkeiten ergab. Hempel wußte seine Unternehmung durch geschickte falsche Angaben zu verdecken. Er verwandte die baren Hypothekeneingänge zum Teil für eigene Rechnung und benutzte die unterschlagenen Gelder zu umfangreichen Börsen- und Grundstückspekulationen. Die Affäre dürfte auch den Abgang des zweiten Direktors, Dr. Geride, zur Folge haben. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt 3 800 000 M., sie ist an der 1004 gegründeten Eisenbahnbetriebs-Gesellschaft Tegel-Vorligwalde und an der Grundstücks-Gesellschaft Röhlsstraße m. b. H. beteiligt.

Der Raubmörder Trenkler

hat gestern morgen sein Geständnis abermals erweitert und folgendes angegeben: Er habe sich nicht nur schon in der Heimat mit einem Schloßeisen versehen, sondern sich in Berlin in der Kommandantenstraße auch ein Revolver gekauft, um unter Umständen von ihm Gebrauch zu machen. Er behauptet zwar, daß er sich außer dem Schulischen Geschäft auch noch andere Juweliergeschäfte für seinen Raubplan angesehen habe, es ist aber wohl anzunehmen, daß er es sofort auf den Laden von Schulze abgesehen hatte, weil er diesen von früher her kannte. Bevor er den Laden betrat, nahm er das Nordwerkzeug aus der Kasse heraus und steckte es in die Tasche. Im Laden zeigte er zunächst Frau Schulze seine Zeichnungen, wie er sagt, stellten sie zum Teil Automobilüberzierungen dar, die aus Stein gearbeitet werden sollten. Zum Schluß wollte er die Frau veranlassen, sich für diese Arbeiten zu interessieren. Als sie erwiderte, daß solche Arbeiten in ihrem Geschäft nicht gemacht würden, wünschte er Schmuckstücke zu sehen. Dann kam er aber wieder auf seine Zeichnungen zurück, erinnerte Frau Schulze an die frühere Zeit, in der er als Student der technischen Hochschule öfter in ihrem Geschäft gewesen sei und erreichte es dadurch, daß sie sich seine Entwürfe näher ansah. Als sie sich hierbei über die Zeichnungen beugte, um sie besser betrachten zu können, schlug er sie nieder.

Die Tochter Margarete, die unerwartet in das Zimmer trat, wurde ohne weiteres niedergebunden. Dagegen entspann sich zwischen Trenkler und dem Juwelier Schulze ein ziemlich erregter Kampf.

Von seinem eigenen Führer überfahren und getötet wurde gestern früh um 6 Uhr der 67 Jahre alte Ruderer Stödel vom Charlottenburger Meer 55/56, der bei der Friesch-Asphaltgesellschaft beschäftigt war. Als er mit einem Asphaltwagen durch die Heilige Straße fuhr, fiel er plötzlich vom Wagen, folgte mit dem Kopf auf das Pflaster auf und kam auch noch in unglücklichem Liegen, daß zwei Räder ihm über den Körper gingen. Der Verunglückte wurde nach der nahegelegenen Charité gebracht, wo er bald nach der Aufnahme verschied. Er war verheiratet und Familienvater.

Fabrikbrand in der Ritterstraße. Ein größerer Fabrikbrand brach gestern früh 5 Uhr in der Ritterstr. 88 aus und beschäftigte die Feuerwehr über vier Stunden. Die Gefahr wurde von einem Feiger der 112. und 128. Gemeindebottelschule in der Wasserstraße 81 bemerkt, der auch die Feuermeldung erstattete. Die Löscharbeiten rückten daher auch nach der Schule aus, die an das Hintergrundstück Ritterstr. 88 angrenzt. Es brannte im dritten Stock eines Seitenflügels die Koffer- und Lederwarenfabrik von Richard Leffkowitz, und die Flammen hatten auch schon einen Teil des Dachstuhls erfaßt. Um keine Zeit zu verlieren, erfolgte der Löschargriff gleich von dem Schulgrundstück aus. Ueber Steckleitern und Treppen hinweg drangen die Mannschaften nach dem Brandherd vor. Obgleich mit zwei Rohren Wasser gegeben wurde, konnte doch nicht verhindert werden, daß ein Lagerraum der Kofferfabrik ausbrannte und der Dachstuhl in erheblicher Ausdehnung zerstört wurde. Unfälle sind bei den Löscharbeiten nicht vorgekommen. Die Ursache des Brandes konnte nicht ermittelt werden. Eine Betriebsprüfung tritt bei der Firma nicht ein. — In der Königsgräber Straße 6 hatte die Feuerwehr in der Nacht einen Brand in einem Ausstellungsraum für Klaviere zu beseitigen.

Jugendgefahr. Der junge Mann, der Zeuge des Zusammenstoßes der Straßenbahn mit einem Dreiradfahrer in der Oranienstraße am 21. d. M., nachmittags 4 Uhr, war, wird gebeten, seine Adresse in der Konditorei Paul Adler, Wrangelstr. 87, abzugeben.

Die Ortsgruppe Berlin des Arbeiter-Radsfahrer-Bundes „Solidarität“ feiert heute in der „Neuen Welt“ ihr diesjähriges Wintervergnügen. Das sehr reichhaltige Programm wird allen Festteilnehmern sicher recht heitere Stunden bereiten. Der Eintritt beträgt 60 Pf. inkl. Tanz. Anfang 8 Uhr.

Vorort-Nachrichten.

Neufuß (Nirsdorf).

Die Stadtverordnetenversammlung resp. der von ihr noch vorhandene Rest hat in der Sitzung am Donnerstag zunächst für die Arbeitsfähigkeit der Verwaltungs-Deputationen Sorge zu tragen. Durch die Rastierung der 28 Mandate durch das Oberverwaltungsgericht sind 16 Deputationen und Kommissionen, darunter die weitaus wichtigsten, fast völlig dezimiert worden. Die Fraktionen waren daher übereingekommen, eine bis zur Vervollständigung der Versammlung durch die Wahlen im April provisorische Ergänzung vorzunehmen. Den Vorschlägen des Wahlausschusses, für den Stadtv. Foye referierte, stimmte die Versammlung einstimmig zu.

Hierauf folgte die Beratung des 86. Millionen-Etats für 1912. Der Rammerey Stadtrat A. l. a. r. t. leitete die Generaldebatte ein. Die Entwicklung einer Stadt spiegelte sich im Etat wieder. Die Etats schlossen ab in den Jahren 1900 mit 5, 1902 mit 9, 1904 mit 12, 1906 mit 16, 1908 mit 18, 1910 mit 31 Millionen Mark und jetzt sind es 86 Millionen Mark. Die Verarbeitung des ersten Haushaltsvoranschlags von Neufuß sei schwierig gewesen, sei doch ein Reibetrag von vornherein sicher und stände doch bei uns einem Einkommensteuersoll von 2 185 000 M. allein schon über 3 Millionen Mark an Ausgaben für die Schulverwaltung gegenüber. Neufuß hat in dem Wirtschaftsjahr Groß-Berlin mit seiner immer mehr hervortretenden Scheidung von Betriebs- und Wohngebiete einen ungünstigen Platz. Die auf Grund des Kommunalabgabengesetzes mögliche finanzielle Heranziehung von Nachbargemeinden nützte, wie die Schulkassenprozesse gegen Berlin es beweisen, nicht viel. Der laufende Etat schneide in den Fin-

nahmen schlecht ab; die Einkommensteuer bleibe um 100 000 M., die Umsatzsteuer um 250 000 M. gegen das Soll zurück. Nur durch einige Mehreinnahmen und Ersparnisse werde man beim Abschluß mit einem blauen Auge davonkommen. Das sei auch nur unter Zuhilfenahme der Heberbeschlüsse aus den Vorjahren möglich. Trotzdem müßten diese als Vortrag zu den Etats künftig verschwinden; sie seien eine Verschleierung der tatsächlichen Verhältnisse. Große Aufgaben ständen bevor: 12 Millionen seien in den nächsten Jahren für größere kommunale Einrichtungen und Bauten nötig; die Schnellbahn werde erhebliche Kosten bringen; das Krankenhaus lasse über 200 000 M. Betriebskosten mehr erwarten; die Kosten für den Zweckerband ließen sich noch gar nicht absehen. Deshalb müsse bei Gestaltung des Etats auch auf die Zukunft Bedacht genommen werden. Erfreuliche Nachrichten seien unter den Einnahmen die städtischen Werke mit ihrer vorzüglichen Rentabilität. Die Gasanstalt rechte mit einem Reingewinn von 1 706 000 M., das neue Elektrizitätswerk bereits mit einem solchen von 360 000 M., während im städtischen Omnibusbetrieb sich jetzt Einnahmen und Ausgaben deckten. Als erste Gemeinde Groß-Berlins wolle die Stadt das Anschlagwesen selbst in die Hand nehmen und rechte mit einem Gewinn von 20 000 M., der auf 40—50 000 M. später steigen dürfe. Aus den Wärfen kommt eine Einnahme von 160 000 M., von den Friedhöfen 16 000 M. Trotz alledem müßten die Gemeinde Steuern zur Belange des Etats mit 5 229 900 M. verhalten. Auf der Rehrseite der Medaille finde man, daß die Kammerverwaltung einen Zuschuß von annähernd 5 Millionen Mark erfordert. Darunter befinden sich 90 000 M., welche für Aufbesserung der Arbeiterlöhne und Beamten- und Lehrergehälter ab 1. Oktober d. J. bestimmt seien. Das Krankenhaus belaste den Etat mit mehr als 300 000 M. Ueber die Gestaltung des Steuerplanes spräche man am besten erst, wenn der Rechnungsausschuß den Etat durchgearbeitet habe. Zur Erhöhung der Einkommensteuer auf 110 Proz. würde nützlich sein, erst die Haltung der anderen Gemeinden Groß-Berlins kennen zu lernen.

Stadt, Gröppler (alte bürgerl. Frkt.) glaubt an der Kammerverwaltung noch einiges im Ausschuß streichen zu können. Die vorgeschlagene verschiedene Besetzung der Grundwertsteuer für hiesige und auswärtige Besitzer sowohl, als auch die Erhöhung der Gewerbesteuer und Lustbarkeitssteuer sei bedenklich. In die vom Kammerer in einigen Jahren erhofften Steuermehreinnahmen glaube Redner nicht.

Stadt, Winter (komm. Fortsch.) wünschte, daß die Ausgaben des Zweckerbandes auch auf Schul-, Armen- und Krankenpflege ausgedehnt werden. Die beabsichtigten Gehaltsaufbesserungen würden besser schon am 1. April durchgeführt. Die Befolgung der Lehrer sei rückständig, obwohl diese hier mehr Schüler und mehr Unterrichtsstunden haben. Das schädige uns natürlich; denn die besten Kräfte gingen dahin, wo es höhere Gehälter gibt.

In großzügiger Rede bespricht Stadt, Dr. Silberstein (Soz.) den Etat. Durch die Reden des Kammerers und der anderen Vorgesetzten ginge allgemein ein Zug der Resignation, der in Rücksicht auf das ungünstige Ergebnis des Etats sehr bedauerlich sei. Warum da also nicht über die unbedingt notwendige Steuererhöhung auf 110 Proz. reden? Einer müßte doch endlich den Anfang machen, dann würden die anderen folgen. Gewiß würde das die Wähler der 3. Abteilung am meisten treffen; ihr ausgeprägter Sinn für das Allgemeinwohl bestimme die Arbeiter zur Zustimmung, wenn die Kulturaufgaben so seien, wie bei uns. Gerade Neulöhne, das nun mal Arbeiterstadt Berlin sei und bleiben werde, müsse ein Einsehen haben und endlich mit der an Warenhausmethoden erinnernden Unterbrechung der Gemeinben gegeneinander als der „billigsten“ ein Ende machen. Den Kaden könne Neulöhne nicht mitspinnen, an dessen Ende das reiche Wilmersdorf hängt, das übrigens auch ganz zu unrecht trotz angeführter Tatjache, daß es ganze 130 000 M. für Krankenhauspflege ausbleibt. Die Einkommensteuer würde nicht — wie man immer behaupte — unseren Kredit schädigen, sondern der Stadt sehr viel nützen. Die vorgeschlagene Progression der Gewerbesteuer sei an sich richtig, doch lege sich keine Praxien noch nicht fest, da sie bestimmt eine zu starke Belastung der kleinen Gewerbetreibenden verbüten wolle. Die Lustbarkeitssteuer lehne sie grundsätzlich ab, obwohl er und seine Freunde dem Streben des Magistrats, der Kinematographensteuer zu steuern, auf anderem Wege zu folgen bereit seien. Diese den Geschmack des Volkes verbillenden und verderbenden „Kien-töpfe“ mit ihren widerwärtigen Reklamen seien gewiß eine sittliche Gefahr, durch Besteuerung sei ihnen aber nicht beizukommen. Der Magistrat sollte endlich einmal energisch den Polizeikosten zu Leibe gehen, die ungleichermaßen steigen und schon eine halbe Million betragen. (Allseitiges „Sehr richtig!“) Für den Zweckerband seien 20 000 M. ausgeworfen. Wenn der Kammerer diesem noch mehr Aufgaben zuweisen will, so übersehe er, daß darüber das städtische preussische Dreiklassenparlament bestimme. Bei der ganzen Geschichte würden die Gemeinben wieder der leidende Teil sein; denn, wenn der Fiskus die Wälder der Umgegend mit den paar übrig gebliebenen Kiefern dem Zweckerband aufgehängt haben wird, dann dürfe es auch mit dem letzteren zu Ende sein. In Groß-Berlin wird das Ende der Finanznot nur durch eine großzügige Umverteilung erreicht werden. Die Arbeitslosenversicherung betrachte man selbstmörderisch auch stets in diesem Rahmen; der Zweckerband könne sie aber nach dem Gesetz gar nicht durchführen. Wo sei übrigens die „namhafte Summe“, welche man dafür in den Etat einzuführen versprach? Noch mehr Versprechungen erfülle der Etat nicht. Der Krankenhäuserweiterungsplan solle beschleunigt werden. Es gehehe trotz der Notlage nichts, so daß den 120 Aufnahmen im Monat 51 Abweisungen gegenüberstehen. Wie bei diesen schlimmen Zuständen im nächsten Winter durchgekommen werden soll, da möge der Magistrat die Verantwortung tragen. Die Schulhygiene sei ebenfalls mangelhaft. Der Bosen für Brausebäder sei gar um 1200 M. gekürzt worden, ansatz für Ausbreitung derselben durch erzieherischen Einfluß auf Kinder und Eltern zu wirken. Vom zugelegten Ausbau des Schularztes, dessen Zweck zur Bekämpfung von Epidemien sehr nützlich sei, verlange nichts. Die dem Etat beigegebene Vorlage über Einführung der Schulgesundheitspflege wolle etwas, was man nicht als solche bezeichnen könne. Was seien 2400 M. für 33 000 Schulkinder? Die für das Gros der letzteren beabsichtigte freiwillige Beteiligung, wozu die Eltern pro Jahr und Kind 1 M. zahlen sollen, werde dahinführen, daß nur ein kleiner Bruchteil der Kinder die so bitter notwendige Zahnpflege erhalte. Seine Praxien werde daher beantragen, mit 10 000 M. zunächst eine Zahnklinik einzurichten, um so einen ordentlichen Anfang zu machen. Die schwierige Frage des Schnellbahnwens müsse beschleunigt der Lösung zugeführt werden. Und was sei es eigentlich mit der Badeanstalt? Jetzt, nach Jahren, steht endlich der Bau aus, so daß man im Zweifel sein kann, ob man die Eröffnung noch erleben wird. Sicher werde sich die Badeanstalt rentieren, wenn sie nicht gar Heberbeschlüsse bringe. Die Übernahme des Platzwens in städtische Regie sei zu begrüßen. Die Errichtung von Regiebetrieben werde überhaupt ein finanzieller Reingewinn für uns sein. Angeht es der Heberbeschlüsse der städtischen Werke müsse es daher immer wieder scharf getödeln werden, daß die Wasserversorgung der Stadt bis 1907 von neuem dem Privatkapital ausgeliefert worden sei, das uns mit einem Wiffen von 10 000 M. abspeißt. Die sozialdemokratische Fraktion werde zu ihrem Teil im Ausschuß alles tun, um dem Allgemeininteresse zu dienen und hoffe, daß über sehr bescheiden gestellten Anträge Annahme finden. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Etat ging hierauf an den Rechnungsausschuß.

In der städtischen Anstalts- und Hefersstelle für Alkoholfranke, Steinmetzstraße 113, part., erteilt Herr Lehrer A. Riemann an jedem Mittwoch von 5—6 Uhr nachmittags jedermann unentgeltlich Auskunft über die Alkoholfrage.

Ober-Schönevide.
Bericht über die Tätigkeit unserer Genossen im Gemeindepament
erläutert in einer am Dienstag, den 20. Februar, im Restaurant
Wilhelmsenoffen statgefundenen öffentlichen Versammlung die Ge-

nossen Rutz und Grunow. Die Referenten legten dar, wie kraft
sich zuweisen die Gegenstände in der Vertretung gegenüberstünden und
daß die vollständige Befugung der dritten Klasse durch Vertreter der
Sozialdemokratie ihre guten Früchte gezeitigt, da es zeitweise zur
Durchführung wichtiger Anträge oder Anwendung irgendwelcher
Eingriffe auf einzelne Stimmgen angekommen sei. Vieles sei im
Interesse der Allgemeinheit durch Anträge unserer Vertreter erreicht
worden, oft gegen den heftigsten Widerstand speziell der Vertreter der
ersten Klasse. Scharf wurde mit der Stellungnahme des Gemeinbe-
vorstehers in Gericht gegangen, welcher bei der Angelegenheit
der Entziehung der Turnhallen dem Arbeiter-
Turnverein gegenüber und auch bei anderen Gelegenheiten
gezeigt habe, daß er mehr der Anwalt der Aufsichtsbehörde als der
von der Gemeinde erwählte Leiter des Gemeinwens sei. In der
Frage der Steuererhöhung sei es von großer Wichtig-
keit, daß es gelungen sei, durch Schöpfung einer besonderen
Gewerbesteuer, welche einige bislang wenig besteuerte
industrielle Großbetriebe belaste, eine sonst unvermeidliche Erhöhung
des Einkommensteuerverzinses abzuwenden. Nicht der
Anwesenden sei es, mehr wie bisher ihr Interesse diesen Angelegen-
heiten zuzuwenden. In der Diskussion äußerten sich die Genossen
Pfeiffer und Bode in zustimmendem Sinne. Von der Auf-
stellung der Kandidaten wurde im Hinblick auf den noch unerledigten
Antrag unserer Genossen auf Vermehrung der Gemeinbe-
vertreter abgesehen, dies soll einer später noch stattfindenden
Versammlung vorbehalten bleiben.

Weißensee.
Aus der Gemeindevortretung. Gegen die Nichtigkeit der Ge-
meindewahlliste haben elf Personen Einspruch eingelegt, wovon
sieben als begründet und vier als nicht begründet anerkannt wurden.
Für die am 1. April zu errichtende Handelsschule wurde eine Lehr-
stelle geschaffen. Für die hierorts stationierte Kriminalpolizei mußten
an die Berliner Polizeiverwaltung 1160 M. nachbewilligt werden,
da die hierfür im Etat stehenden 9000 M. nicht ausreichten. Auf
Antrag unserer Genossen wurde eine Pauschale von 27 000 M. als
Anliegerbeiträge festgesetzt, die die Große Berliner Straßenbahn für
Anlegung von Straßen an den neuerrichtenden Bahnhöfen zahlen
soll. Einem Verein, der eine Summe von 10 000 M. der hiesigen
Sparkasse auf längere Zeit überlassen will, wurde der Zinsfuß von
3 1/2 auf 4 Proz. erhöht.

Pankow.
Die Gemeindevortretung am Dienstag beschäftigte sich unter
anderem mit der Feststellung der Jahresrechnungen der Gemeinde-
kasse und der Gemeindeparasse für das Rechnungsjahr 1910. Die
gegebenen Berichte zeigten ein günstiges Wirtschaftsergebnis. Die
Gemeindekasse hatte an Einnahmen 2 548 397 M. zu verzeichnen,
denen eine Ausgabe von 2 461 390 M. gegenüberstand, so daß ein
Ueberschuß von 86 007 M. verblieb. Auch die Sparkasse hatte einen
Ueberschuß aufzuweisen. Den Rechnungslägern wurde ohne
wesentliche Debatte Entlastung erteilt. — Dann befahte sich
die Vertretung abermals mit dem Erlaß eines Orts-
statuts über Einschränkung der Sonntagsarbeit in
offenen Verkaufsstellen. Im April vorigen Jahres war
bereits beschloffen, die bisherige Verkaufszeit an Sonntagen (7 bis
9 1/2 Uhr vormittags und 1 1/2—2 Uhr mittags) dahin zu ändern,
daß mit Ausschluß der Raucher- und Genussmittelstände und
Blumen offene Verkaufsstellen nur noch von 8—10 Uhr früh und
12—2 Uhr mittags geöffnet sein dürfen. Bürgermeister Rutz teilte
hierzu nun mit, daß, nachdem inzwischen eine wesentliche Vorort-
gemeinde eine einheitliche Regelung in Groß-Berlin angeregt und
Berlin selbst die Sonntagsverkaufszeit kürzlich in der bekannten Weise
geändert habe, die Frage auch in Pankow — da der vorjährige Ver-
schluß noch der Durchführung harre — nochmals geprüft worden sei.
Obwohl es anfänglich rathlos erschien, sich die Berliner Regelung
zu eigen zu machen, sei er doch wieder in Rücksicht auf die in Aus-
sicht stehende gesetzliche Neuordnung der Materie davon
abgelassen und empfehle die Beibehaltung des bestehenden Beschlusses.
Herr Schwitz drückte dem Bürgermeister seine Freude über dessen
Standpunkt aus und hielt im übrigen — da er demnächst wieder als
Gemeindevortreter gewählt zu werden hofft — eine Mittelstands-
wahlrede. In dasselbe Horn stießen auch einige andere bürgerliche
Vertreter. Ihnen wurde von unserem Redner entgegengetreten und
eine einheitliche Regelung der Frage in Groß-Berlin in der Weise wie
in Berlin selbst befürwortet. Da man sich aber in der
ausgedehnten Debatte nicht einig werden konnte, was man
dann nun eigentlich wolle, wurde die Angelegenheit
nochmals an die Kommission zurückerwiesen. — Da die
auf Gut Rühlensbed bisher für Riezelwede verwendete Fläche
von 170 Hektaren gerade der derzeitigen Einwohnerzahl Pankows
angepaßt ist und deshalb mit deren fortgesetzter lebhafter Steigerung
nicht mehr als ausreichend betrachtet werden kann, empfahl die
Zielbaukommission die Spargung des 120 Morgen umfassenden Teich-
feldes von Rühlensbed, was einen Kostenaufwand von 60 000 M.
erfordert. Die Vertretung bewilligte nach längerer Debatte diese
durch Anleihe zu deckende Summe. — Ferner wurde für den Pau-
 einer Geldsumme in Schönwalde 11 300 M. bewilligt. — Weiter
bewilligte die Vertretung für Beschaffung einer Motorpflüge für die
hiesige freiwillige Feuerwehr die Summe von 22 000 M., wovon die
Feuerwehr der Gemeinde 10 000 M. erstattet. — Hierauf machte
Bürgermeister Rutz Mitteilung über den Verlauf der
Sache in der Angelegenheit der Zusammenlegung
der Gemeinben Pankow und Nieder-Schönhausen.
Er verlas die offizielle Mitteilung des ablehnenden Stand-
punktes der Nieder-Schönhausener Gemeindevortretung und knüpfte
hieran den Wunsch, von der Mitteilung ohne weitere Diskussion
Kenntnis zu nehmen. Nur auf eines wolle er noch zurückkommen.
Das sei die den dortigen Gemeindevortretern sowie der Öffentlichkeit
unterbreitete Denkschrift in der Angelegenheit. Er sei der
Meinung, daß diese Schrift ihrer ganzen Aufmachung nach keinen
amtlichen Charakter haben könne. Es sei darin mit einer ganzen Reihe
tatsächlicher Unrichtigkeiten operiert, die darauf schließen ließen, daß
es sich hier um die Arbeit einer Privatperson handle, da amtlich
beim Vorliegen eingehender offizieller Pankower Angaben un-
möglich so leichtfertig gearbeitet werden könnte. Herr Rutz
wies dies dann im einzelnen nach und bemerkte, daß es interessant
sei, daß in der Schrift der frühere Pankower Gemeindevortreter
Rechnungsrat o. D. Balzer als Kronzeuge für das angeblich
schlechte Finanzwesen Pankows benutzt werde. Genosse Rutz
war im Gegensatz zum Bürgermeister der Meinung, daß die Denkschrift
als amtliche anzuspochen sei. Im übrigen bedauere er im
Allgemeininteresse den negativen Ausgang in der Zusammenlegungs-
frage. Ein gutes habe sie für die Einwohnerzahl Nieder-
Schönhausens doch gehabt, indem dort nunmehr zum ersten
Male Dinge von Gemeindevortretern in Angriff genommen wurden,
an deren Einführung vordem nicht zu denken war. Auch sei in der
Verschmelzungsfrage sicher noch nicht das letzte Wort gesprochen.
Nachdem noch einer Anzahl von Staatsüberwachungen zugestimmt
und mitgeteilt worden war, daß auf Verlangen vom Telephonamt
Abstellung der gerügten Mängel teils zugesagt, teils bereits erfolgt
sei, erfolgte Schließung der Sitzung.

Reinickendorf-West.
In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins, die bei Schiller
stattand, hatten sich zur Aufnahme in den Wahlverein 34 männliche
und sechs weibliche Personen gemeldet. Darauf gab Genosse DSI
einen eingehenden Bericht über die wichtigsten Vorkommnisse in der
Gemeindevortretung im Jahre 1911. Redner schloß mit dem Hin-
weise, daß die jetzige reaktionäre Majorität unbedingt gebrochen
werden müsse, da sonst nie eine Besserung der kommunalen Ver-
hältnisse eintreten könne. In der anschließenden Diskussion wurde
mitgeteilt, daß beim Verkauf von Kartoffeln jeder zurückgewiesen
werde, der mehr als 1800 M. Einkommen habe; dagegen würden an
Händler mit Wagen, Kartoffeln in größeren Quanten abgegeben,
letztere würden sogar zuerst bedient. Ferner wurde darauf hin-
gewiesen, daß auch am hiesigen Orte „Jugendklub“ gegründet
werden, um schon die Schulkinder und später die Schulklassen

für den Hurrapatriotismus zu erziehen. Sache der Eltern selbst sei
es, ihre Kinder jenem verdamnenden Treiben fernzuhalten und sie
beizeiten aufzuklären. Eine längere Debatte zeitigte die Frage, ob
wir uns an den bevorstehenden Gemeindevahlen in der zweiten
Abteilung beteiligen sollten. Schließlich wurde gegen zwei Stimmen
die Beteiligung beschlossen und einstimmig Genosse Datz als
Kandidat aufgestellt.

Hergelsbe.
Aus der Gemeindevortretung. Zunächst kam die Ange-
legenheit betreffend den Abschluß eines Vertrages mit dem Pär-
tischen Elektrizitätswerk zur Erörterung. Aber auch diesmal kam
der Abschluß des Vertrages nicht zustande, da die hiesigen Ziegelei-
besitzer, die zumest Gemeindevortreter sind, sogar noch mit der
Rittergut Räderdorf G. m. b. H. wegen Stromlieferung für ihre
Betriebe in Unterhandlungen stehen und deshalb für den Abschluß
vorerst nicht zu haben sind. Jedoch soll eine Kommission den Ver-
trag formulieren. Unter anderem wurde sodann die Besprechung
des Voranschlags für das Rechnungsjahr 1912 vorgenommen. Er
schließt in Einnahme und Ausgabe mit 75 000 M. ab. Es ist eine
Steuererhöhung von 20 Proz. zur Einkommensteuer (bisher 120
Prozent) und von 30 Proz. zur Realsteuer (bisher 180 Proz.) in
Aussicht genommen. Darauf wurde eine provisorische Abtötung
vorgenommen, die folgendes Resultat hatte: 125 Proz. Gemeindevort-
steuerzuschläge und 180 Proz. Realsteuer. In den Schulvorstand
wurde der Ziegeleibesitzer Oskar Schues und der Gastwirt Paul
Müller gewählt. Hierzu war vom Genossen Stoff beantragt wor-
den, die Neuwahl erst vorzunehmen, wenn die Gemeindevortreter
wahlen stattgefunden haben; der Antrag wurde jedoch abgelehnt.

Die Zahl der eingeschriebenen Wähler zur Gemeindevortretung
beträgt insgesamt 664 gegen 818 zur Reichstagswahl. Davon ent-
fallen auf die erste Klasse 6, auf die zweite Klasse 46 und auf die
dritte Klasse 612 wahlberechtigte Gemeindeglieder.

Nowawes.
Die Gemeindevortretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung
zunächst mit dem Erlaß einer Polizeiverordnung betreffend Ein-
schränkung des Kinderbesuchs in Lichtspieltheatern. Die Jugend-
fürsorgekommission hat auf Grund ihrer Untersuchungen über die
sittlichen Gefahren, die hauptsächlich den schulpflichtigen Kindern beim
Besuch von Lichtspieltheatern drohen, den Entwurf einer Verordnung
ausgearbeitet, monach Kindern unter 14 Jahren der Besuch öffent-
licher Vorstellungen in Lichtspieltheatern nach 9 Uhr abends unterlag
werden soll, auch wenn sie sich in Begleitung Erwachsener befinden.
Bei Zuwiderhandlung soll Geldstrafe bis zu 9 M. oder Haft bis zu
drei Tagen verhängt werden können. Genosse Neumann sprach sich
gegen den vorliegenden Entwurf aus, weil derselbe wohl ein-
schränkende Bestimmungen enthalte, aber keinen wirksamen Schutz der
Kinder bezwecke. Besser wäre es, den Kindern unter 14 Jahren
überhaupt den Besuch öffentlicher Vorstellungen, die in den meisten
Fällen auf die jugendlichen Gemüter in weit höherem Maße als die
Schundliteratur vergiftend wirken, zu verbieten. Den dadurch ent-
stehenden Einnahmeausfall könnten die Kinobesitzer durch Ver-
anstaltung von Extralindervorstellungen, deren Programm eventuell
der Kontrolle durch die Jugendfürsorgekommission zu unterstellen
wäre, wieder wettmachen. Der Bürgermeister bezweifelte, daß die
vom Genossen Neumann kritisierten Mißstände in den örtlichen Licht-
spieltheatern tatsächlich beständen, da die einzelnen Filme vor der
Freigabe vom Polizeipräsident in Berlin einer scharfen Zensur
unterworfen und mit einem entsprechenden Vermerk versehen
würden. Er hat daher, von schärferen Maßregeln abzusehen
und dem vorliegenden Entwurf die Zustimmung zu erteilen.
Schöffe Dohrt warnte gleichfalls vor zu scharfen Maßregeln, um nicht
den Kinobesitzern den Garau zu machen. Gemeindevortreter Rathen
meinte, wenn den Kinobesitzern das Geschäft verborben werde, so
trügen sie selbst die Schuld daran. Die Gemeinde habe nicht nur
das Recht, sondern die Pflicht, sich um die Kinder zu kümmern,
Ihm erlaube die Erlaubnis nur bis 9 Uhr abends auch nicht als
genügende Einschränkung; er beantrage daher, 8 Uhr als Grenze fest-
zusetzen. Nach Annahme dieses Antrages wurde schließlich die Vor-
lage genehmigt. — Für Renovierung usw. des Rathausloales
wurden 1000 M. bewilligt. Genosse Neumann erkannte zwar
die Notwendigkeit der Renovierung an, wünschte jedoch
mit Rücksicht auf die finanziellen Verhältnisse der Gemeinde
ihre hinauschiebung auf einen späteren Zeitpunkt. — Die Räume
in den hinteren Bauflügel des Gemeindegemeinschafts Lindenstr. 82
sollen, da sie sich für Wohn- oder Bureauzwecke nicht eignen, zur
Unterbringung der Gerätschaften und der Baderichtung für die
Kanalisationarbeiter sowie der Fahrer der Verwaltungsbeamten
berzgerichtet werden. Hierfür und für die Errichtung eines hölzernen
Grenzzaunes bewilligte die Vertretung 1300 M. Die folgenden
Punkte, Herstellung eines Regenrobrunnens in der Eisenbahn- und
Priesterstraße zwischen Zuhörplatz und Wäckerstraße sowie neuer Schmutz-
wasserleitungen infolge Verlegung der Wilmard- und Pergstraße,
wurden nach kurzer Debatte erledigt.

Spandau.
In der Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahl-
vereins erstattete der Vorsitzende Genosse Scior den Tätigkeits-
bericht vom letzten halben Jahre. Es wurden in der Vorzeit
2 Generalversammlungen und 26 öffentliche Versammlungen ab-
gehalten. Die öffentlichen Versammlungen betrafen sowohl die
Stadtverordneten- wie die Reichstagswahlen. Ferner fanden acht
Flugblattverbreitungen statt. Die im Oktober einsetzende Gewerks-
Agitation hatte den Erfolg, daß 150 neue Abonnenten gewonnen
wurden. Redner ließ sich dann noch über die Agitation zur Stadt-
verordneten- wie zur Reichstagswahl des längeren aus. Den
Reisenbericht erstattete Genosse Köppen. Danach betrug die Ein-
nahme inkl. eines alten Kassendestandes von 261,80 M. 4324,13 M.
Die Ausgabe betrug 4222,48 M. Die Mitgliederzahl ist von 808
auf 1198 gestiegen. Der „Vorwärts“ wird jetzt in 1711 Exemplaren
gelesen. Den Bericht über die Reichstagswahl gab der Kreisvorsitzende
Genosse Emil Schubert. Er etwa einwärtigen Rede schildert er
die Vorkommnisse und das Verhalten der Gegner vor und während der
Reichstagswahl. Ebenso kritisiert er die Teilnahmslosigkeit namentlich
älterer Parteigenossen bei der Wahlarbeit. Er hält es für notwendig,
daß der Kreis eine eigene Parteizeitung erhält und macht Vorschläge,
wie bei künftigen Wahlen besser und einheitlicher gearbeitet werden
kann. Den Beschluß des Parteivorstandes, mit den Fortschrittlichen
Kandidaten zu schließen, hält er für einen sehr geschickten Schachzug,
der der Partei viel Erfolge gebracht hat. Zur Kreisgeneralversamml-
ung gelangten folgende Anträge zur Annahme: 1. Die „Radik-
“ soll nicht nur in einzelnen, sondern in allen Ortskreisen des Kreises
verteilt werden. 2. Die Kreisversammlung wolle beschließen, für
den Kreis eine eigene Presse zu gründen. 3. Der Bezirksleiter der
Radfahrer ist auf der Kreisgeneralversammlung als Gast mit be-
ratender Stimme zuzulassen. Als Delegierte für die Kreisgeneral-
versammlung wurden gewählt die Genossen Wegner und die Ge-
nossen Scior und Köppen. Als Rezipient zum Kreisvorstand
für den ausgeschiedenen Genossen Böhle soll der Genosse Bied in
Vorschlag gebracht werden.

Aus der Frauenbewegung.
20 Jahre Arbeiterinnen-Zeitung.
Ein schönes Stück Vorwärtsarbeit errichtete Genossin Abel-
heid Popp in einer kurzen Geschichte des Organs der öster-
reichischen Genossinnen, die in der „Arbeiter-Zeitung“
erschienen ist. Noch Ende 1889 hatten die Einberufener des Hain-
felder Einigungsparietags der Genossin Klmann, die von den
Genossen in Wien als Vertreterin entsandt werden sollte, geant-
wortet, man brauche Männer. Aber schon im Juni 1890
wurde sie von der Parteileitung nach Wien berufen, um für den
neuen Arbeiterinnen-Bildungsverein zu agitieren. Und schon der Parteitag von 1891 beschloß die Heranabgabe einer

Frauenbeilage der Arbeiter-Zeitung. Antragstellerin war Genossin Koffler, die schon auf dem Parteitag von 1892 das Selbständigwerden der Frauenzeitung durchsetzte.

Die Behörden erwiesen dem jungen Blatte von Anfang an „liebevolle Aufmerksamkeit“. 1892 wurde die Beilage „Smal“, 1893 von den 21 Nummern des selbständigen Organs „Konfessioniert“. Oft verfiel der ganze Text der Nummer der Beschlagnahme. Im Jahre 1895 bestätigte ein Schwurgericht von Wiener Spitzbürger der Redakteurin Adelheid Popp, daß sie im Sinne des § 305 des Strafgesetzbuches die Einrichtungen der Familie, der Ehe und die Rechtsbegriffe über das Eigentum herabzuwürdigen und zu erschüttern versucht habe. Viel geringer war das Interesse der Arbeiterinnen, so daß nur die Opferwilligkeit des Parteivertrags mehrere Parteitagsonträge auf Einstellung des defizitgeplagten Blattes junichte machen konnte. Seitdem ist es, Hand in Hand mit dem Aufblühen der Frauen- und der Gesamtbewegung, trefflich vorwärts gegangen. Fast 30 000 Exemplare jeder Nummer tragen heute die sozialistische Erkenntnis in die fernsten Gegenden des Landes. Eine schöne Ergänzung der vorzüglich und ganz den Bedürfnissen der Frauen entsprechend redigierten Zeitung ist die Jugendbeilage.

Am 8. März wird das Jubiläum der Arbeiterinnen-Zeitung feierlich in Wien begangen werden. Mögen ihr und ihrer verdienten und geschickten Herausgeberin noch viele Kampf- und erfolgreiche Jahre beschieden sein!

Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 4. März, 8 1/2 Uhr, in Reillers „Neue Philharmonie“, Köpenicker Straße 66/67, Vortrag: „Die Mitarbeit der Frau in der Stadtverwaltung“. Referentin: Klara Wehl. Gäste willkommen.

Brig. Sudow. Montag 1/2 Uhr im Lokal „Rosenfeste“, Brig. Chausseest. 69: Frauenversammlung, Vortrag des Genossen Jodel über „Frauenleiden und deren Verhütung“.

Lesende.

Wilmshausen-Nieder-Schönhausen-West. Montag, den 6. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Wilmshausen, Kronprinzenstr. 15: Vortrag des Genossen Claus-Berlin über „Die Bedeutung der Gemeindefrauen und die Rechtlosigkeit der Frau“.

Briefkasten der Redaktion.

Braunschweig 1893. Antwort der Eisenbahnbehörde ist zu erwarten; warten Sie diese ab. Das Blatt sendet Sie unter Umständen auf die Angelegenheit noch nachträglich der Behörde zu. — **H. 110.** Rem. — **H. 71.** 1. Ja, falls eigenhändig. 2. Ein Exemplar genügt. Nach dem Tode eines Teiles einzureichen. 3. Dasjenige Amtsgericht, in dessen Bezirk der zuerst Verstorbenen seinen letzten Wohnsitz gehabt hat. — **H. 9.** Nein, sofern Sie die entstehenden Kosten vor dem Termin beim Anwalt zahlen. Im Zukunft können Sie das Porto kürzen. — **H. 28.** 1. Ja, sofern Sie mit Ihrer Stellung entsprechenden Arbeiten beschäftigt werden. 2. Inneres Gerichten Recht. — **H. 4.** 1. Wenn sich Ihre Behauptungen — insbesondere bezüglich der Höhe des Einkommens Ihrer Mutter — beweisen lassen, können Sie mit Aussicht auf Erfolg auf Aufhebung des früheren Urteils Klage erheben. 2. Mindestens 300. 3. Der Vertrag ist bindend.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (Eingeschriebene Mitglieder 29, Hamburg.) Hilite Baumgärtner v. g. Sonnabend, den 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Rüdiger Baumgärtner, 67: Mitgliederversammlung.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 25. Februar, vormittags 9 Uhr, Popplallee 15-17, und Abend, Idealpassage: Freireligiöse Versammlung. Sonntag, 11 Uhr, Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von Prof. K. Wittmann: „Krische und das Christentum“. — Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Marktbericht von Berlin am 22. Februar 1912, nach Ermittlung des Königl. Vorkontrollamts. Kartoffeln (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erdäpfel, gelbe, zum Kochen 35,00-50,00. Speisebohnen weiße, 38,00-40,00. Bohnen 40,00-45,00. Karotten 10,00-15,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Aule 1,80-2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30 bis 1,80. Schweinefleisch 1,30-1,80. Kalbfleisch 1,40-2,40. Hammelfleisch 1,30-2,20. Butter 2,80-3,20. 60 Stück Eier 4,50-7,50. 1 Kilogramm Karpfen 1,20-2,40. Hais 1,20-3,00. Zander 1,80-3,60. Hechte 1,40-2,80.

Barfische 0,80-2,00. Schlei 1,00-3,30. Fische 0,80-1,40. 60 Stück Krebse 4,00-30,00.

Witterungsbericht vom 23. Februar 1912.

Stationen	Barometer stand mm	Wind richtung	Wolken	Wetter	Temp. in Grad C.	Stationen	Barometer stand mm	Wind richtung	Wolken	Wetter	Temp. in Grad C.
Emmende	764	SO	4	Regen	1	Saparanda	772	NW	2	Regen	-23
Hamburg	762	SW	2	Regen	9	Petersburg	765	SW	3	Regen	-15
Berlin	764	SW	2	bedekt	3	St. Petersburg	767	SW	3	bedekt	11
Konstanz	766	SW	3	bedekt	9	Wien	749	SW	3	bedekt	8
München	771	SW	4	bedekt	5	Paris	766	SW	3	bedekt	11
Wien	772	SW	4	bedekt	0						

Wetterprognose für Sonnabend, den 24. Februar 1912. Mild, jedoch vorherrschend wolfig mit Regenfällen und lebhaften (ab- wärtigen) Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 22. 2.	am 21. 2.	Wasserstand	am 22. 2.	am 21. 2.
Remel, Mühl	129 ¹	+1	Scale, Großh.	128	0
Regel, Mühlberg	41 ¹	-5	Sabel, Spanbau	64 ¹	0
Reichel, Thon	232 ⁰	0	Rothenom	64 ¹	+2
Der, Mühl	270	-30	Spree, Spremburg	78	0
Frankfurt	198 ¹	-2	Seeberg	74	+2
Frankfurt	190 ¹	+10	Seeberg, Mühl	181	-1
Barthe, Schrum	70 ¹	-5	Winden	276	+25
Rehe, Vorhamm	8	-2	Rein, Magiliansau	347	0
Elbe, Reimlich	136	-10	Raub	170	-5
Dresden	-100	+8	Röln	192	-3
Berlin	165 ¹	-12	Reich, Heilbronn	85	-4
Magdeburg	146 ¹	-7	Rain, Berthelm	168	+5
			Reich, Trier	102	-2

¹) + bedeutet Hoch, - Fall. — ²) Unterpegel. — ³) Eisstand. — ⁴) eisfrei. — ⁵) Eisgang.

Gerlichen Dank
an alle, die mir ihre Glückwünsche zu meinem Geburtstag überbrachten, denen ich aber persönlich nicht zu danken vermag.
Schöneberg, den 23. Februar 1912.
A. Bebel.

Todes-Anzeigen
Durch die traurige Mitteilung, daß mein lieber Mann, der Schneidermeister
Wilhelm Staeger
am 22. Februar nach schwerem Krankenlager heim entschlafen ist. Minna Staeger nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, auf dem Jerusalem Kirchhof, Hermannstraße, statt.
1856

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse
Wilhelm Staeger
am 22. d. Mts. nach langen Leiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jerusalemer Friedhofes, Reulßän, Hermannstr. 84, aus statt.
Um rege Beteiligung erucht
Der Vorstand.
206/2

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäsche-Arbeiter Deutschlands.
Filiale Berlin I.
Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege
Wilhelm Staeger
am 22. Februar im Alter von 72 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jerusalemer Kirchhofes, Reulßän, Hermannstraße aus statt.
192/12 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin, Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter
Max Szymanski
am 17. d. Mts. an Lungenerkrankung gestorben ist. 113/1
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Stralauer Viertel)
Bezahl 3501.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maschinenführer
Curt Niemeyer,
Hübnerdorfer Straße 65, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 24. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung erucht
Der Vorstand.

Nach langem schweren Leiden entschlief am Mittwoch, den 21. Februar, abends um 10,35 Uhr, mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der Retleur
Bernhard Arnold
im 54. Lebensjahre. 1533
Um dieses Beileid bitten die trauernden Hinterbliebenen
Friederiko Arnold,
geb. Kabe, und Kinder.
Berlin, den 23. Februar.
Wahlstr. 6.

Am 21. Februar verschied nach kurzer Krankheit unser lieber Kollege und langjähriger Mitarbeiter, der Schriftföhrer
Bernhard Arnold
im 55. Lebensjahre. Mit ihm ist ein guter und treuer Mitarbeiter Reich dahingegangen, dessen Andenken dauernd bewahrt wird.
Das Personal-Druckerei
W. Wofer.
Die Trauerfeier findet am Sonntag, mittags 1 Uhr, in der Halle des Urban-Krankenhauses, Geyersstraße, statt. Von dort aus erfolgt die Überführung des Verstorbenen nach Götze zur Einäscherung. 1546

Am Mittwoch, den 21. Februar, verschied nach schwerem Leiden meine innigstgeliebte Frau
Anna Oile, geb. **Barthel**
im 57. Lebensjahre. Dies zeigt Heiligkeit an im Namen der Hinterbliebenen
Heinrich Oile.
Berlin, den 23. Februar.
Weger Str. 22.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Geyersmann-Gemeinde, Nordend, aus statt.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, sowie für die zahlreiche Beteiligung und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Formers
Richard Koy
lage ich hiermit allen, insbesondere den Kollegen der Firma K. Borff, sowie sämtlichen Vereinen meinen herzlichsten Dank.
Legel, den 22. Februar 1912.
Martha Koy nebst Kind.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters **Waldemar Fabrowsky**, lagen mir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie dem Personal der Siemens-Schuckert-Werke (Küstung Druckerei), dem Lotterier- und Sparverein Jaden, insbesondere Herrn Dr. Schulte für die trefflichen Worte am Sarge des Entschlafenen unseren innigsten Dank.
1625
Hans Fabrowsky nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres Vaters
Karl Grabow
lagen mir allen Teilnehmern unseren herzlichsten Dank.
Hr. Grabow und Kinder.
Dankfagung.
Für die zahlreiche Beteiligung, sowie für die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen, besonders den Kollegen von der Firma K. Borff, sowie den verschiedenen Vereinen meinen herzlichsten Dank.
Legel, den 23. Februar 1912.
Martha Koy nebst Kind.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, direkt am Moritzplatz
10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

Eine Mark wöchentliche Teilzahlung elegante Herren-Moden
fertig und nach Mass. feinste Verarbeitung.
S. Boltuch
Herren-Modelliererei
Frankf. Allee 75, I.
Hingau Tischler Str.
Allen Parteigenossen, Verbandskollegen, Freunden und Bekannten teile ergebenst mit, daß ich das Lokal, Tegel, Brunowstr. 10, künftlich erworben habe. Zum freundlichen Besuch ladet ergebenst ein
Otto Schade,
ehemaliger Bauer der Schultheißen-Druckerei, Ndl. I. 1895

WESTMANN
Mohrenstr. 37 a Gr. Frankfurter Str. 115
(nahe Jerusalem Str.) (nahe Andreasstr.)
Eine große Anzahl neuester
Frühjahrs-Modelle
Kostüme, Paletots, Seiden-Konfektion, Kleider etc.
verkaufe ich schon jetzt, zu Anfang der Saison, zum Teil
weit unter Preis!
Zwecks totaler Räumung des Winterlagers:
ca. 100 Plüschmäntel kurz und lang, jetzt 33.-, 45.-, 60.-, 75.-, 100.-, 150.-
ca. 300 Abendmäntel . . . jetzt 15.-, 18.-, 24.-, 30.-, 40.-
ca. 250 Ulster (Übergangsmäntel) jetzt 6 3/4, 9.-, 12.-, 15.-, 20.-
ca. 150 Pelz-Konfektion . . . jetzt zum Teil 60 pCt. unt. Preis
Zurückgesetzte Konfektion aus letzter Inventur:
Kostüme, Bastkleider, Gloriamäntel, Seidenmäntel, weiße Cheviotkostüme, Paletots, Kleider, Röcke, Blusen etc.
! spottbillig!
Einsegnungs- u. Prüfungskleider.
Sonntag geöffnet 12-2. Sonntag geöffnet 12-2.

Massive Landhäuser
von 5000,00 Mk. an, übernehme Hypothekenregulierung.
Vertreterbauach, Skizzen kostenlos.
Frenzlaner Allee 90
Stein, VII. 6672.

Zentralhaus mod. Herrenbekleidung
I.: Neue Friedrichstr. 35 neben Zentral-Wahlhalle
II.: Tarmstr. 67
Besteht an jedem Mann elegante
Herren-Garderoben
fertig und nach Maß unter Garantie für tadellosten Sitz gegen wöchentliche Teilzahlung von 1 Mark an.
Aufsichterei u. Werkstatt im Hause. Auf Wunsch Besuch des Kundens mit neuesten Stoffmustern. Einsegnungsanzüge sehr billig. Sonntag geöffnet.

Monats-Garderobe!
Die besten Winter-Paletots und 3-400 getragene Anzüge für Herren, Smoking-Anzüge, Jagdanzüge, sowie von Kasackern getragen, fast neue Sachen (a. Feld), für jede Figur passend, in größter Auswahl zu unübertroffen 25/74
billigen Preisen.
1 Tr., des halb billiger wie im Laden.
Wassortor- straße 12/13 I
Hirsch Kleiderhaus.

Greift zu!
Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill. kleiden will, empfehle eleg. Monatsgarderobe in feinsten Werkstätten. Berlins gearb., von Herrschaften, Doktoren, Kavallieren nur kurze Zeit gohr. (für jed. Fig. pass.)
Monats-Jackott-Anzüge 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M.
Monats-Paletots 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Herrn-Hosen 2,50, 3,00 M.
Ulster, sehr billig.
Große Abteilung neuer Garderoben.
Dr. Frankfurter Str. 98
Moldauer, (Nähe Strausberger Pl.)
Bitte genau auf No. 98 zu achten!

Gegr. 1893. **A. B. KOCH** Gegr. 1893.
Kohlen- und Brikett-Großhandlung
Hauptkontor: Berlin O. 84, Petersburger Straße 1.
Telephon: Amt 7, 3040 und 3096.
Lagerplatz 1: O. 34, Rüdigerdort Str. 71 (Königiner Platz, alt. Ostb.).
Lagerplatz 2: O. 17, Fruchtstraße 13 (Ostbahn-Güterbahnhof).
Preise für 10 Marken ab meinen Lagerplätzen von 10 Zentnern an:
pr. Ztr. pr. Ztr.
In Sentenb. Marienglied Salon 84 Pf. In Ilse Salon 1.00 M.
In Sentenb. Gotthold Salon . 87 Pf. In Hainsteine 84 Pf.
In Mamant Salon 1.00 M. In Anthracit Cadé . . 2.25 M.
(Ges. gesch. p. Ztr. 115-120 Stck.) In Hoya-Hainsteine . . 90 Pf.
Holz, zerklünnert, per Zentner 2.00 M.
Bei Franklieferung je nach Quantum per Ztr. 5-18 Pf. mehr.
Bruchbriketts, Steinkohlen billigt. Koks zu Anstaltspreisen.
Bei größeren Abschüssen in Originalwaggons verlangen Sie meine Spezialtarife.

Höchstwichtige Mitteilung für alle Leser.
Wohl jedermann hat schon oftmals im Leben das Bedürfnis gehabt, sich über die verschiedensten wissenschaftlichen Fragen, die tagtäglich an uns herantraten, genau zu unterrichten. Eine Zeitschrift, die sich zur Aufgabe macht, diesem Wunsche zu entsprechen, beginnt schon zu erscheinen. Es ist: „Welt und Wissen“. Kein Wissensgebiet soll ausgeschlossen sein; in bunter Reihe werden Abhandlungen aus allen Wissenschaften in gemeinverständlichem Form gebracht, so daß nur geringe Vorkenntnisse erforderlich sind. Die Ausstattung ist eine erstklassige, zahlreiche gewählte Illustrationen werden das geschriebene Wort ergänzen. Hervorragende Gelehrte und Fachschriftsteller haben sich in unsere Dienste gestellt, so daß wir etwas ganz Besonderes zu bieten in der Lage sind. Um nun bei weitesten Kreisen die Anschaffung zu ermöglichen, wird wöchentlich ein großes Heft zu dem erstaunlich billigen Preis von nur 15 Pfennig ausgegeben. Diese geringe Summe kann jeder erübrigen und dadurch sich und seiner Familie ein unterhaltendes und belehrendes Werk verschaffen. Es solle daher niemand veräumen, auf „Welt und Wissen“ zu abonnieren. Probehefte liegen in unserer Expedition aus.
Jedes Heft enthält circa 12 Artikel, von denen wir als Beispiel einige anführen: Der Mensch in der Stahlbauzeit. — Wenn die Erde erzittert. — Wege der Weltwirtschaft. — Leben und Treiben unter dem Äquator. — Die Klugheit der Ameisen. — Gesundheit und Schönheit. — Wie entsteht der Blig. — Der Wils und dessen Gymnastik. — Das Leben unter Wasser. — Fernphotographie. — Interessantes über die Funken-Telegraphie. — Liebe und Ehe bei den Naturvölkern. — Der Mensch und die Geisteswelt. — Das Leben in der Kohlengrube. — Klüfftige Luft. — Die Zukunft unserer Kolonien. — Einfluß der Lebensweise auf das Menschenalter. — Verjährungene Städte in der Sahara. — Das Leben im Harvnt.
Über die Entfernung im Weltraum. — Die Zukunft der Elektrizität im Haushalt usw.
Wir bitten die Abonnenten, den nebenstehenden Bestellchein auszufüllen und direkt an den Verlag von „Welt und Wissen“ einzufenden.
Bestellchein.
An den Verlag „Welt und Wissen“
Berlin W 9, Linfr. 25.
Ich abonniere hiermit auf „Welt und Wissen“ wöchentlich ein Heft für 15 Pfennig.
Name: _____
Ort: _____ Straße: _____

Theater.

Sonnabend, 24. Februar 1912
Anfang 8 Uhr.
Boigt, Hotel Klingebusch, Sirkus Carrasani. Große Vorstellung.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Schauspielhaus, Agnes Bernauer.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Berliner. Torquato Tasso. Prinz Friedrich von Homburg.
Anfang 4 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49. Von Meeran zum Dicker. Sais. Schneeweißchen und Rosenrot.
Kofe. Hängel und Gretel.
Boigt. Das Geheimnis eines Königs.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Der Rosenkavalier. Kgl. Schauspielhaus. Der Schlagbaum.
Deutsches. Romeo und Julia. Sirkus Busch. Gala-Vorstellung. Sirkus Schumann. Gala-Vorstellung.
Sirkus Carrasani. Gala-Vorstellung.
Sonderland. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49. Der Großglockner, Gastein und die Salzburger Alpen.
Oberaal. Prof. Dr. Donath. Die Ausbreitung der Energie durch Strahlung.
Neues K. Opernhaus. Geschlossen.

Königsgräber Straße. Die Frau Frankfurter.
Neues Schauspielhaus. Festgenwalb.
Neues. Der liebe Augustin. Kammerstücke. Eine glückliche Ehe. Remig. Komtesse Rizza. Anatol. Residenz. Alles für die Firma. Romische Oper. Rigoletto. Phantastische Oper. Rigoletto. Phantastische Oper.
Kurfürstentor. Quo Vadis? Welken. Wiener Blut. Lustspielhaus. Die Damen des Regiments.
Kleines. Und das Licht scheint in der Finsternis.

Berliner. Große Hofjungen. Neues Opernhaus. Eva Schiller O. Die Wäldchen. Schiller. Charlottenburg. Friedrich. Dill. Schauspielhaus. Das Teufelsmännchen.
Luisen. Der Versuchender. Kofe. Bonaparte und seine Frauen. Metropole. Die Nacht von Berlin. Trianon. Das kleine Café. Thalia. Polnische Wirtschaft. Casino. Der Kampf ums Dasein. Hypo. Spezialitäten. Panagor. Spezialitäten. Herrnsfeld. Wie man Männer befreit. Der Hausteufel.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Wintergarten. Spezialitäten. Königstadt-Kasino. Das Modell. Die letzte Rose. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Folies Caprice. Wandeltour's Volterabend. Losgelassen. Waffenübung.
Walhalla. Menschenrechte.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. Nathan der Weise.
Belle-Alliance. Wallensteins Tod.
Sternwarte. Invalldenstr. 57-62.

Schiller-Theater O. Theater. Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Wildente.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Der Probekandidat.
Sonntag, abends 8 Uhr: Grün Lea.
Montag, abends 8 Uhr: Grün Lea.

Schiller-Theater Charlottenburg. Sonnabend, nachm. 3 1/2 Uhr: Prinz Friedrich von Homburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Kyrilz-Pyritz.
Sonntag, mittags 12 Uhr: Kammermusik.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Don Carlos.
Sonntag, abends 8 Uhr: Kyrilz-Pyritz.
Montag, abends 8 Uhr: Kyrilz-Pyritz.

Berliner Theater.

Abends 8 Uhr:
Große Hofjungen.
Theater in der Königsgräber Straße
Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der fidele Bauer
Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Wiener Blut.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.
Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Alles für die Firma.

Schwanz in 3 Akten von H. Hennequin und G. Mitchell. Für die deutsche Bühne bearbeitet von Volten-Baeders. Morgen u. folg. Tage: Alles f. d. Firma. Sonnt. 3. 3. 11. Kümm. Dich um Amelie
Belle-Alliance-Theater.
3 1/2 Uhr: Wallensteins Tod.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Wilhelm Tell.
8 Uhr: Die Dollarprinzessin.
Luisen-Theater.
Sonnab. 4 Uhr: Schneeweißchen und Rosenrot. 8 Uhr: Der Versuchender.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Nachmittags 4 Uhr:
Hängel und Gretel.
Abends 8 Uhr:
Napoleon Bonaparte und seine Frauen.
Komische Komödie in fünf Akten (acht Bildern) von Weiss.
Sonntag, 3 Uhr: Der Spielteufel.
8 Uhr: Napoleon Bonaparte.

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: Rauchen gefaltet.
Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Jul. Freund. Musik von H. Holländer. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz. Morgen nachm. 3 Uhr: „Dorothea“. „Die kleinen Lämmer“.

Apollo Theater
Beste Woche des großen komischen Programms. Nachm. ohne Gabe über
Paul Beckers
den populären schärf. Grotesk-Komiker.
Boigt-Theater.
Schubdrumen Subtrage 58.
Sonnabend, den 25. Februar 1912 nachmittags 3 Uhr:
Hotel Klingebusch.
Abends 7 Uhr:
D. Geheimnis ein. Königshaus. Schauspiel in 9 Bildern. Raffensberg. 10 Uhr. Anf. 8 u. 7 Uhr.

Passage-Panoptikum.
Das Londoner Mirakel
Die Frau in der Kanne!
Befreiung aus d. Wassergrob.
Lebend! Lebend!
Fakir-Truppe
15 Personen in ihren religiösen Märtyrer-Produktionen
Wochentags 4-7 Uhr:
Lichtspiele
Ohne Extra-Entree.

Herrnsfeld Theater
Ein neuer Sensationserfolg
Wie man Männer bessert.
2 Akte von Anton u. Donat Herrnsfeld mit den Hütoren in den Hauptrollen.
Dazu die Novität:
Der Hausteufel.
Anfang 8 Uhr.
Billetvorverkauf 11-3 (Theaterkasse).

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Das kleine Café.
Passage-Theater.
Schnelder-Duncker
Carl and Lotty die berühmte Excentr.-Tänzer.
Luise Schäfer
Vortragskünstlerin.
The Hevaldos Truppe
d. best. Schleuderbrett-Akrob. und d. Febr.-Glanzprogr. 14 erstkl. Spezialitäten.

Schlachtfest
Am Sonntag, den 3. März: Nochmals
Schlachtfest
wogu erdenklich einladet Der alte Freund auf Vöckelsberder

NEUE WELT.
Arnold Schola. Täglich: Hasenheide 102/114
Bockbierfest in den bayerischen Alpen
Wunderbare Alpendekoration. Neu! Gebirgsterrasse. Neu!
Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag: Großer Ball.
Wochentags 7 Uhr. Entree: Wochentags 30 Pf.
Anfang: Sonntags 4 Uhr. Entree: Sonntags 50 Pf.
5 Kapellen!

Deutscher Holzarbeiterverband.
(Verwaltung Berlin.)
Sonnabend, den 2. März 1912:
Kirchweih-Fest auf den Terrassen in Germersdorf
in den Gesamträumen der Neuen Welt, Hasenheide 103-114.
Auftreten der Original-Tiroler. Bayrischer Hochwald, Gletschersturz und Wasserfall, Rutschbahn, wunderbare Alpendekoration.
Zwei Ball-Orchester unter Leitung der I. bayrischen Kapellmeisterin **Frl. Sissl.**
Eröffnung 8 Uhr.
Billets à 50 Pf. sind in sämtlichen Zahlstellen, sowie im Zigarrengeschäft von Schwemke, Schönleinstr. 94 und bei Zehrendt, Hasenheide 9, zu haben.
Es wird gebeten, sich rechtzeitig mit Billets zu versehen, da Abendkasse nicht stattfindet.
Die Zahlstelle 10 ist von Blumenstr. 88 nach Blumenstr. 84 bei Pilzecker verlegt worden.
Die Ortsverwaltung.

Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
Sonntag, den 25. Februar 1912, abends 7 1/2 Uhr:
Leitung:
Bunter Abend. Margarete Walkotte.
Mitwirkende: Fritz Zander, Tenor. Grate Rote, Rezitation. Adolf Zatta, Trompete. Freiherr Hans von Wolzogen, Rezitation. Margarete Walkotte. Erwin Feustel am Flügel.
Vorverk. 50 Pf. bei Herrn Horsch, Engelufer 15. Abendkasse 50 Pf.

Luna-Park.
Ausschank von
„Triumphator“
aus dem Münchener Bürger-Bräu.
„Wintersportfest“
Orig.-Oberlander-Kapelle, Orig.-Dachauer Bauern-Kapelle, Orig.-Tiroler Tänzer und Sänger, Humoristische Szenen, Volkskomiker Volksbelustigungen, sensat. Attraktionen.

„CLOU“
Berliner Konzert-Haus.
Mansstr. 82 Zimmerstr. 90/91.
Großes Doppel-Konzert
und
!!! Zillertaler und Tegeraseer Sänger, Plattler und Jodler !!!
Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen nachmittags:
Großes Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

NEUE WELT.
Arnold Schola. Täglich: Hasenheide 102/114
Bockbierfest in den bayerischen Alpen
Wunderbare Alpendekoration. Neu! Gebirgsterrasse. Neu!
Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag: Großer Ball.
Wochentags 7 Uhr. Entree: Wochentags 30 Pf.
Anfang: Sonntags 4 Uhr. Entree: Sonntags 50 Pf.
5 Kapellen!

Schlachtfest
Am Sonntag, den 3. März: Nochmals
Schlachtfest
wogu erdenklich einladet Der alte Freund auf Vöckelsberder

Herrnsfeld Theater
Ein neuer Sensationserfolg
Wie man Männer bessert.
2 Akte von Anton u. Donat Herrnsfeld mit den Hütoren in den Hauptrollen.
Dazu die Novität:
Der Hausteufel.
Anfang 8 Uhr.
Billetvorverkauf 11-3 (Theaterkasse).

Urania.
Wissenschaftliches Theater
4 Uhr:
Von Heron zum Orison.
8 Uhr:
Der Großglockner, Gastein und die Salzburger Alpen.
Hörspiel 8 Uhr: Prof. Donath: Die Ausbreitung d. Energie d. Strahlung
Zirkus Busch
Sonnabend, den 24. Februar 1912, abends 7 1/2 Uhr:
Sport-Gala-Abend.
Um 9 1/2 Uhr: Das große Volks-Manege-Schauspiel
Die Hexe.
Besonders hervorzuheben: Die Gespensternacht. Der Hexenkessel. Bachanal und Riesenfeuertanz. — Vorher: Die japanischen Sportspele. Herr Georg Burckhardt-Football, Schulroiter. Herr Ernst Schumann, Neudress. 3 Schwestern Blumenfelds.

Zirkus A. Schumann
Sonnabend, 24. Febr., abds. 7 1/2 Uhr:
Soiree High-Life.
U. a.: Auftreten von Frl. Oera Schumann, Familie Briatore, Gebr. Webb sowie Dir. Alb. Schumann mit seinen Original-Schulen und Freiheitsdresuren.
Um 9 Uhr: Beginn des bis jetzt unübertroffen. Ausstattungstückes
Das Motorpferd
in 5 Akten.
Große Schlaßapothecose mit noch nie dagewesenen Effekten und der 100 Fuß hohen Fontaine lumineuse.
Sonntag: 2 Vorstellungen, 3 1/2 und 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen: Das Motorpferd

Sarrasani
Schönhauser Allee.
Telephon: Nord 4100.
Sonnabend und Sonntag
3 Uhr 2 7 1/2 Uhr
Vorstellungen.
Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise.
Galerie: III. Platz: 40 Pf. 70 Pf.
II. Platz: I. Platz 2 M.
Parkett 3 M.
Logenplätze 4 M.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch wenige Aufführungen.
Nieder 100 mal außerlaufen.
Der Kampf ums Dasein.
Am 16. März Premiere.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Der selbige Holländisch.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Losgelassen.
Waffenübung.
Wandelbüchse Volterabend.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Neu! Neu!
Pantoffel-Helden.
Urtümliche Burleske
Anfang wochentags 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Königstadt-Kasino.
Ede Holzmast- u. Alexanderstraße
Täglich abends 8 Uhr
Theater und Varieté.
Näher den Spezialitäten zwei Theaterstücke:
„Das Modell“ von G. Alexander.
„Die letzte Rose“ von D. Richter.

Walhalla-Theater
am Rosenthaler Tor.
Abends 8 1/2 Uhr:
Menschenrechte!
Größtes lesales Kostümtungs-Ballett mit Ballet und Gesang in 5 Akten von Max Reichardt. In Szene gesetzt v. Dir. James Klein.
1. Akt: Geheimnisse im Privatkontor. 2. Akt: Die große Protestversammlung. 3. Akt: Im Ballsaal um Hande des Abgrundes. 4. Akt: Arbeit nieder. 5. Akt: Ein Gottesgericht.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Die größte Sünde.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Nachmittags:
Militär-Konzert.
Kunstlauf-Produktionen.
Abends die Novitäten:
Tänze a. d. Eise, Rheinländer, Russisch, Engl., Alt-Wiener Walzer und **Die kleine Charlotte.**
Der norwegische Meister **Harry Paulsen** sowie d. prächt. Eisballer **Alpenzauber.**
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr halbe Kassenspreise.
Restaurant I. Ranges.

Humor-Quartett
Gg. Treuer Kastanienallee 40
Café Meyer
Dresdener Str. 128/129.
Kaffee 10 u. 15, Bier, hell u. dunkl. 10 Pf., ca. 50 Zeitungen; Billard Etb. 40 Pf.
Zahlstelle der Freien Volkshöhe.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

MAGGI'S Suppen sind die besten!
Mehr als 35 Sorten.
Jede Sorte hat ihren natürlichen Eigengeschmack.
Man verlange ausdrücklich **MAGGI'S** Suppen.
„Für den Magen ist nur das Beste gut genug.“
Verantwortlicher Redakteur: Albert Bösch, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Gluck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Die Wahlbewegung im zweiten Berliner Landtagswahlkreise.

Mit der bevorstehenden Landtagswahl beschäftigt sich am Donnerstag eine weitere öffentliche Wählerversammlung, die in den Kreuzberg-Festsaal stattfand und den großen Saal füllte. Der Reichstagsabgeordnete Georg Davidsohn sprach über das Thema: Preußen in Deutschland, und Deutschland in der Welt...

Verbandstag der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Nach Eröffnung der Sitzung am Freitag sprach zunächst ein Redner über die Tarifverhältnisse in Halle. Darauf nahm die Verbandsvorsitzende Paula Thiede das Wort. Sie habe gestern die allgemeinen Gesichtspunkte besprochen, um zu zeigen, daß der Hauptvorstand in der Tariffrage durchaus im Sinne der Beschlüsse des Verbandstages gehandelt habe...

In Berlin sei es so: wer nicht wolle, was Moritz will, der werde mit allen Mitteln bekämpft. Das diktorische Wesen des Kollegen Moritz zeige sich auch bei der inneren Verwaltung der hiesigen Berlin. Verwaltungstechnische Anordnungen des Hauptvorstandes würden nicht beachtet. Die Verwaltung sei so eingerichtet, daß der Hauptvorstand keinen Einfluß in dieselbe bekommen solle...

Moritz-Berlin entgegnete auf diese Ausführungen, er habe vorausgesehen, daß die Debatte nicht so sachlich wie gestern weitergeführt werde, sondern daß sie von der Kollegin Thiede auf ein anderes Gebiet geschoben werde. Der Beschluß, dem Hauptvorstande die Gelder zu sperren, habe gar nicht die weittragende Bedeutung, die ihm die Kollegin Thiede gebe. Die Verbandslasse könne sich in jener Zeit nicht in schwieriger Lage befinden haben, denn sonst würde doch der Vorstand nicht dem Streik zugestimmt haben...

Dehmel-Berlin betonte, die Hauptlasse sei durch den Berliner Beschluß in keiner Weise geschädigt, denn die Berliner Ortsverwaltung habe — was er als Revisor feststelle — jetzt noch 6500 M. gut beim Hauptvorstand. Weiter führte der Redner aus, daß der allgemeine Tarif gelte nicht für Berlin, denn die Berliner Vertreter hätten ja das Beschlusprotokoll nicht unterschrieben...

die Unterschrift geleistet. Der Verbandsvorstand habe autokratisch gehandelt. Eine auf demokratischer Grundlage aufgebaute Organisation könne sich ein autokratisches Regiment nicht gefallen lassen.

Im weiteren Verlauf der Debatte trat die grundsätzliche Meinungsverschiedenheit über den Tarifabschluß wieder mehr in den Vordergrund. Fel. Stiefel-Mannheim und Schulze-Leipzig stellten sich auf den Standpunkt des Hauptvorstandes. Glöck-Berlin berief sich zur Rechtfertigung des Verhaltens der Berliner auf einen früheren Verbandsbeschlusse hinsichtlich der Tariffrage. — Herrmann-Dresden erklärte sich gegen die Haltung des Hauptvorstandes und verlangte, der Verbandstag solle sich darüber erklären, ob der Hauptvorstand das Recht habe, über die Köpfe der Mitglieder Tarife abzuschließen...

Hornke (Hauptvorstandsmitglied) ging in einer längeren Rede auf den materiellen Inhalt des Tarifs sowie auf den Konflikt ein. Er behauptete, die Absicht, eine Lokalorganisation für Berlin zu gründen, habe tatsächlich bestanden. Wer das jetzt abstreite, der handle gegen besseres Wissen. Der Redner berief sich auf eine Berliner Versammlung am 30. Dezember. Da sei der Gedanke einer Lokalorganisation erörtert worden. Dazu habe Moritz gesagt, eine Lokalorganisation dürfe aber nicht den Verband schädigen, sondern nur den Zweck haben, den Hauptvorstand von der Hauptpflicht für die Innehaltung des Tarifs zu befreien, soweit Berlin in Frage komme...

Die weitere Debatte

drehte sich vorwiegend um Vorgänge während der verschiedenen Stadien der Tarifbewegung, die sehr ins einzelne gingen. Bei dieser Gelegenheit wurde den Vertretern des Hauptvorstandes der Vorwurf gemacht, sie hätten bei einer der Verhandlung am 18. Dezember vorausgegangenen Vorbesprechung mit dem Tarifamt sich mit dem Verlangen der Unternehmer einverstanden erklärt, den § 14 des alten Tarifs fallen zu lassen, das ist die Bestimmung, daß bestehende bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse als die im Tarif festgelegten nicht verfallener werden dürfen...

Bucher vom Hauptvorstand widersprach dieser Behauptung mit großer Entschiedenheit. Er berief sich auf das stenographische Protokoll über die Verhandlung vom 18. Dezember, wodurch dieselbe widerlegt werde. Erst in einer späteren Verhandlung hätten sich die Vorstandsvorteiler überzeugt, daß sie die Bestimmung des § 14, die sich ja auch im Buchdruckerarif nicht mehr finde, nicht durchsetzen könnten. Um das Tarifverhältnis, das doch zweifelloserweise für die Kollegen habe, zustande zu bringen, hätten die Vorstandsvorteiler, nicht ohne Widerstreben, auf den § 14 verzichtet, nachdem die Unternehmer versichert hätten, in den drei größten Berliner Zeitungsbetrieben würde dem § 14 gemäß gehandelt werden, auch wenn er nicht mehr bestände.

Nachdem noch einige Redner zu der Berliner Angelegenheit gesprochen hatten, wurde die Fortsetzung der Diskussion auf Sonnabend vertagt.

Tyfloßbröw. Flopfambinon sind überall erhältlich. Löwen Bier ohne Sulfidbröw. Ein Opuslibit ist Inwörtergum!

Fraktionsbilder 1912 in seinem Holzrahmen, Preis 6 M. Moritz Mietzschke, Oranienstr. 188, Berlin.

Bester alter Franzbranntwein. Kalmus-Franzbranntwein. erhöht Wirkungsträgheit gegen äußere Schmerzen, Schindeln u. Gichtwulst der Beine, engl. Brandheit etc.

Stoffe. Reste, Coupons sind aus den Fabriken eingetroffen. Gertraudenstr. 20-21, Berlin.

Zur Einsegnung. Schwarze Anzüge. Blaue Anzüge. Prüfungs-Anzüge. Sehr preiswert. BaerSohn. Kleider-Werke Deutschlands größte Fabrik dieser Art. Chausseestraße 29-30, Gr. Frankfurter Straße 20, 11 Brückenstraße 11, Schöneberg, Hauptstr. 10.

zur Einsegnung besonders preiswert: Schwarze Einsegnungs-Kleider. Weiße u. farbige Prüfungs-Kleider. Frühjahrs-Kostüme und Mäntel. Konfektionshaus für Damen- u. Mädchenbekleidung Oskar Wollburg. BERLIN N. Brunnenstr. 56.

2. Berliner Landtags-Wahlkreis.

Sonntag, den 25. Februar 1912, mittags 12 Uhr,
im großen Saal von Habels Brauerei, Bergmannstr. 5-7:

Öffentliche Landtagswähler-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Preußen in Deutschland voran. Referent: Reichstagsabgeordneter Karl Giebel-Roitbus-Spremberg.

2. Aufstellung der Wahlmänner.

Um zahlreiches Erscheinen eruchtet

Das Wahlkomitee. V. v. Schröder, Bergmannstr. 95.

Konsumverein für Tegel und Umgegend.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Sonabend, den 2. März 1912, abends 8 Uhr,
in Tropp's Festsaal (Gamm), Tegel, Bahnhofstr. 1:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Gappe. 2. Geschäftsbericht. 3. Statutenänderung (Änderung des § 44, Absatz 3). 4. Vereinsangelegenheiten.

NB: Für diese Versammlung ist eine Warenausstellung arrangiert. Nach Schluss der Versammlung.

Gemütliches Beisammensein.

Der Aufsichtsrat des Konsumvereins für Tegel und Umgegend eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

H. Barndt, Vorsitzender.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitskreis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro: Amt Nordst., Nr. 1230. Amt Nordst., Nr. 1987.

Montag, den 26. Februar 1912, abends 8 Uhr:

Branchen-Versammlung der Schmiede, Kesselschmiede und auto- genischen Schweitzer

im Lokal von Schulz (Wendts Festsaal), Mühlstr. 17, Eing. Köpenickerstr.

Tagesordnung:

1. Das Entlohnungssystem in unserem Berufe in Lohn und Stundlohn (Schirmerprozent). 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Branchenangelegenheiten. 5. Verschiedenes.

Montag, den 26. Februar 1912, abends 6 Uhr:

Versammlung aller in Metallgießereien Berlins und Umgegend beschäftigten Former und Berufsgenossen

im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 15.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Cohen über: „Gewerkschaftliche Kämpfe.“ 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten. Kollegen! Die sehr wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Kollegen. Die Versammlungen werden pünktlich eröffnet.

113/12. Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 25. Februar 1912, mittags 1 1/2 Uhr,
in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

Geschäftsbericht. Kassenerichte. Bericht der Rediren. Bericht der Delegierten der Gewerkschaftskommission. Bericht vom Arbeitsnachweis. Stellungnahme zu den Delegiertenwahlen zum Verbandstag München-Anträge.

Das Erscheinen der Mitglieder ist dringend notwendig.

Das Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dieses kein Eintritt.

145/6 Die Verwaltung.

Achtung! Café-Angestellte! Achtung!

Wegen Nichtanerkennung des Lohnnachschusses sind für organisierte Gehilfen bis auf weiteres gesperrt:

Süden: Café Jahn, Hasenheide 19

Neukölln: „ Schwedler, Bergstr. 66

Osten: „ Leitmeyer, Petersburger Str. 91

Norden: „ Reunion, Rosenthaler Str. 68.

Café Gerber, Hasenheide 39 und Café Rathaus, Neukölln, Bergstr. 7, haben unsere Forderungen bewilligt und ist die Sperre aufgehoben.

36/4 Die Ortsverwaltung.

Möbel-Angebot.

Soliden Möbelgeschäfte liefert bürgerliche Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel gegen mäßige Anzahlung bei früherer Anzahlung u. geringsten monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 35, Postamt 103.

Kein Abzahlungsgeschäft. 1265*

Möbel-Lechner

Brunnenstr. 7. Am Rosenthaler Tor.

Spezial-Möbel-Haus

auf Kredit und gegen bar. Große Auswahl jeder Art.

Stube und Küche: Anzahlung schon von M. 15.— an.

Liefere auch nach auswärts.

Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf 5.— Mark gutgeschrieben.

Sonntags nur von 12-2 Uhr geöffnet.

Einsegnungs-Anzüge

schwarz und blau
neueste Fassons in bester Verarbeitung und Zutaten.

Feste Preise

Satin-Anzug 9,00
19, 17, 15, 13, 11,

Kammgarn-Anzug 12,00
24, 22, 20, 18, 16, 14,

Kammgarn-Anzug 23,00
(tuchartig)
36, 33, 31, 29, 27, 25,

Kammgarn-Anzug 13,00
(blau, 1-reihig u. 2-reihig)
30, 27, 24, 21, 18, 15,

Blau Cheviot-Anzug 8,00
(1-reihig u. 2-reihig)
28, 26, 24, 22, 20, 18, 16, 14,

Prüfungs-Anzüge
große Auswahl
in allen Preislagen von 7 M. an.
Anfertigung nach Maß.
Größtes und ältestes Geschäft
der Branche
im Osten Berlins.

Gegründet 1879

Julius Lindenbaum, Berlin O.

Ecke Fruchtstr. 141 Gr. Frankfurter Str. 141 Ecke Fruchtstr.

Bitte genau auf Hausnummer zu achten!

Glanziol



GLANZIOL das ideale Metall- Putzmittel!

Glanziol ist das beste Putz- und schmelz wirkende Flecken-Entfernungsmittel

Glanziol verleiht jed. Metall, gleichviel ob Gold, Silber, Kupfer, Nickel, Messing, Zinn i. Moment höchst dauernd. Glanz

Glanziol greift kein Metall an, ist garantiert gift- und säure-frei

Glanziol ist für jeden Haushalt unentbehrlich und kostet pro Flasche nur Mk. 0.15, 0.30, 0.60, 1.00

Erhältl. i. all. einsicht. Gesch. i. Berlin auch i. sämtl. Fil. d. Firma Hermann Tietz Gen.-Vertr. i. Berlin: Otto Glase, SW., Königsplatz 77, Tel.: Amt Lützow, 7635. Gen.-Vertr. i. Oesterr.-Ung.: Jul. Hasny, Wien IV, Gussbaust. 23. Wiederverkäufer wollen sich wenden an Glanziol-Versand, Fritz Glüdschmann, Ratibor

Emil Preuß Turmstraße 58

Frühjahrs- und Sommer-Neuheiten nach Maß

Herren-Anzüge
Ulster, Paletots

45⁰⁰ 50⁰⁰ 55⁰⁰
60⁰⁰ 65⁰⁰ bis 85⁰⁰

Englische und deutsche Stoffe in großer Auswahl

Lieferant der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend

Tadellos 1 M.

wöchentliche Teilzahlung
liefere elegante

Herren-Moden

fertig und nach Mass.
Garantie für tadellose Sitz und feinste Verarbeitung.

J. Kurzberg
Mass-Schneiderei

Rosenthaler Strasse 40-41 am Hackeschen Markt
Frankfurter Allee 104 part, Ecke Friedenstrasse
Reinickendorfer Strasse 4 am Weddingplatz

Bekanntmachung.

Es wird empfohlen zu kochen:

Febr. 25.	Knorr Eiernudelsuppe (Faden)
„ 26.	„ Erbsensuppe
„ 27.	Knorr Gemüsesuppe
„ 28.	„ Tomatensuppe
„ 29.	Knorr Goulaschsuppe
März 1.	„ Kumpfsuppe

Jeden Tag für 10 Pfennig 3 Teller feine Suppe nur mit Knorr Suppenwürfel.

Nach dem Urteil der Kenner sind Knorr Suppen die besten.

Hackepeter

106 Gr. Frankfurter Straße 106

bedeutend vergrößert.

Gr. Mittagstisch 3 Gänge 60 Pf. Reichhalt. Frühstück- u. Abendkarte zu soliden Preisen.

Angenehmer Familienaufenthalt bei sehr gutem Abendkonzert.

Täglich frische Hauswurst auch außer dem Hause zu billigen Preisen.

Grünstraße Köpenick Grünstraße 16. 16.

Die Frühjahrsmode 1912 ist in soliden und preiswerten Hüten u. Mützen am reichhaltigsten bei Rudolf Lefèvre

Stöcke, Schirme, Krawatten. vorn. Ernst Lucht

gegr. 1841 eigene Werkstatt gegr. 1844.

Praktisch und künstlerisch erfahrener Architekt

übernimmt die Herstellung von Entwürfen zu Gebäuden jeder Art für die Partei, die Gewerkschaften und die Genossenschaften. 1773*

W. Zimmer,
Gumburg, Obere Seelgasse.

1 Mark

wöchentl. Teilzahlungen
liefere elegante fertige

Herren-Garderoben

Ersatz für Mass: Anfertigung n. Mass Tadellos Ausführung

Julius Fabian
Schneidemeister
Gr. Frankf. Str. 37⁴
Eingang Straußberger Platz.
H. Ge. schäft: Turmstr. 18
nur i. Etage,
i. kein Laden. 18

Vorort - Nachrichten.

Wilmersdorf-Palensee.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. In einer siebenstündigen Verhandlung erledigte die Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch die erste Lesung des Etats. Die allgemeine Stimmung entsprach dem Wille, das wir am Dienstag vom Stande der Kommunalverhältnisse gegeben haben. Wohl ist unser Vorort berühmt dadurch, daß er die steuerkräftigsten Einwohner in ganz Preußen aufweist; aber die Freude darüber wird immerhin durch etliche Vermutungen getrübt. Als Oberbürgermeister Habermann nach üblichem Brauch den Etatentwurf begründete, betonte er mit Nachdruck, daß dem Ausgleichsfonds die runde Summe von einer Million Mark einnommen werden müßte, wenn die Stadtgemeinde wie im vorigen Jahre mit einem Steuerzuschlag von 100 Proz. auskommen wollte. Und selbst bei den vom Magistrat eingelegten 110 Proz. blieben immer noch rund 600 000 M. ungedeckt. Wollte man rein durch Steuern den Etat im Gleichgewicht halten, so müßte ein Zuschlag von nicht weniger als 129 Proz. der Einwohnerzahl auferlegt werden. Als besonders schmerzhaft komme noch in Betracht, daß im Gegensatz zum Geschäftsjahr 1910, das mit einer Zufuhr von einer Million Mark an den Ausgleichsfonds abschloß, das verfloßene Jahr keineswegs eine Heberische Ernte ergeben habe, wenigstens keine für den Ausgleichsfonds, da die diesmal erbrachten 300 000 M. gleich in den Etat für das nächste Jahr eingestellt worden seien. Die Vorschläge für das zu Ende gehende Geschäftsjahr hätten in verschiedener Hinsicht Enttäuschungen gebracht; an Gemeindegrundsteuer würden 15 000 M., an Umsatztsteuer gar 250 000 M. weniger eingenommen als erwartet worden sei. Allerdings würde diese Mindereinnahme ausgeglichen dadurch, daß die Wertzuwachssteuer 200 000 M., und die Einkommensteuerzuschläge 131 000 M. über den Vorschlag bringen würden; aber wiederum sei auch auf die ständig wachsenden Ausgaben hinzuweisen. In dieser Hinsicht führte der Oberbürgermeister besonders an, daß die an die Provinz abzuführenden Steuern beständig wachsen und daß für Polizeikosten fast 190 000 M. diesmal 240 000 M. gefordert werden. Zu den Anleihegeschulden der Stadt, die sich heute schon auf 49 Millionen Mark stellen und zu der sich bald der Betrag der 28-Mil.-Anleihe gesellen wird, tragen die für den Rathausbau, den Seepark und den Krankenhausbau aufzuwendenden Kosten wesentlich bei. Auch darf für die nächsten Jahre der Zweckverband nach dieser Richtung hin nicht außer acht gelassen werden.

Der Magistrat hat zur Hebung der Kamalität auch die Erhöhung der Grundwertsteuer erwogen, doch verlangt die Regierung, daß in diesem Falle die bebauten Grundstücke parallel laufend mit den unbebauten im Verhältnis von 1:2 bebacht werden; und von einer Erhöhung der Steuer für bebauten Grundstücke will der Magistrat, wie der Bürgermeister unter dem Beifall der Mehrheit erklärte, in Rücksicht auf die Hausbesitzer nichts wissen. Nachdem das Ortsverhältnis noch das hohe Lied von der Sparsamkeit im Verwaltungswege gesungen hatte, wies er darauf hin, daß zum Herbst, wo Neuwahlen stattfinden, die Zahl der Stadtverordneten von 48 auf 60 vermehrt werden muß; und dann schloß er mit dem etwas mageren Trost, daß auf allen Gemeindegebieten sich ein gesunder Fortschritt zeige.

Durch den Kammerer Nahde wurden die Vorlegungen des Oberbürgermeisters unterstrichen, und hierauf übten die Stadtverordneten etwa 5 Stunden lang Kritik am Stande der Wilmersdorfer Finanzen. Wenn irgend möglich, möchte man mit 100 Proz. Steuerzuschlag weiter wucheln; und einer der Redner, Herr Dr. Drose, vertieg sich sogar zu der Aufforderung, mit Gemeindefehlern sparsamer zu sein und dafür die Klassen um so stärker zu belegen. Es war Sache unseres Parteigenossen Riedel, gegen eine derartige Sparsamkeit zu protestieren und darzulegen, wieviel gerade in Wilmersdorf noch zu tun bleibt, wenn man in sozialpolitischer Hinsicht auch nur mit den Nachbargemeinden in eine Reihe kommen will. Nach üblicher Gepflogenheit wurde der Etatvorschlag schließlich drei Ausschüssen, die sich aus der gesamten Stadtverordnetenversammlung zusammensetzen, zur Beratung überwiesen.

Charlottenburg.

Eine Fürsorgestelle für Alkoholranke hat die Stadt Charlottenburg im Cecilienhause, Berliner Straße 137, eingerichtet, wo Dienstag von 6-8 Uhr abends Sprechstunden stattfinden. In der Fürsorgestelle wird durch einen psychiatrisch vorgebildeten Arzt an jedermann unentgeltlich Auskunft über die Alkoholfrage erteilt, den Alkoholkranken selbst kostenlos ärztliche Beratung geboten und allen, die die Folgen des Alkoholmissbrauches an sich selbst oder bei einem Angehörigen wahrgenommen haben, Rat und Beistand jeder Art gewährt.

Mandatsniederlegung. Herr Geh. Justizrat Professor Dr. v. Liszt hat sein Stadtverordnetenmandat wegen Ueberbürdung niedergelegt.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins sprach Genosse Dr. Breitscheid über das Thema: „Deutsches und englisches Parlament“. Beide Parlamente, so betonte u. a. der Referent, sind überreich an Schönheitsfehlern. Hüben wie drüben kann man eigentlich nicht von einem gleichen Wahlrecht sprechen. Aber eins muß doch hervorgehoben werden: Man hat in England mehr Respekt vor den Menschenrechten — niemand wagt das geheime Wahlrecht anzutasten. Ein weiterer Vorzug des englischen Parlaments ist seine unbeschränkte Herrschaft. Auch in Deutschland müssen wir danach streben, dem Parlamente die Vorherrschaft zu erringen gegenüber dem absolutistischen Absolutismus. — Die trefflichen Ausführungen des Referenten fanden lebhaften Beifall.

Die Mitgliederversammlung beschäftigte sich sodann in ihrem geschäftlichen Teil mit der bevorstehenden Kreis- bzw. Verbandsgeneralversammlung und wählte die Delegierten hierzu.

Der Verein Arbeiter-Jugendheim hat sich, wie aus dem der Generalversammlung vorgelegten Geschäftsbericht zu entnehmen ist, trotz der ungünstigen örtlichen Verhältnisse zufriedenstellend entwickelt. Nachdem die Versammlung den Vorschlag des Vorstandes, einen Jugendheimleiter gegen eine kleine Entschädigung anzustellen, gutgeheißen, wurde bis auf den Kassierer Fischer, für den Langnickel gewählt wurde, und Beisitzer Pampelburg, an dessen Stelle Fischer tritt, der frühere Vorstand wieder mit der Führung der Geschäfte betraut.

Pflegestellen für Säuglinge, jedoch nur in Charlottenburg, sucht die Charlottenburger Waisenverwaltung. Gewährt wird ein monatliches Pflegegeld von 25 M. und Bekleidung, ärztliche Behandlung und Arznei. Meldungen baldigst an die Geschäftsstelle der Waisenverwaltung, Charlottenburg, Kirchhoffstr. 9, Hinterhaus, Erdgeschoss Zimmer 21. Sprechstunde werktäglich von 12-2 Uhr erbeten.

Groß-Lichterfelde.

Die Gemeindevahlen sind auf Mittwoch, den 13. März, anberaumt. Wir haben bereits vor mehreren Wochen auf die ständlose Teilung des Wahlbezirks hingewiesen, die in der beschlossenen Form natürlich den Zweck haben soll, die bürgerlichen Parteien vor der Niederlage zu bewahren. Dazu kommt jetzt noch die eigentümliche, aber doch jedenfalls nicht dem Zufall zur Last zu legenden Wahl des Wahllokals im zweiten Bezirk: Restaurant Hertel in der Zehlendorfer Straße. Dieses Lokal liegt an der Peripherie des Wahlbezirks, weitab von der Chausseestraße, in der bekanntlich der weitaus größte Teil der Gemeindevähler wohnt. Aber einen Vorteil hat dieses Lokal für die bürgerlichen Gegner: es liegt gegenüber der Haupt-Kadetten-Kasernen, aus der dann im letzten Augenblick die etwa noch säumigen Angestellten dieses Instituts zwangsweise herangelockt werden können, für die es dann unter dem erbärmlichen Dreiklassenwahlrecht mit seiner öffentlichen Stimmabgabe nur eine Möglichkeit gibt: den reaktionären bürgerlichen Kandidaten zu wählen! Der sozialdemokratische Verein hatte auch beim Gemeindevorstand den Antrag gestellt, die Wahlen für die dritte Abteilung an einem Sonntag stattfinden zu lassen. Er wurde ausführlich damit begründet, daß der weitaus größte Teil der Wähler dieser Abteilung fernab von Groß-Lichterfelde seinem Beruf nachgehen müsse und schon mit Rücksicht darauf die Sonntagswahl nicht nur zweckmäßig, sondern sogar notwendig sei. In Uckermark, Berlin und einer großen Zahl benachbarter Gemeinden, denen sich immer weitere anschließen, finden diese Wahlen jetzt schon Sonntags statt. Dieser Antrag unserer Genossen ist von dem „liberalen“ Gemeindevorstand abgelehnt worden mit der ein-fachen Begründung, daß durch die Teilung des einen Bezirks die Vornahme der Wahl an einem Sonntag überflüssig geworden sei! Wirklich ein plausible Grund! Selbstverständlich wird diesen kleinlichen Maßnahmen gegenüber die Arbeiterklasse die erhöhte Pflicht fühlen, ausnahmslos an den Wahlurnen zu erscheinen und für die sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen. Inzwischen beginnen sich auch die bürgerlichen Parteien zu regen. Im „Lichterfelder Lokalanzeiger“ erschien dieser Tage ein Leitartikel, in dem der Verfasser nach dem schönen Beispiel seines großen Herrn in der Wilhelmstraße zu Berlin die große Sammelposanne bläst und die bürgerlichen Wähler anfleht, gemeinsam dem sozialdemokratischen Anturum sich entgegenzuwerfen. Mit unerkennbarem Mißbehagen konstatiert er die Tatsache, daß der Abstand zwischen den gesamten bürgerlichen Stimmen und denen der Sozialdemokratie bei allen bisherigen Gemeindevahlen immer geringer geworden und der Sieg der sozialdemokratischen Kandidaten diesmal nicht zu verhindern sei, wenn das gesamte Bürgertum nicht einmütig zusammenstehe. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Bürgertum, auch das sogenannte liberale, diesem offenbar aus Reichsverbandskreisen stammenden Mahnruf Folge leisten wird. Demgegenüber muß die Klassenbewußte Arbeiterschaft die

nur kurze Zeit bis zur Wahl agitationalisch nach Kräften nutzen, aber all die Launen aufräumen; sie darf kein Opfer scheuen, um das Ziel zu erreichen: eine Vertretung der Arbeiterklasse im Gemeindevorstand zu erhalten. Es ist ein charakteristisches Zeichen, daß die sozialdemokratische Partei, die bei der verfloßenen Reichstagswahl am Ort an der Spitze stand, infolge des erbärmlichen Dreiklassenwahlrechts ins Gemeindevorstand noch nicht einzubringen vermochte. Deshalb müssen diesmal alle Kräfte angespannt werden, diesen unhaltbaren Zustand zu beseitigen.

Mariendorf.

Aus der Gemeindevorstellung. Zunächst teilte der Gemeindevorsteher mit, daß vom 1. April d. J. ab die Gemeinde Mariendorf den Namen Berlin-Mariendorf führen wird. Genosse Winter legt wegen Verzug zum 1. April d. J. sein Mandat als Gemeindevorsteher nieder. Der Wunsch unserer Genossen, die sich hieraus ergebende Erziehung gleichzeitig mit der am 3. März stattfindenden Neuwahl vorzunehmen, läßt sich nach den Vorschriften der Landgemeindevorstellung nicht möglich machen, es wurde indessen versprochen, dieselbe nach Lage der Geschäfte unmittelbar nach der Neuwahl stattfinden zu lassen. Des Weiteren wurde beschlossen, den Ausbau der Straßen 5 und 6, die unmittelbar an das zu errichtende Feuerwehrgelände stoßen, unüberzüglich vorzunehmen. Der Kostenschlag hierfür ist auf 85 000 M. festgelegt. — Von den Vertretern des Ortsteils Südende wurde lebhafteste Mitleid geführt, daß das vom Gemeindevorsteher festgelegte Wahllokal für die am 4. März stattfindende Wahl der 1. und 2. Wählerklasse sehr ungünstig gelegen ist, so daß bei der Entfernung von beinahe dreiviertel Stunde und der ungünstigen Wahlzeit von Südende überhaupt niemand wählen gehe, obgleich in diesem Ortsteil die meisten Wähler wohnhaft seien. Auch unsere Genossen unterstützen diese Beschwerde und weisen auf die Vorschriften der Landgemeindevorstellung hin, die eine günstige Lage der Wahllokale im Interesse der Wähler fordert. Der Gemeindevorsteher entschuldigte den begangenen Irrtum und versprach den Versuch der Abänderung. — Genosse Reichardt verlangte vom Gemeindevorsteher Auskunft, aus welchen Gründen diesmal für die zweite Wählerklasse die Wahl eines Angehörigen ausgeschrieben sei, obgleich ein Richtungsgegner zur Wahl stehen müßte. Dem Gemeindevorsteher schien diese Frage unbedeutend, da er zur Verantwortung derselben erst die Akten hierüber nachschlagen mußte; zugleich erklärte er, daß, sofern nochmals Fragen an ihn gerichtet würden, dieselben vor der Sitzung schriftlich niederzulegen seien, da er die Fragen nicht im Handumdrehen richtig beantworten könne, anderenfalls müßte er sie ablehnen oder auf die nächste Tagesordnung legen. Darauf stellte Genosse Reichardt die so oft begründete Forderung, für die Zukunft den Vorschriften der Landgemeindevorstellung bei der Festsetzung der Tagesordnung so weit genügen, daß den Gemeindevorordneten die zu verhandelnden Punkte rechtzeitig mitgeteilt werden, sonst müßten es die Vertreter ebenfalls ablehnen, solche Punkte zu erledigen. So glücklich gewählt die Entscheidung über den von allen Seiten so hart empfundenen Zustand war, troden die bürgerlichen Vertreter wieder ins Raufloch und der alte Zustand bleibt bestehen. Inzwischen waren die Akten zur Stelle, der Vorsteher teilte seine Einteilung der Angehörigen und Richtungsgegner mit und schloß kurzerhand die Sitzung.

Bettfedern und Betten kaufen Sie reell und billig bei Carl Müller, Rixdorf, Berliner Straße 44/46, vis-a-vis dem Rathaus. Dampf-Bettfedern-Reinigung mit elektrischem Betrieb. Fernsprecher: Amt Rixdorf Nr. 9598.

Berliner Uik-Trio Rixdorf-Berlin, Lahnstr. 74, 1. L.

Zöpfe. Wirklich reelle Ware. Größte Auswahl zu den allerbilligsten Preisen. Otto F. Kafka, Neukölln, Erkstr. 8. Zöpfe- und Perückenfabrik.

Der echte Hämorrhoidal-Likör (das Elixier des langen Lebens) alterprobt zur Vermeidung von Verstopfung und daraus entstehenden Beschwerden, besonders bei Personen mit starrer Leberstewe. Flasche M. 1.- u. 1.50. Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4. SO.

Möbel Ganze Wohnungseinrichtungen, Zimmer- und Küchen-Einrichtungen, sowie jedes Stück einzeln zu den billigsten Preisen in guter, gediegender Arbeit empfiehlt Wilh. Zambrecht, Berlin SW., Simonstr. 19. Verlangen Sie, bitte, illustrierte Preisliste.

95 Pf. A. WEISS & CO. NACHF. Inh. Fritz Priour. Berlin W. Schöneberg 11. Hauptstr. 11. Ecke Vorbergstr. Unsere beliebten 95 Pf.-Tage beginnen Montag, den 26. Februar früh 8 Uhr. Schlusstag: Mittwoch, den 6. März

An meine werte Kundschaft!



Kostüm „Triumph“ aus blauem Kammgarn-Cheviot m. reicher Garnierung M. 29.—

**Moderne Frühjahrs-
Kostüme, Ulster
Mäntel, Röcke**

sind am Lager reich sortiert

Meine Fabrikate sind bekannt reell, tadellos
im Sitz u. Arbeit. Stoffe u. Zutaten erstklassig

Durch Ersparnis der teuren Ladenmiete
sind die Preise sehr billig

**Damenmäntel-Fabrik
Paul Ginck**

Neukölln, nur Reuterstr. 63
an der Kaiser-Friedrich-Strasse

Mass-Anfertigung.



Kostüm „Mizzi“ aus prima blauem
Kammgarn M. 39.—

Konfirmanden - Anzüge



Grösste Auswahl
in nur haltbaren,
dauerhaften Stoffen,
schwarz und bizu.
Gediegene, elegante
Verarbeitung, ein-
reihig u. zweireihig.
Vorzüglicher Sitz!

12.- 13.00 15.- 18.-
20.- 22.- 25.- 28.-
usw.

**Prüfungs-
Anzüge**

In den modernsten
Musterungen und
nur soliden Stoffen.
Einreihige und zwei-
reihige Formen, ta-
dellose Ausführung!

10.50 12.- 14.- 17.-
19.- 22.- 25.- 28.-
usw.

Anzüge nach Mass
von 28.- M. an

Meine Fabrikate sind erstklassig verarbeitet und in-
folge meiner eigenen Fabrikation äusserst preiswürdig.

**A. Schega Kottbuser
Damm 77**

vormals A. Wormann G. m. b. H.

Spezial-Geschäft für moderne Herren- und
Knaben-Kleidung fertig und nach Mass.



Verkaufsstellen:

- Bergstraße 151-152
- Nogatstraße 19-20
- Weisestraße 32
- Weisestraße 9
- Steinmetzstraße 102
- Zietenstraße 80
- Boddinstraße 60
- Reuterstraße 7-8
- Hobrechtstraße 77
- Friedelstraße 21
- Sanderstraße 20
- Donaustraße 114
- Weserstraße 52
- Wipperstraße 20
- Niemetzstraße 4

Nicht für Wiederverkäufer.
Nur solange Vorräte reichen.

Sonnabend und Sonntag:

**Ausnahme-Preise
für Hülsenfrüchte.**

- Bohnen** prima Langbohnen per Pfd. nur 20 Pf.
 - prima Rundbohnen per Pfd. nur 17 Pf.
 - Erbsen** grüne Erbsen per Pfd. nur 22 Pf.
 - gelbe Viktoria per Pfd. nur 18 Pf.
 - geschälte, extrafein per Pfd. nur 22 Pf.
 - halbe geschälte per Pfd. nur 18 Pf.
 - Linsen** l., gut kochende per Pfd. nur 22 Pf.
 - mittel, gut kochende per Pfd. nur 17 Pf.
- außerdem noch

10 Proz. Rabattmarken.

Beachten Sie auch unsere sonstigen
billigen Preise.

Reik in Neukölln.